Nr. 1/95 10. Jahrgang Einzelpreis 7 DM 1P 4356 F

die randschau

Zeitschrift für Behindertenpolitik

Schwerpunkte

- Im zehnten Jahrgang
- SELBSTBESTIMMUNG
- Pflegever-UN-sicherung

Aus der Redaktion

Die gewohnte Schilderung der Redaktions-Speisekarte entfällt diesmal. Nicht etwa deshalb, weil wir hier nichts zu essen kriegen, wir verraten bloß nicht, was. Den Spruch, wonach zuerst das Fressen und dann die Moral kommt, haben wir kurzerhand umgedreht und kommen Euch gleich moralisch. Zumindest hatten wir das vor: Wir wollten Euch ultimativ auffordern, endlich Euer Schweigen zu brechen, uns zu sagen, was Ihr an der *randschau* schräg, völlig daneben oder aber genial findet. Gemeinerweise habt Ihr uns den Wind aus den Segeln genommen: Als hättet Ihr das drohende Donnerwetter geahnt, erreichten uns für diese Ausgabe gleich stapelweise inhaltliche LeserInnenbriefe. Was wiederum beweist, daß auch diese Zeitschrift die LeserInnen hat, die sie verdient.

★

Was wir selber von der *randschau* halten und was wir mit diesem Projekt verbinden, versuchten wir anläßlich eines redaktionsinternen round-table-Gesprächs zu klären, das wir in diesem Heft auszugsweise abdrucken. Dabei kreiste die Diskussion immer wieder um unser Selbstverständnis als Organ einer Bewegung, von der wir selber nicht so genau wissen, ob es sie überhaupt noch gibt. Da eine Bewegungszeitung ohne Bewegung ungefähr so viel Sinn macht wie ein Megaphon, in das niemand hineinspricht, wollen wir uns an der Suche nach diesem obskuren Objekt der Begierde beteiligen. Die *randschau* unterstützt deshalb den **KrüppelInnenRATschlag 95**, von dem wir hoffen, daß er der unabhängigen Behindertenbewegung auf die Sprünge hilft. Näheres zu dieser Veranstaltung (mit *randschau*-Geburtstagsfete!) in diesem Heft.

★

Manchmal sind wir über die durchschlagende Wirkung unserer Zeitschrift doch überrascht. Nur wenige Wochen, nachdem die Vorzeigefiguren der "Aktion Sorgenkind", Wum und Wendelin, exclusiv für die *randschau* ihr Mißfallen an der Spendensammelei zum Ausdruck brachten, wurden sie vom ZDF wegen mangelnder Loyalität ihrer Ämter enthoben. Schön für die beiden, weniger schön für diejenigen Behinderten, die jetzt nach Ankündigung des ZDF als Maskottchen für die Werbespots herhalten müssen.

★

randschau-Redakteurin Ulrike Lux legt Wert auf die Feststellung, daß sie die letzte Ausgabe zwar keinesfalls vollkommen ungenießbar findet, aber trotzdem nicht presserechtlich verantwortlich zeichnet. Also aufgepaßt: Gegendarstellungen, Verleumdungsklagen und Morddrohungen sind form- und fristgerecht an Thomas Schmidt zu richten (Adresse siehe Impressum). Der war's nämlich!

★

Eine Kontroverse in der Redaktion entzündete sich am Abdruck der Prozeßtermine von Birgit Hogefeld im Magazin der letzten Ausgabe. Dabei ging es nicht nur um die Tatsache, daß die Meldung vorher nicht in der Redaktion abgesprochen worden war. Das kommt öfter vor und ist bei den chaotischen Produktionsbedingungen fast unvermeidlich. Politischer Streitpunkt ist, ob wir das Interesse an diesem Prozeß als selbstverständlich voraussetzen, oder ob eine redaktionelle Erklärung notwendig gewesen wäre, was dieses Thema in einer behindertenpolitischen Zeitschrift zu suchen hat.

★

Die von uns für Anfang des Jahres angedachte große gesellschaftliche Umwälzung (vgl. Nr. 4/94) haben wir aufgrund allgemeiner Ermüdung und Konzeptionslosigkeit kurzfristig zu einem Katerfrühstück umgewandelt. Also sitzen hier auch weiterhin vereinzelte, entfremdete, ausgebeutete und sich selbst ausbeutende Individuen vor ihren Computern (immerhin sind es immer noch *unsere* Computer - dank ausgebliebener Vergesellschaftung der Produktionsmittel) und mühen sich redlich. Und doch tun wir auch weiterhin unser Bestes, um die gesamtgesellschaftliche Perspektive mit den tagespolitischen Forderungen unter einen Hut zu bringen, etwa nach der Devise: "Gegen Faschismus und grünen Pfeil - keine Vorfahrt für Rechtsabbieger!". In diesem Sinne.

Die Redaktion

Inhalt

Vorankündigung:

die randschau Nr. 2/95:
Schwerpunktthema

„Therapie - Zwischen Hoffnung und Albtraum"

Was macht das Thema Therapie so schwierig? Was hat Therapie mit unserer politischen Arbeit zu tun? Wir haben uns von der therapeutischen Ideologie gelöst, emanzipiert, so lautet eine These. War es nicht diese therapeutische Ideologie, das Dogma der lebenslangen Rehabilitationsbedürftigkeit, die - neben der Aussonderung und Ausgrenzung - Ausgangspunkt unseres Protestes und unserer Emanzipation als behinderte Menschen war? Welchen Stellenwert hat „Therapie" heute für uns?

Wir suchen noch Beiträge und Fotos! Mögliche Themen können sein:
➲ Die Qual der Wahl? Therapie im Spannungsfeld zwischen Fremdbestimmung und Selbstbestimmung
➲ Hilfsmittel - Therapiewerkzeuge, Mittel zum Zweck oder Statussymbol?
➲ Was denken behinderte Kinder heute zum Thema Therapie?
➲ Das Geschäft mit der Hoffnung - Therapie um jeden Preis?
➲ therapeutische Biographie und Selbstbild
➲ Therapie und Ästhetik
➲ Behinderung und Psychotherapie - eigene Wege in Sicht?
und vieles andere mehr.
Zuschriften bitte an:
Ulrike Lux Wilhelmshöher Allee 24, 34117 Kassel, Tel. 0561-77 69 15

Aufruf zum 5. Mai 1995

Wie in den vergangenen Jahren soll der 5. Mai wieder ein europaweiter Protesttag für die Gleichstellung behinderter Menschen werden. Die Aktivitäten hängen natürlich von den Leuten vor Ort ab, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt: Demonstrationen, Tagungen, Podiumsdiskussionen mit PolitikerInnen, Informationsveranstaltungen, Infostände, gezielte Öffentlichkeitsarbeit .... . Das Kasseler Koordinationskommittee wird wieder die Gesamtkoordinierung übernehmen. Dazu ist es wichtig, **spätestens bis zum 31. März 95 mitzuteilen, was wann wo stattfindet** und **wer AnsprechpartnerIn** für die Presse ist.
Rückmeldungen und Fragen an: Initiativkreis Gleichstellung Behinderter c/o ISL e.V., Werner-Hilfpert-Str. 8, 34117 Kassel. Tel. 0561/713811 Fax: 0561/713132
Spenden auf das Konto: Gleichstellungsfond c/o fab e.V., Kto.Nr. 61 978 Stadtsparkasse Kassel, BLZ 520 501 51

Netzwerk behinderter Frauen gegründet

"Wir nehmen unsere Angelegenheiten selbst in die Hand. Am 12. November 1994 haben etwa 50 behinderte Frauen aus ganz Niedersachsen ein Netzwerk gegründet und sich somit endlich eine eigene Lobby geschaffen. Nach Hessen und Nordrhein-Westfalen machen wir Frauen mit Handicaps verstärkt auf uns aufmerksam. ... Jede behinderte Frau ist bei uns herzlich willkommen. Laßt uns ein Netzwerk knüpfen."
Arbeits- und Arbeitsschwerpunkte sind: 1. Arbeit und Ausbildung. 2. Öffentlichkeitsarbeit. 3. die Lage behinderter Mütter oder der Mütter behinderter Kinder.
Heidi Kahle c/o Renee Krebs-Rüb beim Büro des Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen, Tel. 0511-120/453, am besten vormittags.
Anmerkung der Redaktion:
Die Gründung des Netzwerkes behinderter Frauen in Berlin ist für den 11. März 95 geplant. Darüber werden wir in der nächsten Nummer berichten.

ZsL Mainz erhielt Förderpreis

Für seine vielfältigen modellhaften und zukunftsweisenden Aktivitäten hat das Mainzer Zentrum für selbstbestimmtes Leben den mit 4000 DM dotierten "Förderpreis zum selbstbestimmten Leben Behinderter" 1994 erhalten. Der Preis wird jährlich vom Förderfonds zum selbstbestimmten Leben Behinderter für besondere Leistungen zur Unterstützung behinderter Menschen durch von ihnen selbst betriebene Initiativen vergeben. Das ZSL habe erheblich dazu beigetragen, daß Mainz sich zunehmend zu einer behindertenfreundlicheren Stadt entwickle, hieß es in den Glückwünschen.
Weitere Mittel erhielten das ZSL Hannover, der Verbund behinderter ArbeitgeberInnen München, das Institut für systemische Beratung Behinderter Trebel, die Arbeitsgemeinschaft selbstbestimmt Leben Berlin und das Bildungs- und Beratungszentrum für behinderte Frauen Heidelberg.

Bizeps umgezogen

Neue Adresse: Kaiserstr. 55/3. Stock/4a, 1070 Wien.
Telefon: 523 89 21, Fax: 522 03 49.
Mo. bis Do. 10.00 bis 16.00 Uhr.

bifos-Halbjahres-Pprogramm 95

Im Veranstaltungsprogramm für das erste Halbjahr 1995 geht es um Themen wie: * Wie leite ich eine Gruppe? * Geschlecht behindert: behinderte Frauen/Männer in dieser Gesellschaft * Organisations- und MitarbeiterInnenmanagement oder Peer Counseler-Ausbildung.
bifos e.V. (Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter), Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561/71 33 87, Fax 71 31 32.
Das Programm ist für Blinde und Sehbehinderte auf Kassette erhältlich.

Broschüre: Autonom Leben

1984 bis 1994. Zehn Jahre Autonom Leben. Ein interessanter Überblick über die Geschichte des Projektes, von dem es heißt, es sei das Salz in der Hamburger Suppe (vgl. auch den Artikel in dieser Nummer).
Autonom Leben. Eulenstr. 74, 22763 Hamburg. Tel. 39 25 55/39 66 31.

E.coli-bri jetzt auf Kassette

Es ist zwar noch nicht ganz klar, wie es weitergeht mit der E.coli-bri (Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie), dafür gibt es sie aber auf Kassette. Ab der letzten Nummer 9/10 vom Juni 94, mit einem sehr lesenswerten Artikel zum Ideal der Selbstbestimmung. Heft wie Kassette kosten jeweils 10 DM und können angefordert werden **c/o Bleicherstr. 2, 22767 Hamburg**. Es kann mit dem Zusenden etwas dauern, bitte habt Geduld.

"Behinderte Hochschulabsolventen berichten"

Unter diesem Titel ist die Dokumentation der Jahrestagung 1994 erhältlich. Die Broschüre kann kostenlos bei der Interessengemeinschaft behinderter Studierender Berlin, c/o Martin Eisermann, Kochstr. 62, 10969 Berlin angefordert werden; als Broschüre in vergrößerter Schrift oder auf Diskette (word für windows 2.0). Das Tagungsthema lautete: Arbeitsmarktsituation behinderter Hochschulabsolventen".

Reihe: Integration in der Praxis

Heft 1 der Reihe, die vom niedersächsischen Behindertenbeauftragten Finke herausgegeben wird, liegt jetzt vor: **Betreuung sprachbehinderter Kinder im integrativen Kindergarten.** Eine Dokumentation der Arbeit in den Integrationsgruppen der Gemeinde Stuhr.

NEU ERSCHIENEN

und ebenfalls vom nds. Behindertenbeauftragen herausgegeben: **Partizipationsmöglichkeiten behinderter Menschen in Niedersachsen** In der Selbstdarstellung kommunaler Verwaltungen. Ergebnisse einer Befragung bei 428 Kommunen.
Beide Bände können angefordert werden beim **Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen, Postfach 141, 30001 Hannover**

SOZIALHILFEBROSCHÜRE 8. AUFLAGE

Unter dem bekannten Motto "Sozialhilfeempfänger werden behandelt wie der letzte Dreck" hat die Sozialhilfeberatung e.V. ihre Broschüre, jetzt gültig für Berlin und Brandenburg, neu bearbeitet und herausgegeben. Stand 1.10.1994. Pflichtlektüre für alle, die mit dem Sozialamt zu tun haben!
Bestelladresse für Berlin: **Soziale Beratung im Gesundheitszentrum Gropiusstadt, Lipschitzallee 20, 12351 Berlin,**; für Brandenburg: **Sozialhilfeberatung e.V., Hauptstr. 15, 15926 Luckau.** Preis: Sozialhilfeberechtigte u. Arbeitslose 8,- DM, sonst 14,- DM. Versand gegen Bargeld oder Verrechnungsscheck.

"BERLIN OHNE HINDERNISSE"

Ein Kulturstadtführer, herausgegeben vom Berliner Behindertenverband. Ein Nachschlagewerk quer durch die Berliner Kultur für RollstuhlfaherInnen, geh- und Sehbehinderte und gehörlose Menschen. Ist nicht so groß, aber beinahe so schwer wie ein Telefonbuch. Die nächste Auflage soll im Mai 95 erscheinen.
Für 10,- DM erhältlich direkt beim BBV, Märkisches Ufer 28, 10179 Berlin. Infotelefon 030/547 51 05, fax 274 13 95

RAMPEN NACH MAß

Um nicht immer draußen bleiben zu müssen, ging Bärbel Reichelt vom Berliner Spontanzusammenschluß Mobilität für Behinderte in die Offensive: Im Rahmen einer AB-Maßnahme und nach Bedarf werden mobile Handrampen aus Holz angefertigt; in der Regel für eine Stufe, Sonderanfertigungen sind auch für zwei Stufen möglich. Mit den mobilen Rampen kann man den DIN-Normen und sonstigen hinderlichen Vorschriften ein Schnippchen schlagen: keine Baugenehmigung, keine amtlichen Bescheinigungen, keine bauliche Veränderung am Gebäude, und das Ganze kostet (in der einfachen Ausfertigung) 100,- DM.
Infos bei Bärbel Reichelt, Marienfelder Chaussee 159 B, 12349 Berlin. Tel. 742 59 52

HILFSMITTELPOOL FÜR BEHINDERTE UND CHRONISCH KRANKE STUDIERENDE

Wer kennt sie nicht, die manchmal endlos scheinende Wartezeit, bis über einen Hilfsmittelantrag entschieden wird - Monate sind schon super, ein, zwei oder gar drei Jahre nicht selten. Und in der Zwischenzeit kann mann/frau sehen, wie er/sie mit dem Studium zurechtkommt. Eine Überbrückung, die allerdings auch nur ein Notbehelf sein kann, bietet jetzt das Studentenwerk Berlin an. Im Rahmen eines mobilen und hochschulübergreifenden Hilfsmittelpools erhalten Studierende die Möglichkeit, eine begrenzte Zeit (bis zu einem Semester) über ein für sie wichtiges Hilfsmittel verfügen zu können. Potentielle AdressatInnen sind ca. 10.000 behinderte und chronisch kranke Studierende in Berlin. Etwa ein Drittel ist im Studium erheblich beeinträchtigt.
Die 200.000 DM Startkapital kommen besonders hör- und sehbehinderten bzw. blinden Studierenden zugute. Angeschafft wurden bisher Schreibtelefone und Mikroportanlagen, ein PC mit Braillezeile, Laptops mit Braillezeile, ein elektronisches Notebook (Blindenschreibmaschine), ein Scanner mit Hörausgabe sowie ein Bildschirmlesegerät.
Geschäftsführer Fink bezeichnet das Angebot als "Pionierleistung", denn bisher wurden über das Studentenwerk nur Mikroportanlagen verliehen. Die Geräte können individuell ausgeliehen oder an öffentlich zugänglichen Orten (z.B. Bibliothek) aufgestellt werden.
Infos und Anfragen c/o Marlies Blersch, Beratung für behinderte Studierende, Tel. 030/3112 311.



SERVICE FÜR ALLE?

Wer das öffentliche Verkehrsnetz in Berlin nutzen will, muß schon mit starken Nervenausgestattet sein. Seit August 1990 sollen ungefähr 350 Mitarbeiter der IHS für Schutz, Sicherheit und Hilfe aller Fahrgäste sorgen (ausgenommen die S-Bahn, da gelten andere Zuständigkeiten). Dies umfaßt ausdrücklich auch behinderte Fahrgäste, mit und ohne Begleitung. In der Praxis läuft das jedoch nicht immer so reibungslos ab, wie es sollte. Bettina Theben und Martin Eisermann nahmen eigene schlechte Erfahrungen mit dem IHS-Personal zum Anlaß, der Sache auf den Grund zu gehen. Hier eine Zusammenfassung ihrer Recherchen:

* **Die Mitarbeiter müssen grundsätzlich in allen Situationen helfen.** Das bedeutet z.B., blinde oder sehbehinderte Fahrgäste zum Ausgang, zu anderen Linien etc. zu begleiten; Gehbehinderten und Rollstuhlfahrern beim Umsteigen bzw. Eind- und Aussteigen behilflich zu sein oder Rollstuhlfahrer eine Treppe hochzutragen.
* Die Hilfe hat sich nach der jeweiligen Situationm zu richten. Sie muß nicht unverzüglich erfolgen, wenn dem etwas anderes entgegensteht; wenn zum Beispiel zwei Männer für die Hilfe erforderlich, aber nicht anwesend sind, ein Mitarbeiter aus gesundheitlichen Gründen nicht heben oder tragen darf oder eine Fahrkartenkontrolle stattfindet.
* Ist die Hilfeleistung nicht sofort möglich, kann entweder eine andere Streife angefunkt werden, die innerhalb von fünf Minuten verfügbar sein soll, oder der Fahrgast wird gebeten zu warten, bis das Personal Zeit hat.
* Da erforderliche Hilfeleistungen zu den Aufgaben des IHS-Personals gehören, ist es **bei entsprechenden Tätigkeiten auch versichert**. Eine **persönliche Haftung** ist - entgegen häufigen anderslautenden Behauptungen - **nicht gegeben**.
* Die Mitarbeiter sind Über Pflichten und Versicherungsschutz unterrichtet.
* Gleiches gilt für die BVG-Mitarbeiter. Zugabfertiger sind angehalten, auf Anfrage Hilfe durch die IHS anzufordern. Mitarbeiter der Fahrgastbetreuung (auf Bahnhöfen, mit Fahrerselbstabfertigung) sind angehalten zu helfen. **Auch die Mitarbeiter der BVG sind dabei versichert.**
* Bei Zwischenfällen nach der Dienstnummer fragen. Weigert sich der Mitarbeiter, sie zu nennen, Uhrzeit und Ort (Bahnsteig, Zwischendeck, Straße etc.) merken und notieren. Auf jeden Fall sollte eine schriftliche Beschwerde bei der BVG - als Dienstherr der IHS - erfolgen.

Der Bereichsleiter (Bahnen) der IHS ist unter der Nummer **231 29 561/62** zu erreichen. Er kann den fraglichen Mitarbeiter ermitteln und ggf. abmahnen.
Das **Fazit** von Bettina Theben und Martin Eisermann: "Wir können allen Betroffen nur raten, sich bei ähnlichen Erlebnissen, wie wir sie hatten, schriftlich zu beschweren, denn nur auf diese Weise erhält die BVG Kenntnis, und es besteht die Möglichkeit der Betroffenen, auch öffentlich entsprechende Schritte gegen diese Praxis einzuleiten. Zugleich ist der Personen- und Objektschutz ein Bereich, in dem heftiger Wettbewerb herrscht, eine Firma wie die IHS kann sich 'schwarze Schafe' nicht erlauben, da sie sonst in der Gefahr steht, daß die BVG ihren Vertrag nicht verlängert."

"RÜCKWÄRTS LAUFEN KANN ICH AUCH"

Ein Film von Manfred Wolter. In der DDR gedreht, durfte aber nicht gezeigt werden: Katie, ein behinderten Mädchen, erkämpft sich gegen den Widerstand von Schulleitung, LehrerInnen und MitschülerInnen ihren Platz an der Regelschule und muß schließlich doch gehen. Immer wieder heißt es: Du bist einfach zu langsam.
4. Mai 95, 18.00 Humboldt-Universität Berlin (im Rahmen der Aktionswoche, sie auch unter **dates**)

FRAGWÜRDIGER FRAGEBOGEN

Im Herbst 94 erfuhr die Fördergemeinschaft für Taubblinde e.V. von einem Fragebogen an Schulen bzw. Einrichtungen für taubblinde Kinder, der nach der akut- oder langzeit-psychiatrischen Behandlungsbedürftigkeit fragt. Erhoben werden soll bzw. sollte die durchschnittliche Zahl der akut behandlungsbedürftigen Kinder und Jugendlichen und der psychiatrisch akut behandlungsbedürftigen Erwachsenen sowie die derzeit bekannte Zahl von langzeittherapeutisch behandlungsbedürftigen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen inclusive deren Prognose.
Die Elternvertretung, die nicht informiert war, betont, daß eine Einschätzung des Krankheitswertes ihrer Kinder ausschließlich Sache der entsprechend ausgebildeten Ärzte ihres Vertrauens sei und medizinische Diagnostik/Behandlung auf jeden Fall von Eltern oder dazu Berechtigten genehmigt werden müsse. "Die Art des Vorgehens und der Inhalt des vorliegenden Fragebogens erinnert fatal an den Beginn der Erfassung behinderter Menschen zur Vorbereitung der im 3. Reich durchgeführten Euthanasie bzw. Zwangssterilisation. Eine statistische Erfassung der vorgenannten Sachverhalte ist nicht erforderlich, vielmehr in der Zeit knapper werdender Mittel für die Fürsorge und Bildung für behinderte Menschen eher kontraproduktiv und wird deshalb kategorisch abgelehnt." Die Einrichtungen und Dienste wurden u.a. aufgefordert, sich von Inhalt und Vorgehen zu distanzieren und zu erklären, daß sich Derartiges nicht wiederholen wird.
Die allerdings fühlen sich unschuldig: "Diese Bemühungen mit Aktionen im 3. Reich in Verbindung zu bringen, läßt eine auch im politischen Leben immer wieder zu beobachtende Absicht erkennen, einer Person oder einem Personenkreis Schaden zuzufügen und übel nachzureden. ... Es kann nicht Aufgabe und Ziel der (Fördergemeinschaft für Taubblinde) sein, Zensuren hinsichtlich Kompetenz und Fähigkeit der Amtsinhaber zu verteilen." Na bitte, dann ist ja alles klar, jedenfalls für die Amtsinhaber (aus TAUBBLIND, Informationen der Fördergemeinschaft für Taubblinde e.V., Ausgabe IV/94).

PROTEST GEGEN "TOD AUF VERLANGEN"

Am 14. Dezember 94 strahlte N3 den Film "Tod auf Verlangen" aus. Neben vielen anderen, die im Vorfeld der Sendung gegen die Ausstrahlung protestiert hatten, erklärt auch der Hamburger Arbeitskreis gegen Selektion und Bevölkerungspolitik seinen Protest: Unter Bezug auf den NS-Film "Ich klage an" heißt es, die Anlalogie zwischen beiden Filmen sei unverkennbar. Aber "Tod auf Verlangen" "geht noch einen Schritt weiter und ersetzt die Methode Spielfilm durch Dokumentation einer real stattfindenden Tötung.... Die Tötung eines Menschen vor laufender Kamera nimmt der sterbenden Person in jedem Fall ihre Würde und macht sie zum Objekt - auch wenn, wie in diesem Film, der Mensch damit einverstanden war, daß seine Tötung gefilmt wird." Zusammen mit Anti-Euthansie-Gruppen legten Mitglieder von "Autonom Leben" für eine Zeit lang das NDR-Livemagazin DAS lahm und protestierten vor laufender Kamera, Auch ein Polizei-Einsatz konnte die Störung nicht verhindern. Nichtsdestotrotz besteht von Fernsehanstalten aus aller Welt eine rege Nachfrage nach dem Filn. Auch SWF und WDR bekundeten Interesse. Im November 94 wurde "Tod auf Verlangen" außer in den Niederlanden bereits in Norwegen, Österreich, Japan und Belgien gesendet.

VORSITZENDER DISTANZIERT SICH VON SEINER BASIS

Da kann ein Vorsitzender (inzwischen nur noch EX) schon ins Schwitzen kommen, wenn die Basis es wagt, eigene Wege zu gehen. Bernd Wünsch - Vorsitzender, gleichzeitig Geschäftsführer, mit Mitteln der Hauptfürsorgestelle gefördert und schließlich als Jurist beim Berliner Behinderten-Verband angestellt - hat es fertiggebracht, sich bei öffentlichen Stellen für seine Basis zu entschuldigen: Diese nämlich war so dreist gewesen, sich schriftlich beim Bezirksbürgermeister von Lichtenberg, Mucha, zu beschweren, über das für RollstuhlfahrerInnen unzugängliche Sozialamt in der Kowalkestraße. "*Mit Bestürzung*" habe er von dem Protestschreiben Kenntnis genommen, schreibt nun Wünsch an Mucha am 2.1.95 und distanziert sich "*entschieden davon*". Während seiner Amtszeit als Vorsitzender des Verbandes seien seine Mitarbeiter und er bemüht gewesen, "*auftretende Probleme in konstruktiver Zusammenarbeit mit den öffentlichen Dienststellen zu lösen. (...) Herr ... hat weder die demokratischen Spielregeln beachtet, noch ist er bemüht, sich sachkundig zu machen, um gemeinsam mit dem Bezirksamt Lichtenberg ... die von ihm aufgezeigten Schwierigkeiten zu lösen. Das Fehlverhalten des Herrn ... bitte ich vielmals zu entschuldigen.*" Nicht genug, daß Wünsch dies an Mucha schreibt, Kopien gehen an die Senatorin für Soziales, Stahmer, die Landesbeauftragte von Berlin, Grützmann, die Sozialstadträtin von Lichtenberg, Homfeld und den Lichtenberger Behindertenbeauftragten, Wiegand.
Dieser Vorfall allein führte sicher nicht zum Mißtrauensantrag gegen den solcherart auf Abwege geratenen Vorsitzenden. Nichtsdestotrotz zeigte ihm die Basis endlich die rote Karte. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung trat Wünsch als Vorsitzender und Geschäftsführer des BBV zurück - obwohl er bereits eine Woche vorher per Gerichtsbeschluß ausgeschlossen worden war. Nun ja, doppelt hält vielleicht besser. Nun müssen sich die Mitglieder nur noch überlegen, ob sie sich denn weiterhin von Wünsch anwaltlich beraten lassen wollen, denn angestellt ist er immer noch (vgl. BERLIN KONKRET 2/95, S. 9).

ERFOLGREICHER WIDERSTAND

Die 4. Klasse der Grundschule Bremen-Grolland hat es geschafft. Nach zahlreichen Protestaktionen, bis hin zu falschen Fünfern und Sechern, wird ihre Klasse mit behinderten und nichtbehinderten SchülerInnen nun doch nicht getrennt (die randschau berichtete darüber). Die Kinder können nun gemeinsam in die Orientierungsstufe wechseln. Ein Drittel der notwendigen Gelder soll durch Spenden aufgebracht werden.

SYMPOSIUM "BEHINDERTE LIEBE"

findet am **10. Juni 95** von **10. bis 20.00 Uhr im Raschplatzpavillion Hannover** statt. **Info und Anmeldung:** Büro des Behindertenbeauftragten, Nschs., Renée Krebs-Rüb, Postfach 141, 30001 Hannover, Tel.: 0511/120-453

KrüppelInnenRATschlag '95

vom 28.4. bis 1.5.1995 in der Jugendherberge Melsungen (bei Kassel)

RATSCHLAG ★ Autonomie ★ Solidarität ★ Selbstbestimmung ★ Antidiskriminierungsgesetz ★ Anpassung ★ Macht ★ Parlament ★ Widersprüche ★ STREIT ★ Krüppelstandpunkt ★ Identität ★ Professionalisierung ★ Revolution ★ Lernen ★ Selbstausbeutung ★ Rassismus ★ Angst ★ DEBATTE ★ Selbsterfahrung ★ Assistenz ★ Politik ★ Integration ★ Privatleben ★ Sozialarbeit ★ Ausgrenzung ★ Humangenetik ★ STANDORTBESTIMMUNG ★ Bioethik ★ Pflegeversicherung ★ Ratlosigkeit ★ Reformismus ★ Geschichte ★ Moral ★ Traumtänzerei ★ Widerstand ★ AUSEINANDERSETZUNG ★ Frauen ★ Szene ★ Kämpfen ★ Normalität ★ Emanzipation ★ Konkurrenz ★ Radikalität ★ Lieben ★ WIEWEITER? ★ Öffentlichkeit ★ Kohle ★ Verstaatlichung ★ Bedrohung ★ Auswandern ★ Leben ★ Generationenkonflikt ★ Andersein ★ FRAGEN ★ Bewegung ★ Utopien ★ Männer ★ Stagnation ★ Subkultur ★ Organisation ★ Lust ★ Individualismus ★ RATSCHLAG

EINLADUNG

ZUM KRÜPPEL/-INNEN-RATSCHLAG '95
und zur GEBURTSTAGSFETE: Im 10. Jahrgang -
***die randschau* - Zeitschrift f. Behindertenpolitik**

KrüppelINNEN-RATschlag '95

Vom Überleben in harten Zeiten

Eine Neuauflage des "Krüppeltribunals"? Keine schlechte Idee, aber die Zeiten sind nicht danach. Nicht etwa deshalb, weil die Forderungen von und nach '81 heute gegenstandslos wären - diese Behauptung wäre etwas übertrieben. Aber eine starke, phantasievolle, wütende und streitlustige Krüppelbewegung, die ein solches Unterfangen organisatorisch und politisch tragen würde, ist weit und breit nicht in Sicht.

Nun eben - ein paar Nummern kleiner, dafür politisch korrekt - der KrüppelInnen-RATschlag. Und genau darum wird es dabei auch gehen: Um die Frage, warum sich (fast) nichts mehr bewegt, warum wir auf der Stelle treten bzw. rollen und dabei wie das Kaninchen vor der Schlange auf die nächsten Schweinereien warten. Und warum uns im Kampf gegen Pflegeversicherung, Bioethik oder Humangenetik der Blick für das verlorengegangen ist, was wir einmal wollten.

Eingeladen sind alle, die in diesem täglichen, oft aussichtslos erscheinenden Kleinkrieg mal für ein Wochenende Luft holen und über den Tellerrand des eigenen Spezialthemas blicken wollen. Alle, die schon beim 'Krüppeltribunal' dabei waren und dann ihre eigenen Wege gegangen sind, alle, die später dazugekommen sind (z.B. aus den neuen Bundesländern) und die noch dazukommen wollen. Menschen mit und ohne Behinderung, die immer noch der Meinung sind, daß es sich lohnt, für die eigenen Rechte zu kämpfen, und die schon lange nicht mehr (oder noch nie) ausführlich miteinander diskutiert und gestritten haben - in der Hoffnung, daß wir uns noch etwas zu sagen haben.

In - mindestens - zwei Plena und vier thematischen Foren (siehe Programm) wird Gelegenheit sein, die unterschiedlichen Erfahrungen und Ansätze zu diskutieren und eine Standortbestimmung vorzunehmen. Zu jedem Plenum und jedem Forum haben wir verschiedene ReferentInnen eingeladen, von denen wir uns Impulse für eine kontroverse und produktive Debatte versprechen. Schön wäre es, wenn dabei ein möglichst offener und vorurteilsfreier Austausch herauskäme, bei dem politische Gegensätze nicht verwischt werden, aber zugleich deutlich wird, was uns verbindet. Daß mit einer solchen Veranstaltung die Krüppelbewegung wie Phönix aus der Asche wiederaufersteht, ist nicht zu erwarten; immerhin könnte sich aber herausstellen, daß es gar nicht so wenige sind, die nach einer gemeinsamen Perspektive

suchen. Denn eines dürfte klar sein: Um den täglichen Zumutungen etwas entgegenzusetzen, braucht es mehr als EinzelkämpferInnen. Ebensowenig reicht es aus, immer nur zu reagieren und sich auf das Horrorthema zu stürzen, das gerade angesagt ist. Ohne eine Vorstellung davon, wo wir hinwollen, werden wir den Kampf gegen die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen nicht gewinnen.
Und ein bißchen mehr als das bloße Überleben sollte es schon sein. Vielleicht gelingt es uns ja, die eine oder andere längst verschüttete, immer noch uneingelöste Utopie wieder auszugraben. Manches Fundstück könnte dabei sein, von dem wir merken, daß es uns gefehlt hat, und das allen Beschädigungen zum Trotz immer noch brauchbar ist: als Vorstellung, wie Leben mit Behinderung auch aussehen könnte. Dabei entdecken wir möglicherweise, daß wir selbst doch noch nicht so abgeklärt, realpolitisch und 'vernünftig' geworden sind, wie wir das von uns glauben. Dann könnte Behindertenpolitik sogar wieder Spaß machen.

P.S.: Auch wenn es sonst nicht viel zu Feiern gibt, eines ist sicher: die randschau hat Geburtstag und läßt es sich nicht nehmen, zu diesem Anlaß die Sau rauszulassen. Am Sonntag abend knallen die Sektkorken so laut, daß alle Krüppelfeinde dieser Erde im Bett senkrecht stehen!

See you at the RATSCHLAG!

Name, Vorname: ....

Straße: ....

PLZ: ....

Ort: ....

ICH KOMME

zum KrüppelInnen-Ratschlag '95 vom 28.4. bis 1.5.95 in der JH Melsungen

und melde mich hiermit verbindlich zum KRÜPPEL/-INNEN-RATSCHLAG '95 an. Der Tagungsbeitrag von 80,- DM (40,- DM bei Leuten mit wenig Geld) zahle ich bei der Tagung.

AUSFÜLLEN !

- ❑ Ich komme mit .... Personen
- ❑ Ich brauche Kinderbetreuung*
- ❑ Ich muß im Doppel-Stockbett **unten** schlafen*
- ❑ Ich benötige eine Mikroportanlage
- ❑ Ich will vegetarisches Essen
- ❑ Ich brauche eineN GebärdendolmetscherIn*
- ❑ Ich benötige Abholung vom Bhf. Melsungen*

Ich nehme an folgenden Foren teil:

❑ Forum 1 ❑ Forum 2
❑ Forum 3 ❑ Forum 4



Diese Anmeldung an bitte schicken an:

Jörn Schadendorf
Fibigerstraße 275
D - 22419 Hamburg

Anmeldeschluß - *31. März 1995*

PROGRAMM

Freitag, 28.4.95

18.00 Uhr Abendessen

19.30 Uhr Begrüßung, Organisatorisches; danach: Kennenlernen, Wiedersehen & "geselliges Beisammensein"

Samstag, 29.4.95

9.00 Uhr Eröffnungsplenum: Wo wollten wir irgendwann mal hin und warum sind wir jetzt da, wo wir nie hinwollten? Oder etwa doch? Reflexionen zu Geschichte und Gegenwart der unabhängigen Krüppel- und Behindertenbewegung in der BRD

12.00 Uhr Mittagessen

14.00 Uhr parallele Diskussionsforen

Forum 1: Gibt es ein Leben nach der Pflegeversicherung? Wege aus der sozialpolitischen Definsive

Forum 2: Mit dem Staat gegen Ausgrenzung? - Antidiskriminierungsgesetze - Chancen, Risiken und Illusionen

ab 19.00 Uhr **Fete - Fete - Fete - Fete** 10 Jahre Blick über den Tellerrand - *die randschau* bittet zum Tanz

Sonntag, 30.4.95

11.00 Uhr parallele Diskussionsforen

Forum 3: Geschlecht: behindert? Perspektiven der Krüppelfrauenbewegung

Forum 4: Bioethik, "Euthanasie", Rassismus: Totstellen oder Weiterkämpfen? Wie gehen wir mit den gesellschaftli-chen Bedrohungen um?

13.00 Uhr Mittagessen

14.30 Uhr Weiterarbeit in den Foren

19.00 Uhr Abendessen; danach evtl. Weiterarbeit in den Foren

Montag, 1.5.95

9.30 Uhr Abschlußplenum: Wer das Träumen aufgibt, wird unsanft geweckt oder: Wir können noch viel zusammen machen. Wo sind unsere Utopien geblieben? Wie kann es weitergehen und womit fangen wir an?

13.00 Uhr Mittagessen

und Tschüß! (bis zum Ratschlag 1996?)

ORGANISATORISCHES

Wir haben zum KrüppelInnenRATschlag die gesamte JH Melsungen gemietet, die für mehr als 120 Leute Platz bietet ● GebärdendolmetscherInnen versuchen wir zu organisieren (wer Adressen von Leuten hat soll sich an uns wenden) ● wir werden an allen Tagen: Filme zeigen, ein Cafe offen halten, laden ein zu Live-Musik, Kabarett, Theater, Kleinkunst (Interessierte sollen sich an die Kontaktadresse wenden!!) ● es gibt keine Möglichkeit Einzelzimmer zu reservieren ● eine Kinderbetreuung werden wir ebenfalls organisieren ● wir werden versuchen die Fahrtkosten - wenn irgend möglich - zu erstatten ● Bücher- und Zeitschriftentisch wirds geben ● Solipreise sind selbstverständlich ● AssistentInnen zahlen ermäßigte TN-Gebühr ● Wir versuchen die DB z. Zt. noch von einem Hublift am Bhf. Melsungen zu überzeugen ● Bis denn!

KONTAKT ÜBER: Jörn Schadendorf Fibigerstraße 275, 22419 Hamburg
INFOS ÜBER: Redaktion die randschau Mombachstraße 17, 34127 Kassel Tel.: 0561 / 8 45 78 Fax: 89 65 32

IM ZEHNTEN JAHRGANG

'die randschau' hat Geburtstag. Wir befinden uns mit dieser Ausgabe im zehnten Jahrgang. Grund genug zu gucken, wo wir heute stehen und wo wir künftig hinwollen. Um eine Annäherung bemüht, haben wir einen der Gründer der 'randschau' gebeten, uns ein paar Fragen zu beantworten. Die Antworten die uns Lothar Sandfort dabei ins Poesiealbum schrieb, sind nebenstehend zu finden.

Aber auch die Redaktion hat sich bemüht, eigenes beizutragen: Beim Redaktionswochenende haben wir über unser Verhältnis zu dem was da vierteljährlich von uns produziert wird, reflektiert. Herausgekommen ist ein Round-table-Gespräch, das wir leicht gekürzt ebenfalls wiedergeben. Geschenke, Kleingeld und Grußkarten zum Jubiläumsjahr nimmt immer noch jede Redaktionsadresse entgegen. In diesem Sinne: Viel Spaß beim Lesen!

Ein Blick zurück, einer nach vorn

Lothar Sandfort, Mitbegründer der 'randschau', zum Zehnjährigen



Wie ist die Entstehung der 'die randschau' aus Deiner Sicht zustande gekommen und wie hat sie sich entwickelt?

Da muß ich ein wenig zu den Ursprüngen der Bewegung ausschweifen. Ende der siebziger Jahre erschienen erstmals die beiden Zeitschriften der damals neu entstehenden emanzipatorischen Behindertenbewegung: unsere 'Luftpumpe' und die 'Krüppelzeitung' der Krüppelgruppen. Die Frage der Zusammenarbeit mit Nichtbehinderten hatte die junge Bewegung schon bald in zwei Lager geteilt - bis zur Spaltung. Die beiden Zeitungen lassen sich den Lagern zuordnen. Wir, die 'Luftpumpe', wir kamen aus der Tradition der 'Clubs Behinderter und ihrer Freunde', die uns aber zu unpolitisch geworden waren. Deren Bundesgeschäftsstelle in Mainz diente damals schon - nach meiner Einschätzung - brav angepasst nur noch zur beruflichen Absicherung von Walter-Maria Schubert und den nichtbehinderten Hauptamtlichen der BAGC-Macherinnen und Macher. Wir vertraten den frecheren Standpunkt, der sich ähnlich in der VHS-Gruppe um Gusti Steiner und Ernst Klee entwickelte. Uns fehlte aber die heiße Wut, die die Arbeit der Krüppelgruppen so beeindruckend inspirierte. Mit den Jahren näherten sich die Lager wieder an. Ende der achtziger Jahre konnte man von einer faktischen Vereinigung sprechen. Wir wurden radikaler, die anderen toleranter. Die Kräfte der getrennten Lager ließen zudem nach, was die Konzentration forderte. Genau wie in den Redaktionen von 'Luftpumpe' und 'Krüppelzeitung'. So entstand das gemeinsame Projekt 'die randschau'. Produktionsort wurde bzw. blieb Köln.

Nun, die Kräfte ließen weiter nach - auch meine. Inzwischen hatte ich selbst eine Familie und mußte mein Leben sicherer gestalten. Außerdem hatte ich nach mehr als 12 Jahren Zeitungsarbeit keine Ideen mehr. Von mir ging auf die Zeitung keine Inspiration mehr aus. Auf meine Ankündigung hin, mich zurückziehen zu wollen, gab es zwei Übernahmeinteressen. Ihr wart interessiert und Franz Christoph. Er hatte zwar - wie immer - gute Ideen, aber kein Konzept. Eine dauerhafte und interessante Überlebenschance gab es durch Euch, was sich ja auch bewahrheitet hat.

Welches sind die Vorteile und Möglichkeiten von 'Bewegungszeitschriften' wie der 'randschau'?

'die randschau' ist ohne Zweifel ein schon heute geschichtsträchtiges Projekt. Die Behindertenbewegung ist nach wie vor Avantgarde, ihre Zeitung 'Szene-Blatt'. Die Frauenbewegung in Deutschland hat mehr als hundert Jahre gebraucht - von den ersten lokalorganisierten Frauenvereinen im Zuge der Revolution von 1848 über den 'Allgemeinen Deutschen Frauenverein' (1865) bis zur 'Neuen Frauenbewegung' nach 1968. Eine von behinderten Menschen getragene emanzipatorische Massenbewegung braucht vielleicht ebenfalls viele Jahrzehnte Pionierarbeit. Ich bin mir aber sicher, daß für den dann einsetzenden historischen Rückblick 'Krüppelzeitung', 'Luftpumpe' und 'randschau' - gemäß dem proportionalen gesellschaftlichen Verhältnis - ähnliche Bedeutung haben wird, wie etwa die 'Frauen-Zeitschrift' von Louise Otto von 1848 oder die 'Gleichheit' von Clara Zetkin.
'die randschau' ist ein lebendiges Dokument und hält gleichzeitig die emanzipatorischen Pioniere zusammen. Sie motiviert zu neuem Engagement, indem sie von bestehendem Engagement berichtet. Das sind ihre herausragenden Aufgaben.

Was sind aus Deiner Sicht die größten Mankos der 'randschau' ? In welchen Bereichen sollte sie weiterentwickelt werden?

Nach wie vor ist es echte Arbeit 'die randschau' zu lesen. Das Durcharbeitenmüssen vergrault sicher viele Interessierte. Zu meiner Zeit war die Rubrik 'Magazin' mit ihren vielen kurzen Nachrichten und Hinweisen wohl der meistgelesene Zeitungsteil. Die Artikel müßten - meiner Meinung nach - kürzer und das Heft von der Themenauswahl vielseitiger sein. Wir hatten früher immer die Sorge, die Autoren und Autorinnen würden nicht mehr für uns schreiben, wenn wir ihre beiträge kürzen. Vielleicht ist das ja bei Euch auch so. Wir haben den Fehler gemacht, daß Text immer vor Illustration kam. Vielleicht wäre eine ausgewogenere Verteilung sinnvoll. Ich ganz persönlich wünsche mir noch mehr persönliche Situations- und Lebensbeschreibungen. Zudem: Mich stören beim Lesen Artikel, die - wie schon zu meiner Zeit - nicht Korrektur gelesen sind. Das sind aber im Vergleich zum Nutzen und zum Interesse, mit dem ich die Zeitung lese, Kleinigkeiten.

Die Bewegung verändert sich, wird z.T. professioneller, etablierter und strukturierter. Wie kann eine Bewegungszeitschrift darauf angemessen reagieren?

Es werden sich auch wieder autonomere, wildere Gruppen bilden. Wenn die Berichterstattung vielseitig bleibt und tolerant gegen dogmatische Heilsverkündigungen und ohne Inquisitionen, ist das angemessen. Neue und alte Strömungen sollten unzensiert Platz bekommen, wenn auch nicht unbeschränkt. Vielleicht können einzelne Seiten ganz übertragen werden. Die Selbstbestimmt-Leben-Initiativen zum Beispiel geben das Info-Blatt 'Selbstbestimmt-Leben-konkret' heraus. Warum übernehmen die nicht 4 Seiten der randschau, die sie eigenständig gestalten. Das spart Geld und Kräfte und dient der Vielseitigkeit. Vielleicht könnte so auch eine Zusammenarbeit mit der (ostdeutschen) 'Stütze' mal möglich sein. Bei deren Herausgeber werden die fehlenden finanziellen Mittel auf Dauer auch Veränderungen in der Präsentation erzwingen. Innerhalb einer solchen Zusammenarbeit können die Einzelredaktionen - falls nötig oder möglich - wieder auseinandergehen.

'die randschau' wird ja quasi nebenbei hergestellt. Könnte es anders sein? Welches sind Deine Wünsche?

Ich habe wenig Hoffnung, daß die Zeitung mittelfristig aus sich heraus finanziell abgesichert produzieren kann. Die Bewegung ist eben kein Massenphänomen.

Professionalisierungstendenzen sind schon gescheitert. So hat sich zu 'Luftpumpen'-Zeiten etwa eine kleine Gruppe abgespalten und ein Hochglanzprodukt hergestellt, nachdem die Restredaktion sich - mit mir - der Umwandlung zur Illustrierten wiedersetzt hatte. 'Pro Integration' nannte sich die Zeitung, die ohne Zweifel optisch gut gemacht war. Bei denen ging Optik vor Ihnhalt. Ihr baldiges Ende hatte ich vorausgesehen. Auseinandersetzung mit Behinderung, wie 'die randschau' sie provoziert, anregt und fordert, ist doch imgrunde bedrohlich. Unangenehm selbst für Behinderte. Nötig ja, sogar sehr, aber viele gehen dem lieber aus dem Wege. Verbreiterung des Kunden- und Inserentenkreises hieße heute noch, den Bedarf nach Integrationsharmonie und Verleugnung nachzugeben, beschönigen, verniedlichen.

Die gerade wieder entstandenen Lifestyle-Behindertenmagazine, die nicht irgendwo unter den Finanzierungsmantel von verbänden schlüpfen können, werden alle wieder eingehen.

Nur eine Identifikation der Bewegung mit ihrer Zeitung kann 'die randschau' überleben lassen, denn eine solche Identifikation fördert ehrenamtliches Engagement, Kauf- und Spendenbereitschaft.

LOTHAR SANDFORT, TREBEL

die randschau, das unbekannte Wesen

Die fast vollständige Redaktion, Martin Seidler aus Mannheim konnte leider nicht kommen, diskutierte in einem Round-table-Gespräch über ihr Verhältnis zu dieser Zeitschrift. Die gekürzten Ergebnisse dokumentieren wir hier.



Redaktionssitzung in Kassel im Spiegel der Zeit.

Foto: Christof Bill, Kassel

Ursula: Also es geht darum, welche Funktion 'die randschau' hat, bzw. in wie weit sich diese Funktion in den letzten zehn Jahren verändert hat? Warum wir 'die randschau' machen und warum wir sie auch unbezahlt machen? Was wir erreichen wollen und wen wir erreichen wollen? Und es geht um unser Verhältnis zur Behindertenbewegung und ob 'die randschau' ein Spiegel der Bewegung ist und ob wir dies letztendlich tatsächlich sind?

Jörg: Ich mach 'die randschau', weil ich nach wie vor glaube, daß eine Diskussionsplattform und ein Theorieorgan, als eine Form der Austauschmöglichkeit für die Bewegung und auch für mich selbst wichtig ist. Von daher war und bin ich auch bereit da relativ viel Energie reinzustecken. Ich glaube, das nur, wenn die verschiedenen Strömungen innerhalb der Bewegung miteinander diskutieren, die Spannung ausmachen kann, mit der wir gemeinsam - strömungsübergreifend - agieren können. Leute, die neu dazukommen, die können sich die Geschichte, die die verschiedenen Diskussionen haben durch 'die randschau' zugänglich machen. Es wird ja nicht alles immer neu diskutiert und muß ja auch nicht immer beim Punkt Null wieder anfangen. Da finde ich 'die randschau' wichtig. Und, sie ist mir wirklich ans Herz gewachsen.

Ursula: Das muß ich auch sagen. Für mich kam das Angebot, bei der 'randschau' mitzumachen, zu einem Zeitpunkt, als ich Kapazitäten freihatte, und dann ergab sich die Möglichkeit, einen Job daraus zu machen; so konnte ich mein politisches Engagement und meinen Beruf miteinander verbinden. Die Auseinandersetzung innerhalb der Behindertenbewegung - und was wollen wir, was tut sich?-, das öffentlich zu machen, finde ich sehr wichtig und spannend.

Thomas: Als ich mir im Zug hierher Gedanken gemacht habe, warum ich bei der randschau mitarbeite, habe ich gemerkt, daß mir eine Antwort schwerfällt. Ich bin nur zu einem vorläufigen Ergebnis gekommen: Eine Hauptmotivation zum Mitmachen ist für mich - außer persönlichen Beziehungen -, daß ich in der 'randschau' die einzige Behindertenzeitschrift sehe, in der zumindest ansatzweise wirklich politische Debatten geführt werden, und daß ich als Mitarbeiter die Möglichkeit habe, einen eigenen Standpunkt öffentlich zu vertreten, eine Diskussion zu beeinflussen. Ich sehe in der 'randschau' eine Möglichkeit, in kleinem Rahmen einer Entwicklung zu sehr viel Pragmatismus, zur Anpassung an gesellschaftliche Gegebenheiten, die ich in der Behindertenbewegung sehe, etwas entgegenzusetzen.

Ulrike: Ich mache 'randschau', weil ich gerne Zeitung mache. Mich fasziniert dieses Zusammenspiel von Kopf- und Handarbeit. Ich habe schon Schülerzeitungen gemacht und ich denke diese Faszination ist ein Stück weit geblieben, auch, wenn heute die Handarbeit sehr viel mehr in Beherrschung von so einem PC besteht, als im konkreten Tippen, Schneiden und Kleben. Ganz wichtig ist für mich: Ich bin immer sehr neugierig darauf, wie sich einzelne Themenbereiche weiterentwikkeln. Nicht nur im Sinne einer Verbreiterung, daß mehr Leute darüber nachdenken und darüber reden, sondern auch einer Vertiefung, also wirklichen Weiterentwicklung. Und ich denke, 'die randschau' ist ein gutes Forum dazu. Mir liegt immer besonders am Herzen, Leute zum Schreiben und zum Reden zu bringen, die das noch nie getan haben. Ich finde Beiträge von Leuten, die schon sehr lange dabei sind, sehr fruchtbar, aber ich finde es mindestens genauso spannend, Gedanken von ganz anderen Leuten zu lesen und zu hören und daraus zu lernen. Und ich finde es ganz spannend, über den Tellerrand zu schauen und auch Leute anzufragen, die nicht direkt was mit Behindertenfragen, Behindertenbereich, Behindertenbewegung zu tun haben, sondern aus ihrer Perspektive heraus was dazu schreiben. Und dieses noch ein bißchen voranzubringen, ist mein Wunsch. Darum mache ich 'randschau', abgesehen davon, daß ich es immer sehr schön finde mit Leuten nicht nur zu reden, sondern z.B. wie in einer Redaktion konkret was daraus zu machen, als Gruppe.

Volker: Einmal war es ein sehr pragmatischer Grund, als sich abzeichnete, das die ABM-Stelle auslief und einfach auch absehbar war, daß das so nicht mehr geht. Ich denke, das war sicherlich ein sehr pragmatischer Grund, aber das ist natürlich nicht das Eigentliche. Es hat sich einfach gezeigt, daß 'die randschau' für mich persönlich in den letzten Jahren eine Veränderung durchgemacht hat, also nicht so einfach nur Behinderte für Behinderte geschrieben haben, sondern das es ja gerade in Themenbereichen wie Eugenik oder Bio-Ethik, wo man auch andere Leute angesprochen hat einen Artikel zu schreiben, daß das ja nun zum Teil von

Leuten gelesen wird, die nicht unmittelbar mit der Behindertenbewegung zu tun haben. Was ich eigentlich auch eine ganz gute Entwicklung finde und es war für mich mit ein Grund, das so ein Projekt dann auch personell durch Mitarbeit gestärkt wird. Wie das auch Ulrike gesagt hat, ist es für mich ganz wichtig Themen weiter zu verfolgen, nicht nur im Sinne einer Verbreiterung, sondern auch nachzudenken wie man bestimmte Themen vertiefen und weiterentwickeln kann. Ich habe schon festgestellt das über eine Zeitung eine Struktur geschaffen wird, sich solche Gedanken zu machen, es bleibt nicht so abstrakt, sondern ist auch ganz konkret an bestimmte Artikel, verschiedene Projekte, Schwerpunkte, die geplant sind, gebunden. Und ich finde von daher notwenig und sinnvoll, das so ein Zeitungsprojekt solche Prozesse ein Stück weit strukturiert und organisiert.

Christof: Viel kann ich eigentlich garnicht dazu sagen. Ich bin auch kein richtiger Redakteur, ich bin eigentlich nur mitarbeitender Symphatisant der 'randschau'. Und vor allem aus dem Grund, weil, genau wie Thomas sagte, ich denke das das eben eine Möglichkeit ist Politik im Behindertenbereich zu machen. Und da 'die randschau' wahrscheinlich die einzigste Zeitschrift ist, die eben auch Politik in der Richtung, die ich denke, die irgendwo eine Gleichberechtigung von Menschen mit einer Behinderung ermöglicht und zum anderen ist 'die randschau' für mich - ganz kurz gesagt - ein Spielplatz, der nötig ist. Einen Freiraum zu haben, wo Ideen nicht hundertprozent produktiv sein müssen, sondern ein Freiraum wo Ideen ausgetauscht werden.

Thomas: Ich denke, daß sich die Funktion der 'randschau' insofern verändert hat, als sich die Behindertenbewegung verändert hat und zwar mehr verändert hat als 'die randschau'. Ich glaube, sie hat ihren mehrheitlichen Standort mehr verlagert als 'die randschau'. Das bedeutet zugleich, daß 'die randschau' mehr am Rand der Behindertenbewegung steht als etwa vor zehn Jahren - soweit ich das beurteilen kann, ich war damals noch nicht dabei.

Jörg: Also ich würde dem widersprechen. Ich glaube das 'die randschau' immer mehr neben der Bewegung war. Und das deshalb, weil das eigentlich auch zu den Grundzügen einer Bewegungszeitschrift - notwendigerweise - gehört. 'die randschau' ist ein Projekt gewesen, wenn man das so zurückverfolgt, das immer nur von ein, zwei, höchstens drei Leuten getragen worden ist, die diese Zeitschrift gemacht haben. Als 'die randschau' gegründet wurde, war die Hochzeit von Bewegung, die sich in Initiativen vor Ort als auch bundesweit widerspiegelte, bzw. von den Debatten der 'Krüppelzeitung' oder wie sie in der Schlußphase der 'Luftpumpe geführt worden ist, eigentlich schon vorbei. 1986 gab es die ersten Tiefpunkte und nur zum Teil noch Strukturen, die zusammengearbeitet haben, aber im Grunde genommen, war auch da schon 'die randschau' Ausdruck einer Bewegung die es in der Form nicht mehr gab.

Ursula: Nicht mehr so konzentriert, aber und mit viel breiteren Aspekten.

Volker: So wie ich mich erinnere, als die Idee der 'randschau' geboren wurde, gab es wirklich solche Diskussionen, können wir uns wirklich zwei Zeitungen leisten, also die 'Krüppelzeitung' und die 'Luftpumpe'. Es bestätigt schon, was auch Jörg sagt, das viele Gruppen nicht mehr existierten und die Frage wie, wer kauft eigentlich noch zwei verschiedene Zeitungen? hatte schon einen eindeutigen Hintergrund.

Jörg: Ich meine, es hatte auch einen inhaltlichen Aspekt. Die verschiedenen Stränge der verschiedenen Strömungen der 'Bewegung', mehr oder weniger mehr zusammengefunden haben. Es gab gemeinsame Berührungspunkte und die gab es viel intensiver. Und ehrlicherweise muß man ja sagen, das 'die randschau' in ihrer Anfangsphase inhaltlich im wesentlichen von zwei Leuten getragen wurde, nämlich von Lothar aus Köln und Udo aus Hamburg.
Was mir heute an der 'randschau' so gefällt, ist die Unmöglichkeit, das sie existiert. Eigentlich ist es völlig unmöglich und völlig unrealistisch das eine Zeitschrift über zehn Jahre, mehr oder weniger regelmäßig, erscheint, die weder die finanziellen Resourcen hat, die weder die personellen Resourcen hat und über keine Beschäftigten im eigentlichen Sinne verfügt und jedes Vierteljahr, trotz alle dem, neu erscheint. Ein Widersinn in sich und ich glaube das macht für mich auch die Spannung aus.

Ursula: Ich denke, wir können das nur machen, weil wir auch einen politischen Hintergrund haben; wie immer der im einzelnen aussehen mag. Ohne diesen Hintergrund hätte 'die randschau' keine Basis. Mit einem rein professionelles Verständnis könnten wir, 'gute Nacht' sagen und Schluß machen.

Ulrike: 'die randschau' ist ja eine Zeitung von der Sorte, die nicht in erster Linie zielgruppenorientiert arbeitet. Also okay, man kann sagen, vorranige Zielgruppe sind die, die selber behindert und selbst an behindertenpolitischen Themen interessiert sind. Aber wir planen nicht: Wir machen jetzt was für die Zielgruppe oder für die. Womit sprechen wir jetzt ganz viele an? Sondern es ist sehr stark themenorientiert. So stark themenorientiert, daß uns das manche Leute ankreiden, die erwarten, daß wir zielgruppengerichteter arbeiten. Unser Interesse sind aber weniger die Zielgruppen, sondern die Themen.

Ursula: Ich finde es gerade von Vorteil, daß es jedesmal einen Themenschwerpunkt gibt und - im Gegensatz zu Lothar - auch nicht zu einseitig. Wir haben die Vielfalt innerhalb des Schwerpunktes. Das hat natürlich auch pragmatische Grenzen. Wir wünschen uns oft noch mehr Aspekte, die aber dann aus technischen, personellen, zeitlichen oder sonst welchen Gründen nicht zu realisieren sind. Für mich ist 'die randschau' vom Anspruch her vielseitiger und spannender geworden und von der politischen Seite her einfach notwendig und wichtig. Sonst können wir ein Blättchen machen und bräuchten nur noch den passenden Verband dazu. Das ist nicht mein Ziel.

"Wir machen in erster Linie eine Zeitung für uns selbst."

Ulrike: Ich denke, was sich verändert hat ist, daß in den ersten Jahren immer noch sowas wie eine Neugierde oder so eine Spannung in bezug auf neue Themen gab, neue Themen, über die bisher noch nie jemand was geschrieben hat. Diese Spannung kann man nicht über zehn Jahre halten, es gibt nicht immer neue Themen. Sondern die Themen kommen immer wieder. Wir würden uns wiederholen. Unsere einzige Chance, diese Spannung zu erhalten, ist in die Tiefe zu gehen und ein Stück weiter zu gehen.
Ich denke ein Teil meiner Motivation 'randschau' zu machen ist auch die Neugierde, immer eine Zeitlang mir ein Thema genauer anzugucken. Gerade dann, wenn ich für einen Schwerpunkt verantwortlich bin, aber auch sonst gucke ich immer jeweils mit. Mir ein Thema nochmal genauer anzuschauen und ganz viele neue Sachen von vielen verschiedenen Leuten zu lesen. Das finde ich für mich persönlich so spannend, daß sich nie sowas wie eine totale Routine einstellt. Wir haben das ein bißchen besser organisiert und strukturiert mit dem eigentlichen Produzieren. Aber diese Neugierde, das ist das, was zumindest mir erhalten geblieben ist.

Ursula: Das ist das, was mir immer sehr viel Spaß gemacht hat, auch wenn ich vorher dachte, davon hab ich doch gar keine Ahnung. Mich darauf einzulassen und zu überlegen: wie kriegen wir das hin, wie kriegen wir das so gut wie möglich hin und für mich selbst die Spannung zu haben: wie wird das aussehen.

Thomas: Ich denke, wichtig ist der Punkt, den Christoph angesprochen hat. Einen wesentlichen Teil dieser produktiven Spannung macht für mich aus, daß wir zwar auf ein gewisses „Niveau" Wert legen, aber trotzdem nicht alles, was in der 'randschau' steht, fertig und zuende gedacht sein muß. Daß ich auch mal Sachen schreiben kann, die ich mir am Küchentisch ausgedacht habe, oder die aus einer Diskussion herauskommen; daß ich Gedanken in den Raum stellen kann, ohne sie gleich wasserdicht begründen und belegen zu müssen. Sachen, die unfertig sind und die sich weiterentwikkeln können. Und daß ich weiß, daß sich

auch andere Leute in der „randschau" trauen, was unfertiges zu schreiben. Viele Diskussionsbeiträge wären nicht erschienen, Diskussionen wären nicht in Gang gekommen oder nicht weitergegangen, wenn 'die randschau' nicht auch eine Spielwiese wäre.

Jörg: Aber gleichzeitig kriegen wir einen professionellen Anspruch mehr und mehr untergeschoben. Also diese vielen Noch-Nicht-Autorinnen und -Autoren, die potentielle SchreiberInnen für 'die randschau' wären, glauben, das wir eine Hürde aufstellen, über die sie springen müssen. 'die randschau' hat an sich ein intellektuelles Niveau bei dem viele nicht mehr mit machen, bei dem viele sagen, ich schaff das nicht, so kann ich nicht schreiben. Auf der anderen Seite ist mein Anspruch dieses Ding aufzuknacken und möglichst vielen Leuten den Zugang zu ermöglichen.

Ulrike: Ich finde wir sollten noch einmal ein bißchen mehr beim Kapitel Selbstkritik bleiben.Wir loben uns jetzt gerade über den grünen Klee. Und ich finde, wir sind gut, aber so gut sind wir nicht.

Christof: Für mich ist auch wichtig, das 'die randschau' mehr offen wird. Obwohl jetzt hier so sechs Leute zusammensitzen, glaube ich schon, 'die randschau' ist ziemlich abgehoben, also nicht für alle Leute, die behindertenpolitisch irgendwas machen wollen zugänglich. Mein Wunsch und meine Hoffnung wäre, das sich die LeserInnenschaft vielmehr an dem Projekt beteiligt. Das also vielmehr Resonanz auf die verschiedenen Artikel kommt. Das ist sehr wenig da und ich glaube eben, das die Gefahr besteht abzudriften und nur noch ein Ideologiebildendes Ding zu sein, aber überhaupt keine Basis mehr zu haben.

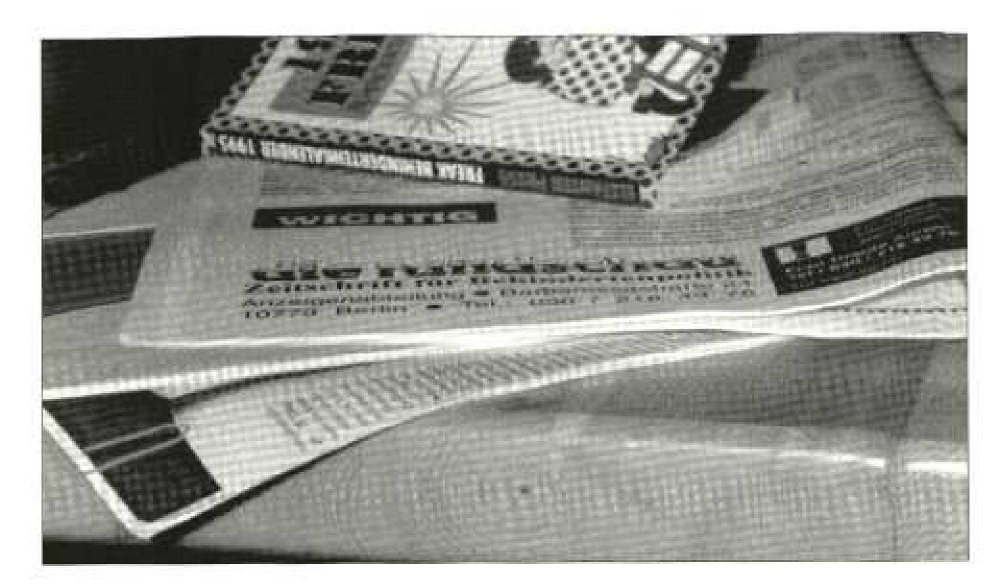
Ursula: Ich möchte mal ketzerisch sagen: Wir machen in erster Linie eine Zeitung für uns selbst.

(allgemeines Kopfnicken)

Thomas: Deshalb macht es uns ja auch so Spaß.

Ulrike: Aber da muß ich dem Christof ein Stück weit recht geben, ich finde, das wir den Dialog mit unserer LeserInnenschaft nur ungenügend führen. Und das mag auch daher kommen, daß, wenn so eine fertige 'randschau' vorliegt, sie trotz aller Ungereimtheiten und Unfertigkeiten immer noch relativ perfekt wirkt. Worauf wir auch stolz sind. Aber wir zeigen wenig von dem, was es uns kostet an Einsatz, an Kraft und an Energie, an Unsicherheiten, an Hektik, so eine Nummer zustande zu bringen. Wir zeigen sehr wenig, das wir auch Menschen sind. Und das unser Leistungsvermögen - komisches Wort - auch begrenzt ist. Das unsere Fähigkeiten nur sehr sehr begrenzt sind, unsere Kräfte sehr begrenzt sind. Das Bild das wir produzieren, ist das vom starken Powerkrüppel, etwas ideologisch verbohrt. Das ist zwar nicht das, was wir rüberbringen möchten, aber das, was bei vielen scheinbar ankommt. Also, mit dem Bild kann ich mich nicht identifizieren. Es ehrt mich etwas, es trifft mich auf der anderen Seite und ich denke aber auch, ich bin es nicht.

Es gibt ganz viele Sachen, ganz viel Mitarbeit von anderen Leuten, die dazu beitragen das wir überhaupt existieren. Und zu schreiben. Es ist ja immer beides. Und ich denke mir auch von wegen der Abgehobenheit, daß ist was, was grundsätzlich auch für jedes Projekt gilt, nicht nur für 'die randschau', das es eine Struktur von Insidern einerseits gibt und Leuten die mehr drumrum sind anderseits.



wir schaffen es nicht, das rüberzubringen und auch zu sagen, Klasse. Wir brauchen Euch. Weil wir sind nämlich auch nur Menschen.

Ursula: Nur wenn wir das in jeder Nummer schreiben würden, wäre es ziemlich schnell langweilig und nutzt sich ab. Der Punkt ist doch: Was kommt rüber? Was kommt an? Wie motiviere ich andere mitzumachen oder 'die randschau' zu unterstützen?

Thomas: Mein Eindruck ist, daß Reaktionen wesentlich mehr von nichtbehinderten Leuten kommen, aus einer bestimmten politischen Ecke, die mit der 'randschau' ein politisches Anliegen verbinden, als - mal ins unreine gesprochen - vom Normalkrüppel. Das bestätigt unsere Feststellung von vorhin, daß wir eine bestimmte Ebene vorgeben, auf der ein Dialog möglich ist. Er findet ja ansatzweise auch statt, aber eben mit bestimmten Leuten, die sich auf diese Ebene einlassen.

Ulrike: Also der Transfer über den Rand funktioniert in der Richtung Szene nach außen besser, als andere Themen von außen in eine Behindertenszene reinzubringen.

Thomas: Wichtig wäre sicher, regelmäßiger öffentlich drüber nachzudenken, was wir eigentlich wollen, und warum wir das machen. Nicht nur einmal zur Jubiläumsnummer. Dafür haben wir ja eigentlich auch die Rubrik 'Aus der Redaktion' eingeführt, um klarzumachen, daß das Menschen sind, die die Zeitschrift machen, daß es Spaß macht, welchen Frust es bringt und so weiter.

Volker: Ich meine, das ist ja auch immer zweiseitig: Auf der einen Seite Leute ansprechen Artikel zu schreiben, auf der anderen Seite ist es natürlich auch Aufgabe der Leser sich zu melden, selber was

Das ist ein Dilemma, daß sich nie auflösen läßt, das man immer wieder neu thematisieren muß. Es ist praktisch eine permanente Auseinandersetzung.

Christof: Das berechtigt noch lange nicht dazu wenn das bei anderen Sachen so läuft, daß das bei uns auch so laufen muß. Das verstehe ich auch so an der 'randschau', das sie auch ein bißchen die Möglichkeit bietet auch neue Wege aufzeigt miteinander umzugehen. Okay, dieses Dilemma läßt sich nicht völlig auflösen, aber in der Richtung das eben mehr Austausch da ist, ist das nötig.

Thomas: Wenn wir ehrlich sind, geht es uns doch eigentlich ganz gut damit, das wir nicht den Querschnitt der Behindertenszene repräsentieren und nicht repräsentativ sein müssen für alle Meinungen, die da vertreten werden. 'die randschau' ist ein Meinungsblättchen und wir haben dabei als Redakteurinnen und Redakteure die Möglichkeit, unsere eigene Meinung publik zu machen und unter Umständen auch ein Stück weit durchzusetzen. Zumindest bestimmen wir den Rahmen, welche Positionen in der „randschau" vorkommen und welche nicht. Und ich denke, das macht, wenn wir ehrlich sind, auch einen wichtigen Teil dessen aus, warum jede und jeder von uns so viel Arbeit da reinsteckt. Die Zeitschrift ist - gerade als Nischenblatt - für uns ganz persönlich ein Instrument, in einer bestimmten, begrenzten Szene Einfluß auszuüben. Und ich weiß auch nicht, ob es uns wirklich so recht wäre, wenn uns auf einmal ganz viele Leute bestürmen würden und ihre Sachen bei uns veröffentlicht haben wollten.

Volker: Ich meine, dann würde eine Debatte darum staffinden, was kommt rein und was kommt nicht rein. Das wäre natürlich spannend.

Ursula: Es ist ja nicht so, daß wir keine Artikel bekommen und das wir alles ohne Diskussion drucken.

Thomas: Das ist richtig, wobei uns diese Debatte relativ leicht fällt, weil wir unter uns meistens doch einen Konsens finden, und weil der Druck nicht besonders stark ist von außen, daß uns Leute oder Organisationen unbedingt als Sprachrohr haben wollen. Wir stehen da mehr am Rand. Das ist auch eine ganz bequeme Situation.

Volker: Es gibt ja auch unterschiedliche Medien. Wenn ich da so denke an 'Behinderte in Action', oder so, das sind ja zum Teil auch so verschiedene Richtungen innerhalb der Behindertenszene, die haben ja zum Teil auch ihre eigenen Möglichkeiten, die ich ja auch ganz in Ordnung finde. Das schafft ja auch wieder Spielraum.

Jörg: Wir haben da ja auch Ansätze gehabt, von denen ich finde das wir die auch fortentwickeln sollten. Nämlich, das Leute aus den verschiedenen Richtungen sich in der 'randschau' darstellen können. Das finde ich total wichtig. Natürlich besteht das Spektrum aus verschiedensten Gruppierungen, mal realpolitischer, mal utopischer, mal intellektueller, mal pragmatischer - und mein Ziel ist, die zusammenzubringen. Die müssen nachher nicht auseinander gehen und alle die gleiche Meinung haben, darum geht es nicht.

Thomas: Ich will noch mal darauf bestehen, daß die Möglichkeit, diese Debatten zu strukturieren und damit auch zu beeinflussen, ein Teil der Motivation ist. Für mich ist 'randschau' machen politische Arbeit und nicht in erster Linie eine Serviceleistung für irgendjemanden. Und deswegen mache ich das.

Volker: Was zum Teil aber auch gemacht wird, denn die Infos die da rüberkommen sind durchaus ein Bereich von Service.

Thomas: Wobei der, das müssen wir selbstkritisch sagen, bei uns relativ kurz kommt.

Volker: Das finde ich auch völig in Ordnung.

Thomas: Der Gebrauchswert der Zeitung ist nicht der größte; wenn jemand z.B. wissen will, welche neuen Hilfsmittel auf dem Markt sind, der muß 'Leben und Weg' lesen, oder den 'Paraplegiker'.

Ursula: Dafür bietet 'die randschau' Ideen, kritische Hintergrundberichte und Anregungen, sich über gesellschaftspolitische Entwicklungen Gedanken zu machen. Das wird von vielen Leuten auch sehr positiv aufgenommen. Das ist eben auch der Unterschied zu anderen Zeitungen. Das ist auch etwas was ein positives Merkmal der 'randschau' ist.

Ulrike: Unbedingt.

dates

bifos-Seminare
Das ausführliche Programm für 1995 kann bei bifos angefordert werden!
➲ **1. April** in Kassel: **Argumentation, Agitation und Aktion. Vorbereitung des europäischen Protesttages behinderter Menschen.**
➲ **21.-23 April** in Wiesbaden: **Nachwuchs der Behindertenbewegung - Wo bleibt er?**
➲ **Praxis des Peer Counseling** - dreiteiliges Seminar für behinderte Menschen, die andere behinderte Menschen beraten (wollen)
➲ **19.-21 Mai** in Mainz: Einführung in die Methode des Peer Counseling
➲ **26.-28. Mai**: Peer Counseling in verschiedenen Phasen der Beratung
➲ **9.-11- Juni**: Peer Counseling: Umgang mit verschiedenen Behinderungen in der Beratungsarbeit
➲ **16.-18. Juni** in Erlangen: **International Peer Counseling**
Infos und Anmeldung: bifos - Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561-71 33 87, FAX 0561-71 31 32

➲ ***BiBeZ-Seminare:***
Das neue Programm kann bei BiBeZ angefordert werde: Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter Frauen - BiBeZ e.V., Maaßstr. 37, 69123 Heidelberg, Tel. 06221/830346

➲ Das **Programmheft „Themenkreis Behinderung"** der VHS Köln mit Veranstaltungen zu Behinderung und Kunst, Eugenik, behinderte Frauen und u.a.m. kann angefordert werden bei der VHS Köln, Frau Marita Reinecke ,Josef-Haubich-Hof 2, 50676 Köln, Tel. 0221/221-24 86

➲ **27.-31. März und 16.-19. Oktober 1995** in Reinhausen: **Behinderte, Sexualität und AIDS.** Fortbildung für MitarbeiterInnen in Behinderteneinrichtungen. Info und Anmeldung: Freies Tagungshaus Waldschlößchen e.V., 37130 Reinhausen, Tel. 05592/382

➲ **28. April-1. Mai 1995** in Melsungen: **KrüppelInnenRatschlag und Geburtstagsfete „10 Jahre Randschau".** Arbeitsgruppen zu Sozialpolitik, Eugenik, Frauen, Foren, Fete mit Life-Musik. Infos: Redaktion Kassel, Anmeldung: Jörn Schadendorf, Fibigerstr. 275, 22419 Hamburg

➲ **28. April - 1. Mai 1995** in JH-Melsungen: **KrüppelInnenRATschlag '95.** Diskussionen - Feten - Treffen. Infos in diesem Heft. Anmeldung bei Jörn Schadendorf

➲ **28. April - 1. Mai 1995** in Oberwesel: Rhetorik und Selbstsicherheitstraining für Frauen. Infos & Anmeldung: AG katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden, Rheinweg 34, 53113 Bonn, Tel.: 0228/23 40 21

➲ **11.-14. Mai** in Bonn: **Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für behinderte Studentinnen.** Mit Lydia Zijdel, rollstuhlfahrende Selbstverteidigungslehrerin aus den Niederlanden (siehe Titelbild). Anmeldung und Infos für behinderte Sudentinnen und interessierte Wendolehrerinnen: Deutsches Studentenwerk, Beratungsstelle für behinderte StudienbewerberInnen und StudenInnen, Weberstr. 55, 53113 Bonn, Tel. 0228/26 90 662

➲ **12.-14. Mai 1995** in Köln: **2. alternativer Werkstättentag.** Für Menschen mit Behinderung, die in einer Werkstatt für Behinderte arbeiten, Werkstattleiter und -leiterinnen, VertreterInnen von Trägerorganisationen, politische MandatsträgerInnen, Personen, die sich in anderen Funktionen für Reformen im WfB-Bereich einsetzen. Programm mit genauen Informationen bei der Geschäftsstelle des Bundesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf, Tel. 0221-62 66 51, Fax 0221-61 39 72

➲ **13. Mai 1995** in Dortmund: **Netzwerk, kann man das essen!** Kooperation zwischen behinderten Studierenden und ihren Hochschuleinrichtungen. 10.00 Uhr, Universität Dortmund, Universität Dortmund, Emil-Figge-Str. 50, 44221 Dortmund, Infos: Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter Studierender, Adresse s.o., Tel. 0231/755-28 48, Schreibtel. 0231/755-53 50

➲ **7.-9. Juli 1995** in Dortmund: **5. bundesweiter Erfahrungsaustausch behinderter und chronisch kranker Studierender.** Themenschwerpunkte: Assistenz im Studium, Pflegeversicherung. Anmeldung und Infos: siehe oben.

➲ **NIE WIEDER**- Mancherorts und aus naheliegenden Gründen werden die Aktivitäten zum 5. Mai mit dem Gedenken zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, dem 8. Mai 1945, verbunden. Beispielsweise in Minden und in Berlin wird es entsprechende Veranstaltungen geben. Unter dem Motto „NIE WIEDER" sind in Berlin im Rahmen einer Friedenswoche der Internationalen Liga für Menschenrechte geplant: ***5. Mai Veranstaltung** im Oberstufenzentrum Wrangelstraße 98 in Kreuzberg **„Heimliche Rückkehr der Euthanasie?"** (historische und aktuelle Bezüge) * **7. Mai Friedesfest** an der „Neuen Wache" * **8. Mai** Tiergartenstr. 4 **Gedenken an die „Aktion T4"**

➲ **Aktionswoche an der Humboldt-Uni** - „50 Jahre und immer noch nichts dazu gelernt" ist das Motto dieser Woche, die vom **2. bis 7. Mai** statttfindet. Jeder Tag hat ein eigenes Thema: Schreibtischtäter, Medien, Ausgrenzung, Schüler-Aktionstag (Umgang mit Geschichte), Soldat, Mitläufer. Der **4. Mai** - Thema Ausgrenzung - soll ein Hochschultag werden: 10.00 Film: Ich klage an. - 12.00 bis 14.00 Uhr: Podiumsdiskussion zur Bioethik-Konvention. Angefragt sind Claudia Roth, Christina Wollny, Franz Christoph, Ellis Huber, ein Vertreter vom Scheering-Konzern, ein Molekularbiologe. - 14.15 bis 16.00 Uhr: Hochschule für alle? Die Zustände an der Humboldt-Uni insbesondere für beh. Studierende. Angefragt sind: Angela Grützmann, Landesbehindertenbeauftragte Berlin; Georg Claaßen, Behindertenbeauftragter FU; beh. Studierende; Schwalgin, Bauabteilung HU; Graupner, Personalrat HU; Marlies Dürkop, Präsidentin HU - 18.00 Uhr Film: „Rückwärts laufen kann ich auch" - außerdem Infostände, eine Ausstellung zum Thema „Behinderte Studierende an der Humboldt-Uni" und nicht zuletzt ein Hoffest mit klassischer Musik, so der Wettergott (oder die Wettergöttin) mitmacht.
Infos bei: Frank, Conny, Ronald oder Jana, ReferentInnenrat an der Humboldt-Uni (so was wie der AStA) zwischen 12.00 und 15.00 Uhr.

Termine gesucht! die randschau, Ulrike Lux, Wilhelmshöher Allee 24, 34117 Kassel, Tel. 0561/77 69 15, Fax: 0561/89 65 32



SELBSTBESTIMMUNG

"Selbstbestimmt Leben" hat sich in den letzten zehn Jahren zu einem festen Begriff entwickelt. Unter dem Vorzeichen der Selbstbestimmung wehren sich behinderte Menschen gegen Diskriminierung, Bevormundung und Verwahrung. Zu Recht. Im Namen der Selbstbestimmung fordern sie die Möglichkeiten und Mittel ein, ihr Leben selbst, d.h., eigenverantwortlich, regeln zu können - auch und gerade dann, wenn sie ihre Bedürfnisse nicht allein, ohne Hilfe, verwirklichen können. Je stärker die Abhängigkeit, die Notwendigkeit von Hilfe/Assistenz, umso wichtiger ist es gleichzeitig, über entsprechende Mittel verfügen zu können. Die Pflegeversicherung ist nur ein Beispiel, allerdings ein gravierendes, den erreichten Standard, der unsicher genug ist, wieder zurückzuschrauben.

Unter diesem Aspekt ist die Forderung nach Selbstbestimmung existentiell und unverzichtbar. Selbstbestimmung steht aber auch für die vermeintlich eigenverantwortliche und informierte Nutzung der modernen Technologien. Die Freiheit, machen zu wollen, was machbar ist, schließt die eugenisch orientierte Selektion behinderter Menschen ein: die eugenische Indikation im Rahmen der pränatalen Diagnostik und Humangenetik, das sogenannte Liegenlassen behinderter Neugeborener, Tötung auf Verlangen (die nicht zu trennen ist von der Tötung ohne Verlangen), die geplante Verwertung behinderter Menschen als Forschungsmaterial, die Nutzung von Menschen als Rohstoffressource und Ersatzteillager usw.
So gesehen ist Selbstbestimmung auch stets auf ihre Konsequenzen zu hinterfragen bzw. in Frage zu stellen.

Das Thema selbst, die Frage, was Selbstbestimmung für behinderte Menschen bedeutet, ist nicht neu. 'die randschau' berichtet natürlich immer wieder, was sich in der Szene in dieser Richtung bewegt. so sei hier beispielsweise nur auf die Ausgaben zu Assistenz (1/93) oder ADG (4/92) verwiesen. Die Berichte in diesem Schwerpunkt zeigen einen aktuellen Querschnitt des ständigen Versuchs, Theorie und Alltag miteinander zu verbinden. Trotz der gemeinsamen Grundidee geht jedes Projekt (ZSL, ASL usw.) seinen eigenen Weg und auch in der Behindertenszene gibt es - warum sollte es anders sein - die uralte Geschichte der männlichen Dominanz und, damit verbunden, die Suche nach eigenen, frauenspezifischen Konzepten. Spannend sind auch die Beiträge zu der Frage, was Selbstbestimmung für geistig behinderte Menschen bedeutet. Hier sind wir gefordert, über unseren doch sehr 'kopflastigen' Rand hinauszuschauen. Annäherung in dieser Hinsicht muß ja nicht bedeuten, daß wir gleich auf Du und Du mit der Lebenshilfe gehen. Aber wie sagt Lothar Sandfort so schön: Die radikalen Krüppel wurden toleranter (die anderen ein bischen frecher). In diesem Sinn ...

Das Salz in der Suppe

Autonom Leben - Beratungsstelle in Hamburg

Im September 1994 feierte Autonom Leben, wie es sich für Prominente gehört, etwas verspätet, seinen zehnten Geburtstag. In ihrer Festrede lobte uns die Vertreterin der Sozialbehörde als "das Salz in der Suppe" der Hamburger Behindertenpolitik. Das freute uns sehr, aber ganz zufrieden waren wir damit natürlich noch nicht. Wir wären gerne der Koch und die Köchin. Aber was nicht ist, kann ja noch werden! Aber wie wird man zum Salz, das alle in ihrer Suppe nicht vermissen möchten? Anfang der achtziger Jahre begannen wir mit einem kleinen Häuflein unterschiedlich behinderter Menschen und hatten Mühe, die vereinsrechtlich vorgeschriebene Anzahl Gründungsmitglieder zu bekommen. Heute haben wir über 70 Mitglieder, sind damit aber immer noch einer der kleineren Behindertenvereine in Hamburg. Autonom Leben betreibt inzwischen die Beratungsstelle für behinderte Menschen, das Roepershofcafé und hat die Hamburger Assistenzgenossenschaft initiiert. Von Beginn an war es uns aber am Wichtigsten, zu einem eigenständigen, nicht zu übersehenden und zu überhörenden politischen Faktor in der Hamburger Behindertenpolitik zu werden. Wir haben uns die ganzen Jahre über redlich bemüht, keine Gelegenheit auszulassen, mit Demonstrationen, Aktionen, Provokationen, aber auch durch kontinuierliche, konstruktive Arbeit unsere Vorstellungen, wie die Interessen behinderter Menschen vertreten werden müssen, deutlich zu machen. Wir haben uns gegen behindertenfeindliche Bauten, gegen Diskriminierungen behinderter Menschen in den Medien oder für die behindertengerechte Umrüstung des öffentlichen Nahverkehrs eingesetzt. Aber vor allem haben wir keinen Zeitaufwand und keine Kräfte gescheut, um uns gegen die zunehmende "Lebenswert"-Diskussion, die "neue" Eugenik oder die Auswirkungen der "Bioethik" zu wehren. Denn was nützen uns abgesenkte Bordsteine oder ausreichend Assistenz, wenn uns buchstäblich die Luft zum Atmen in dieser Gesellschaft genommen wird. Auch die eigentliche Beratung der zu uns kommenden Menschen haben wir immer als politische Interessenvertretung betrachtet. Wobei wir einschränken müssen, daß nicht alle, die bei uns bezahlt gearbeitet haben, diese Haltung teilten und sich daher früher oder später von uns trennten. Bei der Auswahl der MitarbeiterInnen für die Beratungsstelle haben wir daher vor allem darauf geachtet, daß sie nicht nur behindert sind - das ist ohnehin Mindestvoraussetzung, um bei uns angestellt zu werden - sondern daß sie so etwas wie eine "behinderte Identität" besitzen. Für uns ist wichtig, daß gerade auch im persönlichen Auftreten und Verhalten der MitarbeiterInnen, nach Möglichkeit in jeder noch so kleinen Geste, deutlich wird, daß behinderte Menschen keine "Defizitmenschen" sind, die irgendwie begradigt oder normalisiert werden müssen. Das bedeutet nicht, Leiden, Schmerzen oder Verluste, die Beeinträchtigungen mit sich bringen, zu ignorieren oder schön zu reden, sondern vorzuleben, daß behinderte Menschen eine Würde, also etwas Vollkommendes, haben. Unsere MitarbeiterInnen sollten so stark von dieser Würde infiziert sein, daß sie am besten gleich beim ersten Beratungsgespräch die zu uns kommenden behinderten Menschen damit anstecken. Für uns beginnt Selbstbestimmung schon bei der Beratung. Wir wollen nicht über die Köpfe der Ratsuchenden hinweg beraten. Vor der Frage, was ist machbar oder was halten Behörden, Institutionen oder Eltern für machbar, steht für uns immer die Frage, was wollen die Ratsuchenden selbst. Wir haben sie immer ermutigt, ihre Bedürfnisse nicht von vornherein zurückzuschrauben, sondern die ihnen zustehenden rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten bis an die äußerste Grenze auszuschöpfen. Das bedeutet, sie aktiv darin zu unterstützen, sich offensiv, bei Bedarf auch vor Gericht, gegen Sozialbehörden, Arbeitsamt oder Ausbildungsstätten durchzusetzen. Unsere Herangehensweise wird letztlich von allen Seiten gewürdigt: Von den Betroffenen, die sich über die gewonnene Lebensqualität freuen, erhalten wir die Anerkennung, daß sie sich bei uns zum erstenmal richtig ernst genommen fühlen, und von den Behörden, die uns vorhalten, daß wir Bedürfnisse wecken, die sie lieber nicht geweckt sehen wollen, bekommen wir das ja auch nicht schlechte Kompliment, "undressierbar zu sein". Die oben zitierte hohe Mitarbeiterin der Sozialbehörde ließ es sich auf unserer Jubiläumsveranstaltung daher auch nicht nehmen, gleich nach dem Lob für Autonom Leben ausführlich zu beklagen, daß nicht alle Wünsche der behinderten Menschen erfüllt werden können. Unsere Linie durchzuhalten, ist nicht immer leicht. Der mühsame Kampf um die finanzielle Absicherung der Beratungsstelle und der damit verbundenen Arbeitsplätze verschlang viel Zeit. Er bedeutete oft Gespräche mit Offiziellen der Stadt Hamburg oder mit VertreterInnen von anderen Behindertenverbänden, die uns dabei in aller Offenheit nahelegten, doch ein wenig unsere radikalen Positionen abzuschwächen, weil es sonst keine öffentlichen Gelder für uns geben könnte. Auch innerhalb unseres Vereins gab und gibt es darüber viele Auseinandersetzungen. Aber wir haben diesem Druck bisher widerstanden. Vom Vorteil ist dabei gewesen, daß Autonom Leben für sehr unterschiedliche Projekte steht. Mit dem Roepershofcafé haben wir modellhaft alternative Arbeitsplätze für behinderte Menschen geschaffen und dadurch die Anerkennung von vielen anderen Behindertenorganisationen und den Offiziellen der Stadt Hamburg bekommen. Das Gleiche gilt auch für die Hamburger Assistenzgenossenschaft, die von uns initiiert wurde und die seit einem halben Jahr erfolgreich arbeitet. Diese beiden Projekte wurden großzügig mit Geldern der Hauptfürsorgestelle unterstützt, die Assistenzgenossenschaft darüberhinaus auch durch eine Stiftung der Hamburger Sozialbehörde. Beides, sowohl die Schaffung von Arbeitsplätzen für behinderte Menschen in kleinen alternativen Betrieben als auch die Qualitätskontrolle der ambulanten Pflege durch die Betroffenen selbst, entsprechen in vielen Punkten den Vorstelungen von Verantwortlichen der Sozialbehörde. Etwas anders verhält es sich mit unserer Beratungsstelle. Diese wird zu Recht mit dem offensiven politischen Auftreten des Vereins gleichgesetzt. Das liegt daran, daß die Angestellten der Beratungsstelle gleichzeitig auch die in der Öffentlichkeit auftretenden Aktiven des Vereins sind, und daß viele politische Treffen und Veranstaltungen in den Räumen der Beratungsstelle stattfinden. Die Beratungsstelle hat daher nicht dieses konstruktive, positive Image wie das Roepershofcafé oder die HAG, obwohl auch hier behinderte Menschen ihren Arbeitsplatz gefunden haben. Bei der Arbeit der Beratungsstelle ist die Sozialbehörde in erster Linie unser Gegner. Die MitarbeiterInnen der Beratungsstelle sind also genauso wie der Verein viel mehr Störenfried. Sie sind daher auch gemeint, wenn manch SPD- und CDU-PolitikerInnen Autonom Leben als "die Hafenstraße auf Rädern" bezeichnen. Aber dieses Urteil diskriminiert ja lediglich unsere sehgeschädigten MitarbeiterInnen. Auch hierbei ist es uns gelungen, durch konsequente und hartnäckige Interessenvertretung den Respekt und die unfreiwillige Anerkennung der Sozial- und SachbearbeiterInnen in den Gesundheits- und Sozialämtern der Stadt zu bekommen. Diese ging so weit, daß die SozialarbeiterInnen in den Gesundheitsämtern durch eine gemeinsame Erklärung von der Stadt forderten, daß wir für die Beratungsstelle eine regelmäßige Finanzierung über den Hamburger Haushalt bekommen sollten. Entscheidend zur Akzeptanz unserer Beratungsstelle beigetragen, hat auch unsere Arbeit für und mit behinderten Mädchen und Frauen, die insbesondere vom

Senatsamt für die Gleichstellung der Frauen für notwendig gehalten und unterstützt wurde. Wie sehr sich in den vergangenen Jahren die Situation zu unseren Gunsten verändert hat, zeigt unser Verhältnis zur Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen (LAG). Wir beschlossen irgendwann nach langen internen Diskussionen, in die LAG einzutreten., Hauptsächlich deshalb, weil die LAG mit das wichtigste Gremium ist, in dem die Politik der Hamburger Behindertenverbände koordiniert wird. Den Beschluß zu verwirklichen, war aber gar nicht so einfach, denn immerhin waren wir innerhalb der Hamburger Behindertenverbände schon so bekannt, daß extreme Vorbehalte bestanden, da doch viele unsere Form der Interessenpolitik nicht teilen konnten und wollten. Wir haben unmißverständlich geäußert, daß wir nicht bereit sind, unsere Positionen zu verändern, um aufgenommen zu werden. Heute, nach einigen Jahren Mitgliedschaft, werden wir von der LAG offiziell beauftragt, Aktionen zu machen, z. B. zum 5. Mai. Andererseits, wenn die LAG mal politisch offensiv wird, dann macht sie das fast immer auf unseren Druck hin. Das gilt ganz sicher für den Bereich "neue Eugenik" und "Bioethik". Es war unser Verdienst, daß die LAG, aber auch der Behindertenbeauftragte der Stadt, sich Anfang 1993 eindeutig gegen die vom Rowohlt-Verlag geplante Veröffentlichung des Buches von Peter Singer und Helga Kuhse "Should the baby live?" engagiert haben. Es ist uns also gelungen, dieses Gremium ein wenig zu ändern, ohne daß wir uns ändern mußten. So haben wir uns noch unmittelbar vor unserer Zehnjahresfeier richtig unbeliebt gemacht und alle anderen Mitgliedsverbände der LAG gegen uns aufgebracht, weil wir uns öffentlich, ohne vorher die LAG zu informieren, gegen die Verlängerung der Amtszeit des Hamburger Behindertenbeauftragten ausgesprochen haben. Der so von uns arg gebeutelte Behindertenbeauftragte faßte das später, nach der Verlängerung seiner Amtszeit, auf seine Art in einer öffentlichen Rede zusammen: Autonom Leben wäre schon immer für Überraschungen - im positiven wie im negativen Sinne - gut. Insgesamt ist die Bilanz dieser Mitgliedschaft daher nahezu ausgeglichen: Für uns bedeutete sie einen Haufen nerviger und überflüssiger Termine, aber auch hin und wieder eine wichtige Unterstützung.

Autonom Leben hat für das Jahr 95 trotz der drastischen Sparmaßnahmen knapp 100.000 DM aus dem Hamburger Haushalt bekommen. Damit haben die Verantwortlichen der Stadt Hamburg zum ersten Mal offiziell und einigermaßen tatkräftig bewiesen, daß das Salz in die Suppe gehört. Wir sehen uns dadurch bestätigt. Die Geradlinigkeit, das Beharren auf Eigenständigkeit und das konsequente Eintreten für die Selbstbestimmung behinderter Menschen zahlt sich aus.

BÄRBEL MICKLER & GERLEF GLEISS

... und wir wußten schon, was wir tun

oder die Geschichte des BZSL

Wir sind ein Produkt der "Wende". Wir versammelten uns in Kirchen, Wohngebietsklubs und an "Runden Tischen", um unsere Probleme zu besprechen. Wir hatten schnell herausgefunden, daß sie so ähnlich waren, wie die der West-Behinderten. Die Diskriminierungen des Alltags, die Institutionalisierung, die Bevormundungen durch Nichtbehinderte ...; dennoch, wir waren schlechter ausgestattet, so jedenfalls auf den ersten Blick. Wir brauchten dringend bessere Hilfsmittel und ambulante Unterstützungssysteme. Wir hatten keine Zivis, die uns das Leben im Alltag hätten erleichtern können, wir hatten auch nicht das Geld um Assistenz zu bezahlen; aber wir verfügten über viele persönliche Erfahrungen, die wir weitergeben wollten. Wir waren begeistert von den Ideen der Independent Living Bewegung auf dem Papier, das wir als "InvalidenrentnerInnen" von unseren Westreisen kommend am DDR-Zoll vorbeischmuggelten. Wir konnten sie nicht mehr ertragen, die Klageveranstaltungen und brauchten etwas Eigenes. Wir gründeten im März 1990 das Berliner Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V. und waren noch nach den Bedingungen der Modrow-Regierung schnell gemeinnützig und bekamen eine umfunktionierte RollstuhlfahrerInnenwohnung als Gewerberaum/Büro. Wir stellten zwei ausrangierte Schreibtische und ein Regal auf, ließen uns ein Telefon legen und nahmen Verbindung zum damaligen Freidenkerverband auf, weil wir glaubten, daß mit Zivis die Assistenzprobleme weitgehend gelöst werden könnten.Wir begannen aber auch unsere Beratungen ehrenamtlich alternierend und hatten guten Zuspruch. Dann kam Helmut Kohl und mit ihm das Grundgesetz, der Einigungsvertrag, das BGB, SchbG, BSHG, BVG, SGB 1-10... und Probleme, diese BRD- Sprache zu verstehen. Wir mußten unsere Satzung neu formulieren, trennten uns von unseren nichtbehinderten Gründungsmitgliedern, blieben gemeinnützig und wurden mildtätig. Wir bekamen neue Rollstühle, Wannenlifte und Autos und hatten die ersten Kämpfe mit den Gutachtern für die Einstufung unseres Schwerbehinderungsgrades und der Pflegebedürftigkeit; mit der Zeit auch Kenntnisse über Möglichkeiten, wie wir unsere Assistenz selbst organisieren, anleiten, aussuchen und bezahlen könnten - das gaben wir nun an Ratsuchende weiter. Wir trafen auf die "Klassiker" der Independent Living Bewegung und fanden: wir sollten etwas Eigenes machen. Wir wurden Mitglied der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben und sitzen nun am eckigen Tisch, um gemeinsame Probleme zu lösen. Wir sprechen noch nicht ganz die richtige "Sprache" und fühlen uns oft überwältigt von den finanziellen und regionalen Schwierigkeiten unserer Stadt - dennoch waren wir allezeit zuversichtlich und blieben inspiriert von den Ideen der "Klassiker". Das führte dazu, daß wir uns um Personalstellen bemühten, die jedoch nur ABMs, und nach einer einjährigen ehrenamtlichen Runde, AFGs § 249h /LKZ Ost sein konnten. Erzwungen wurde dafür die Mitgliedschaft im DPW - unser erster schmerzhafter Kompromiß; trotzdem: wir konnten Arbeitsplätze schaffen und uns umfangreicheren Aufgaben widmen so der Ausrichtung einer internationalen europäischen Konferenz vom ENIL und einer Fachtagung im Oktober 94 "Zur Situation behinderter Frauen in Berlin". Inzwischen hat auch uns der "Aufschwung Ost" erreicht, und wir arbeiten in einem westlich gestylten Büro, reisen von Tagung zu Tagung oder veranstalten sie selbst; pflegen flüchtige Beziehungen, konkurrieren mit Gruppen und Grüppchen, suchen bisweilen unsere Identität in der Geschlechterfrage und stellen ab und zu auch die Machtfrage. Dann holt uns schnell der Alltag wieder ein: mit den Möglichkeiten "unseres" peer counseling versuchen wir, existentielle Probleme zu lösen und Schaden zu verringern. So hoffen wir auf weitere finanzielle Unterstützung von unseren Stadtvätern und -müttern, auf unser eigenes Durchhaltevermögen sowie die Kraft zur Durchsetzung der Independent Living-Ideen.

REICHERT/ PETRA STEPHAN, BERLIN



Wie Selbstbestimmt Leben nach Jena kam

Seit dem Herbst 1989 boomt in Ostdeutschland der Markt für Behindertenverbände. Zwar gab es so etwas in der DDR schon, aber nur für behinderte Sportler oder sinnesbehinderte Menschen. Also war jetzt Vereinsgründung für alle und auf allen Ebenen angesagt. Behinderte und ihre nichtbehinderten "Freunde" gingen oder rollten mit Ideen und einem gigantischen Enthusiasmus zur Sache, daß die westdeutschen Profibehinderten die Ohren anlegten.
Die Stimmung trübte sich allerdings, da viele Nichtbehinderte, die nach der "Wende" ihre Arbeit verloren hatten, als barmherzige Samariter getarnt, so nach und nach an Einfluß gewannen und die führenden Positionen übernahmen.
Der Verband "Behinderte und ihre Freunde Jena e.V." (BFJ) startete 1990 das Projekt "gemeinsame Wege" mit der Partnerstadt Erlangen. In einer Ausstellung im Erlanger Rathaus zeigten Jenaer Behinderteninitiativen: "Wie leben Behinderte in Jena"
Dies war zugleich der erste persönliche Kontakt zum Erlanger ZsL und zur Selbstbestimmt - Leben - Bewegung. Das Erlanger ZsL uns bot Seminare an, die uns halfen, diese Bewegung und ihre Geschichte zu verstehen. Der BFJ war in einer Krise und löste sich gerade auf, und so nahmen einige von ihnen dieses Angebot wahr. Dies war dann auch die Grundlage, daß sich im Februar 1991 das "Jenaer Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V." (JZsL) gründete.
Wir fanden in einem großen Neubaugebiet Jenas Räumlichkeiten und beantragten sofort vier ABM - Stellen beim Arbeitsamt für eine Beratungsstelle. Diese ABM-Stellen wurden bewilligt, doch das Arbeitsamt tat sich schwer, uns Leute zu vermitteln. Also gingen wir selbst auf die Suche nach drei behinderten Arbeitnehmern plus einer Arbeitsassistenz. Nach unseren Grundsätzen durften nur Schwerbehinderte ordentliche Mitglieder mit Stimmrecht oder Mitarbeiter werden. Am 1. Juli 1991 sollte unsere hauptamtliche Arbeit beginnen, und bis auf die Arbeitsassistenz bekamen wir die Leute auch zusammen.
Wir hatten uns viel vorgenommen, doch zuerst mußten wir unsere zwei Abstellkammern zu einem Büro und einem Beratungsraum umgestalten. Als der Sommer vorbei war, gaben wir ein Fest zur Eröffnung unserer Beratungsstelle für Behinderte. Unsere Gäste, u.a. Bürgermeistern, Sozialamtsleiter, ... waren sehr beeindruckt und versprachen, uns immer zu unterstützen. (Das tun sie auch heute noch, mit einem großzügigen Sachkosten- und einem bescheidenem Personalkostenzuschuß.)

Unsere Arbeit fand sehr schnell Anerkennung in der Öffentlichkeit. Wir geben monatlich ein Infoblatt ("Selbstbestimmt") heraus und veranstalten ebenso oft öffentliche Vortrags- und Gesprächsabende mit verschiedenen Referenten zu unterschiedlichsten behindertenrelevanten Themen. Besonders stolz sind wir auf unsere Zusammenarbeit mit dem Jenaer Nahverkehr, denn wir haben es geschafft, daß in unserer Stadt nur noch Niederflurbusse oder -Straßenbahnen gekauft, und die behindertenfreundliche Zusatzausstattung von und mit uns getestet werden. Daß Jena seit ca. 2 Jahren eine Behindertenbeauftragte hat, basiert auch auf einer Initiative des ZsL, über die der Oberbürgermeister Jenas anfangs gar nicht so glücklich war.
Im Februar 95 werden wir nun schon vier Jahre alt. Wir sind unseren Grundsätzen treu geblieben und haben gezeigt, daß behinderte Menschen ihr Leben sehr wohl selbst einrichten können, ohne sich von "Fachkräften" reinreden lassen zu müssen. Deutlich demonstrierten wir das bei der Organisation einer Rollstuhlrallye, die wir im Mai 1993 veranstalteten, um in Begleitung von Presse, Funk und Fernsehen zu zeigen, wie ernst es uns ist mit dem Kampf für ein Gleichstellungs- und Antikdiskriminierungsgesetz. Neben diversen Einbrüchen, einem Wasserschaden haben wir es doch geschafft, immer wieder weiterzuarbeiten. Wobei die größten Hindernisse in den Bewilligungsrichtlinien der Geldgeber lauern.

DIETMAR KIEß, JENA

Selbstbestimmt Leben in Mainz

Es fing mit einem Haufen behinderter Studis an der Mainzer Universität an. Als AG für behinderte und nichtbehinderte Studierende lösten wir uns von der Anbindung an das AStA-Sozialreferat und gründeten Anfang 1991 unser eigenes autonomes Behindertenreferat. Neben diesem formellen Akt hatten wir ein großes Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung in der Behindertenpolitik. Somit kamen wir auf den Gedanken eine Veranstaltungsreihe zu Independent Living, der Bürgerrechtsbewegung behinderter Menschen in den USA, zu organisieren. Vorteilhaft für unsere Situation in Mainz war die Unterstützung von Marita Boos-Waidosch als langjährige Kennerin der Szene hierzulande und in den USA. Durch sie erhielten wir gute Kontakte und Hinweise auf interessante ReferentInnen für unsere Veranstaltungen. So starteten wir unsere Veranstaltungsreihe im Sommer 91 mit Adolf Ratzkas Film "Der Aufstand der Betreuten". Weiter ging es mit einer Vortrag zu Ottmar Miles-Pauls Erfahrungen in den USA und einem Peer Counseling Workshop mit Bill und Vicki Bruckner aus San Francisco. Abgeschlossen wurde die Reihe mit einem zusammenfassenden Beitrag von August Rüggeberg. Was blieb, war der Vorsatz "wir brauchen ein Zentrum für selbstbestimmtes Leben in Mainz" und das Problem, daß diejenigen, die an einem ZSL interessiert waren, leider keine Zeit und Kapazitäten hatten, sich dafür zu engagieren.
Weitere Aktivitäten des autonomen Behindertenreferates und der AG, die sich in Interessengemeinschaft behinderter Studierender (IbS) umbenannte, folgten. Peer Counseling Kurse fanden regelmäßig statt, aktuelle behindertenpolitischen Themen kamen durch Veranstaltungen zur Sprache (barrierefreies Bauen, Sonderschulen - Regelschulen, persönliche Assistenz, behindertengerechter ÖPNV, Anti-Diskriminierungsgesetz etc.). Zusätzlich gaben uns die Aktionstage am 5. Mai die Gelegenheit, politische Forderungen über die Uni hinaus vorzubringen. Die Kontakte zu ISL und den Aktiven aus den anderen Zentren wurden enger. Irgendwann im Juli 1993 kam es dann doch zu der Gründung des "Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen, Mainz e.V.". Unser Ziel ist ein Zentrum aufzubauen, das sowohl die Interessenvertretung behinderter Menschen wahrnimmt, als auch individuelle Unterstützung in der Beratung bietet, die unabhängig, ganzheitlich und ermächtigend sein soll. Dabei soll die Beratung der Schwerpunkt sein, ohne das ZsL durch eine Dienstleistung, wie einen ambulanten Dienst, zu finanzieren. Das Angebot an ambulanten Diensten ist in Mainz weitestgehend vorhanden, und die Förde-

rung des Assistenzmodells von behinderten ArbeitgeberInnen ist eher eine Frage der Beratung und Unterstützung als die direkte Ausführung einer Dienstleistung (das soll ja jedeR möglichst selbst machen im Sinne der Selbstbestimmung).

Also stellten wir unsere Ideen und Konzepte in der Öffentlichkeit vor, inhaltlich erarbeiteten wir eine ausführliche Projektbeschreibung. Die Reaktionen darauf waren unterschiedlich. Zum einen wurde von Seiten der etablierten Einrichtungen der Vorwurf "Akademische Rollstuhlfahrer" laut und uns damit eine gewisse Weltfremdheit attestiert. Zum anderen und zum Glück überwiegend, schien unsere Idee auf gute Resonanz zu stoßen. Allerdings wurde damit die Realisierung unseres ZsL nicht wahrscheinlicher, weil Kommune und Land in Zeiten der Verweise auf leere Kassen zwar viele Ideen ganz toll finden können, sich daraus aber keinerlei Konsequenzen ergeben. Dies bedeutete, daß das ganze etwas umständlicher wurde. Die Strategie, die darauffolgte, war, sich zu den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege (Diakonie, Caritas, Rotes Kreuz, AWO und DPWV) vor Ort zu begeben und sie von der Wichtigkeit eines ZsL in Mainz als notwendige Ergänzung im Beratungsangebot der Stadt Mainz zu überzeugen und darauf zu hoffen, daß sie einen kleinen Teil des großen Kuchens, den sie von der Kommune bekommen, an uns abgeben. Die Resonanz auf die Idee eines ZsL war positiver als angenommen, zu einer finanziellen Unterstützung führte das leider trotzdem nicht. Klar scheint inzwischen zu sein, daß öffentlichen Kassen keine müde Mark zu entlocken ist. Allerdings gibt es indirekte Finanzierungsmöglichkeiten. So kam durch den Sozialdezernenten eine dauerhafte Finanzierung über Mittel aus Stiftungen zustande (es blieb also doch nicht nur bei leeren Versprechungen). Dadurch konnten als nächster Schritt ebenerdig zugängliche Räume angemietet werden. Die Anstellung von Personal in Verwaltung und Beratung kann nun umgesetzt werden, wofür Mittel aus Bundes- und Landesprogrammen beantragt werden können. Dadurch kann auch die weitere behindertengerechte Gestaltung unserer Räume (Behindertentoilette etc.) finanziert werden. Als Risiko bleiben immer noch Eigenanteile, die aufgebracht werden müssen und das Problem, daß mindestens ein Jahr nach der Förderzeit von drei Jahren die Personalkosten voll getragen werden müssen (sonst drohen Rückzahlungsforderungen). Kurzfristig versuchen wir die Mittel über Spenden hereinzuholen, wobei wir leider oft nicht wählerisch sein können und uns auch auf Lions-Club etc. einlassen müssen. Bis jetzt ist es jedoch weitgehend gelungen unsere, Inhalte bei solchen Gelegenheiten zu vermitteln. Es ist wichtig bei solchen Wohltätigkeitsaktionen seine Identität und sein Gesicht zu wahren, klar zu stellen wer, wir sind und was wir wollen und nicht in die Klischees zu verfallen, die von uns als Behinderten allzu gerne erwartet werden (Mitleidseffekt und Tränendrüse). Es wäre schon schön, wenn es wirklich bessere Finanzierungsmöglichkeiten aus unseren eigenen Reihen gäbe ("... deshalb unterstütze ich den Förderfonds zum selbstbestimmten Leben"). Langfristig bleibt uns nichts anderes übrig, als eine Finanzierung des ZsL aus öffentlichen Mitteln zu erkämpfen. Das Risiko bleibt bestehen und schwebt ständig über dem Projekt.



Wo bleibt hier eigentlich die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Selbstbestimmt Leben-Ideen, mag sich hier manch eineR fragen. Und genau diese Frage spiegelt das Dilemma wider, in dem wir uns als ZsL e.V. zur Zeit befinden. Für die eigentliche Arbeit in der Beratung bleibt uns auf ehrenamtlicher Basis zur Zeit kaum noch Luft, weil ständig Organisatorisches dazwischenkommt. Zwar sind wir inzwischen zu ExpertInnen in Vermietungs-, Personalkostenberechnungs-, Finanzierungsmöglichkeitenfragen geworden, doch die eigentliche inhaltliche Arbeit kommt dabei oft zu kurz.

Dabei mangelt es uns nicht an Ideen, die wir umsetzen wollen. So sollen verstärkt im ZsL ehren- bzw. nebenamtliche BeraterInnen als Peer Counselors eingesetzt werden. Das Konzept wird in unserer Projektbeschreibung folgendermaßen beschrieben: "Als ... Peer Counselors sind behinderte Personen geeignet, die durch ihre Erfahrung in der Auseinandersetzung mit der eigenen Behinderung und der Bewältigung ihres alltäglichen Lebens anderen Behinderten Modellfunktion bieten können. Sie sollen in den grundlegenden Beratungstechniken ausgebildet werden und durch ständige Supervision im jeweiligen Beratungsprozeß durch die hauptamtlichen Mitarbeiter des ZsL begleitet werden. Die Verpflichtung, mindestens ein Jahr in der Beratung tätig zu sein und die Zahlung einer Aufwandsentschädigung für die geleistete Tätigkeit soll unterstützend für die Motivation wirken und damit die Qualität der Beratung steigern. Mit diesem Angebot kann das ZsL Mainz engagierten Personen entgegenkommen, die sich mit unseren Zielen identifizieren können und in unserem Projekt mitwirken möchten. Die Vielzahl von BeraterInnen bedeutet auch für die Ratsuchenden bessere Unterstützungsmöglichkeiten bei individuell unterschiedlichen Problemlagen. (...) Durch die Tätigkeit dieser Peer Counselors wird eine breitere Basis unserer Aktivitäten und Kapazitäten gewährleistet. Die Beratung kann in den Räumen des ZsL stattfinden, wir wollen sie allerdings auch in den verschiedenen Behinderteneinrichtungen anbieten (Sonderschulen , WfBs, Rehaeinrichtungen etc.)".

Wichtigstes Ziel der Arbeit des ZsL sollte die Unterstützung behinderter Menschen beim Verlassen von Institutionen zu einem eigenständigen Leben in der Kommune sein. Als Interessenvertretung müssen wir auf kommunaler Ebene die notwendigen Voraussetzungen dafür durchsetzen. Und in diesem Sinne erwartet uns noch einiges an Arbeit in näherer und weiterer Zukunft.

MATTHIAS RÖSCH / CORINA ZOLLE, MAINZ

Jeder Frau mit Behinderung ihre eigene Selbstbestimmung!

Das Zentrum für selbstbestimmtes Leben (ZsL), Köln stellt seit Oktober 1993 innerhalb seiner Beratungsstelle ein spezielles Angebot für Frauen mit Behinderung von Frauen mit Behinderung zur Verfügung. Es wird als zweijähriges Modellprojekt "Peer Support für behinderte Frauen" von der Stiftung Wohlfahrtspflege und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW gefördert.

Wir - die Mitarbeiterinnen des Projekts - haben den Peer-Support-Ansatz, der in den Beratungsstellen der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung praktiziert wird, für die Arbeit mit Frauen mit Behinderung konsequent weiterentwickelt mit dem Schwerpunkt einer **ganzheitlichen, parteilichen Lebensberatung für Frauen mit Behinderung von Frauen mit Behinderung**.

Ziel unserer Arbeit ist die Unterstützung und Aktivierung einer selbstbestimmten Lebensführung von Frauen mit Behinderung. Dabei verstehen wir Selbstbestimmung nicht als ein feststehendes Ziel, das von allen erreicht werden soll, sondern als einen persönlichen Prozeß der Entdeckung und Entwicklung der eigenen Identität als Frau mit Behinderung. Dieser Prozeß, den jede Frau mit Behinderung auf ihre Weise lebt, macht ihre individuelle Form der Selbstbestimmung aus. So gehört, z. B., für die eine Frau mit Behinderung Partnerschaft und Mutterschaft zu ihrer eigenen selbstbestimmten Lebensform, die andere lehnt dies für sich ab. So wählt die eine bewußt Zivis zur Abdeckung ihrer Pflege, die andere weibliche Assistentinnen.
Jede Frau mit Behinderung hat ein eigenes, mehr oder weniger klares Gefühl und eine eigene Vorstellung von ihrem Leben in Selbstbestimmung. Wir als Beraterinnen müssen ihr die Möglichkeit geben, diese zu erkennen und zu entwickeln. Wir dürfen nicht darauf hinwirken, daß die Ratsuchende **unsere** Vorstellungen von Selbstbestimmung übernimmt, sondern wir müssen uns auf **ihre eigenen** einlassen, sie unterstützen und sie auf ihrem eigenen Weg der Selbstbestimmung begleiten.
Diese Haltung ist für uns als Beraterinnen nicht immer ganz einfach, besonders dann nicht, wenn die Vorstellungen der Ratsuchenden von unserer eigenen weit abweichen. Umso wichtiger ist es, daß wir unsere Arbeit hinterfragen und reflektieren. Dazu gehört auch eine Auseinandersetzung mit unserer eigenen Identität als Frau mit Behinderung. So haben wir im Laufe unserer Arbeit erkannt, daß es notwendig ist, das Frau-Sein von Frauen mit Behinderung hervorzuheben. Daher ziehen wir den Begriff "Frauen mit Behinderung" dem Begriff "behinderte Frauen" vor.
Ich habe oft den Eindruck, daß die hier dargestellte Sichtweise von Selbstbestimmung und die Notwendigkeit der Reflexion unseres Selbstverständnisses in der "Bewegung" - insbesondere bei den Männern - nicht unbedingt geteilt wird. So scheint mir ein hohes, feststehendes, von einigen für erstrebenswert erklärtes Ziel von Selbstbestimmung vorzuherrschen, das sie erreicht haben und das alle anderen ebenfalls erreichen sollen. Ich halte es daher für dringend notwendig, daß es neben dem Forum "Arbeit mit behinderten Frauen" (früher: ISL-Frauen) weitere Möglichkeiten des Austauschs und der Reflexion innerhalb der "Bewegung" gibt.

Zurück zu unserer Arbeit im Modellprojekt "Peer Support für behinderte Frauen". Folgende Angebote stellen wir zur Verfügung:
Die persönliche **Beratung** bzw. **Begleitung** ist eine Kombination von Sach- und psychosozialer Beratung, wobei die Begleitung persönlicher, psychosozialer Prozesse überwiegt. Es ist eine ganzheitliche, parteiliche Lebensberatung für Frauen mit Behinderung. Die Ratsuchende wird als ganze Person in ihrer individuellen Lebenssituation verstanden. Die Beraterinnen stehen auf der Seite der betroffenen Frau, akzeptieren sie, bleiben bei ihrer Sicht der Dinge und unterstützen sie in ihrem Sinne.
In **Gruppenangeboten** in Form von Seminaren, Workshops und Gesprächskreisen bieten wir die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch.
Darüber hinaus initieren und unterstützen wir Arbeits- und Selbsthilfegruppen. Zur Zeit bestehen AG's zu den Themen "Schwangerschaft/Mutterschaft", "Medien" und "Lesben".
Weiterbildungs- und Trainingskurse, z. B. Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse bieten die Chance, bestimmte Fähghigkeiten zu entwickeln.
Aufgrund der großen Nachfrage nach Freizeitaktivitäten haben wir einen regelmäßigen Stammtisch für Frauen mit Behinderung ins Leben gerufen.
Gemeinsame Angebote für Frauen mit und Frauen ohne Behinderung sind notwendig, um das Bewußtsein von nichtbehinderten Frauen zu wecken und zu fördern, daß auch wir - Frauen mit Behinderung - Frauen sind.
Die **Zusamenarbeit** mit Frauenprojekten und Behinderteninitiativen und die Teilnahme an **Gremien und Arbeitskreisen** ist notwendig, um unsere Interessen bekannt zu machen und zu vertreten.
Ebenso wollen wir mit unserer **Öffentlichkeitsarbeit** in Form von Informationen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen auf die spezielle Situation von Frauen mit Behinderung hinweisen und darauf hinwirken, daß gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Wahlmöglichkeiten geschaffen werden, damit ein möglichst selbstbestimmtes Leben für jede Frau mit Behinderung realisierbar wird.

Die steigende Nachfrage von Frauen mit Behinderung nach persönlicher Beratung und nach Kontakten zu anderen betroffenen Frauen hat seit der Eröffnung des Projekts stetig zugenommen und spiegelt einen großen Bedarf wieder.

Darüber hinaus können wir nach anfänglichen Unsicherheiten und Annäherungsschwierigkeiten von Seiten einiger Frauenprojekte und Frauenanlaufstellen von nichtbehinderten Frauen eine allmähliche Sensibilisierung für die Problematik von Frauen mit Behinderung und ein steigendes Interesse an Informationen und Zusammenarbeit feststellen.

Die zunehmenden Anfragen wegen Informationsmaterial und Mitarbeit an Veranstaltungen zeigen eine allgemeine Zunahme des Interesses an dem Thema Frauen mit Behinderung.

Eine ausführlichere Darstellung unserer Arbeit und den aktuellen Stand kann man/frau im "**Zwischenbericht zur Dokumentation des Modellprojekts Peer Support für behinderte Frauen**" nachlesen. Er ist zu bestellen beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW, z. Hd. Herrn Kolb, Horionplatz 4, 40 213 Düsseldorf.

CHRISTIANE SCHNEIDER, KÖLN

Anschrift:
Z s L
- Frauenberatung -
Jakobstr. 22
50678 Köln
Tel. 0221 / 32 22 90

Forum "Arbeit mit behinderten Frauen"

Entstehung und Notwendigkeit

Im Juni 1992 trafen sich zum erstenmal bundesweit behinderte Frauen, die in der "Selbstbestimmt-Leben-Bewegung" aktiv sind oder in Zentren arbeiten. Es war spürbar, daß es den anwesenden Frauen ein starkes Bedürfnis ist, sich nur mit Frauen über ihre Arbeit auszutauschen. Diese Treffen wurden bie heute fortgesetzt mit ca. 15 Frauen. Worin sehen wir die Notwendigkeit eines eigenen Forums für behinderte Frauen in diesem Zusammenhang?

In ISL (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V.) fließen die Aktivitäten der einzelnen Zentren bundesweit zusammen. Frauen sind zahlenmäßig in den Zentren stark vertreten, derzeit sind zwei Frauen im Vorstand, äußere Gleichberechtigung ist verwirklicht. Doch zeigen sich auch hier Strukturen, die die Dominanz der (behinderten) Männer deutlich machen, z.B. darin, wer mit welcher Selbstverständlichkeit wie lange redet, welche Themen sich durchsetzen, welche Meinung "gehört" wird. Auch in der (politischen) Öffentlichkeit sind aus meiner Sicht behinderte Männer im Vordergrund - selbst 'die randschau' interviewt unter den bekannten "Größen der Bewegung" eher die Männer. Werden frauenspezifische Aktivitäten in den MV's von ISL erwähnt, geschieht dies am Rande, ohne viel Aufsehen zu erregen.

Unter anderem diese Situation veranlaßte einige Frauen, eigene Treffen ins Leben zu rufen. In den meisten Zentren finden frauenspezifische Angebote statt, die in die Arbeit mit einfließen, aber am Rande stehen, was dazu führt, daß wir diese Arbeit "zusätzlich" machen und sie selbst als nicht entscheidend wichtig betrachten. Nur einige wenige Projekte sind bisher spezifisch für Frauen konzipiert (siehe Köln, Heidelberg, Kassel). In diesem Punkt sind Frauenzusammenhänge entscheidend wichtig.

Behinderte Frauen und Selbstbestimmung

Was "Selbstbestimmt-Leben" heißt, scheint für behinderte Männer und Frauen, die in der Bewegung engagiert sind, zunächst ganz klar zu sein - geht doch der Begriff jeder/m von uns locker über die Lippen. Begriffe wie "Peer Counseling" oder "Peer Support" (Beratung und Unterstützung) gehen von Peer-groups aus, woraus für behinderte Frauen schnell die Zugehörigkeit zu beiden Gruppen - Frauen und Behinderte - entscheidend wichtig wird, da gerade aus der Situation der Zugehörigkeit zu beiden Gruppen die spezifische Benachteiligung entsteht, der wir ausgesetzt sind. (Weshalb für behinderte Männer ihre Rolle als Mann weniger Thema ist, sei dahin gestellt.) Selbstbestimmung hat daher für behinderte Frauen andere Prioritäten und Themen als für Männer mit Behinderungen. Einige Aspekte möchte ich anschneiden.



Eine Grundvoraussetzung zur Selbstbestimmung ist die persönliche Assistenz, die individuell zugeschnitten sein sollte. Für behinderte Frauen ist es keineswegs selbstverständlich, Assistenz durch Frauen zu erhalten, wenn sie es möchten. Der Verweis auf "Zivis" ist in vielen Städten noch immer aktuell. Hinlänglich bekannt ist inzwischen die massive Benachteiligung von behinderten Frauen in Ausbildung und Beruf, die andere Dimensionen hat als bei Männern. Themen und Fragestellungen, wie Körperlichkeit und Sexualität, Partnerschaft und Kinder haben sowohl im Alltag als auch in ihrer politischen Dimension für behinderte Frauen andere Bedeutungen. Fast jeder behinderten Frau wird einmal im Leben zur Sterilisation geraten (passiert das bei behinderten Männern?), behinderte Mütter werden als "Exotinnen" betrachtet. Bevölkerungspolitik, Diskussionen zum § 218, humangenetische Beratung und pränatale Diagnostik (eugenische Indikation) betreffen uns als Frauen und als Behinderte in all ihren Widersprüchlichkeiten. (Bei der Diskussion um das Abtreibungsrecht wird dies besonders deutlich; einerseits befürworten wir das Recht auf Abtreibung, andererseits kritisieren wir "selektive Abtreibung" eines gewollten Kindes, falls es behindert sein könnte). Das Thema ist in vielen Texten und Büchern von Frauen dargestellt worden, weshalb ich es nur anreiße. Als Folge all dieser spezifischen Diskriminierungen ist es für behinderte Frauen ungleich schwerer, ein positives Selbstbild und eigene Akzeptanz zu entwickeln, die Identifikation mit positiven Rollenvorbildern ist selten gegeben. Nicht zuletzt zeigte die Diskussion um ein ADG die Vernachlässigung frauenspezifischer Themen, die erst durch zwei Tagungen erarbeitet und veröffentlicht wurden.

Inhalte und Ziele des "Forums Arbeit mit behinderten Frauen"

Gemeinsamer Nenner des losen Netzwerks ist die Teilnahme von behinderten Frauen, die sich in irgendeiner Weise mit und für behinderte Frauen engagieren. Derzeit nehmen bis zu 15 (bis 20) behinderte Frauen aus verschiedenen Städten zweimal jährlich an Treffen oder Tagungen teil. Die spezifischen Diskriminierungen, denen wir als behinderte Frauen ausgesetzt sind, wirken in unsere Arbeit hinein. Besonders wichtig ist deshalb für uns die Auseinandersetzung mit uns persönlich in unserer Rolle als behinderte Frauen einerseits und als professionelle Beraterinnen andererseits, um positive Identifikationsmöglichkeiten zu entwickeln und letztlich Formen der Selbstbestimmung zu erreichen und weiterzugeben, die uns als Frauen mit Behinderungen gemäß sind.

Folgende Themen und Ziele bestimmen die inhaltliche Arbeit:
- Definition von frauenspezifischer und/ oder feministischer Beratung im Zusammenhang des Peer-counseling Ansatzes;
- eigene Fortbildung zu Themen wie: Mädchenarbeit; Sexuelle Ausbeutung und Gewalt;
- der persönliche Austausch von Erfahrungen und Ideen; gegenseitige Stärkung und Unterstützung;
- Austausch von Informationen auf bundesweiter und europäischer Ebene;
- Zusammenarbeit mit Initiativen nichtbehinderter Frauen etc..

THERESIA ADELFINGER/ ZSL ERLANGEN

Kann es in Berlin eine Alternative zu den AMBULANTEN DIENSTEN geben?

Im Februar 1992 gab es wieder einmal eine der chaotischen Plenumssitzungen bei den Ambulanten Diensten e.V. in Berlin. Grund für die Aufregung war ein Streit mit der AOK und dem Finanzamt; beide behaupten, daß es sich bei der Tätigkeit der Helfer und Helferinnen um "weisungsgebundene und von daher abhängige Beschäftigung" handelt. Anders formuliert, daß alle Helfer und Helferinnen mit den Ambulanten Diensten einen Arbeitsvertrag schließen müssen, die Ambulanten Dienste folglich Arbeitgeber und die Helfer und Helferinnen Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt arbeiteten die Helfer und Helferinnen auf Honorarbasis, wobei das in Berlin gezahlte Honorar bis heute weit über den bundesweiten Honorarsätzen liegt, verglichen z.B. mit den Honoraren, die der fib e.V. in Marburg zahlen kann.

Goldene Zeiten in Berlin

Für jemand, die wie ich noch vor '89 aus Westdeutschland nach Berlin gekommen ist, herrschten in Berlin paradiesische Zustände. Es gab keine Zivildienstleistenden, d.h. es gab die Möglichkeit zwischen Helfern und Helferinnen zu wählen, die sich für diese Art der Arbeit entschieden hatten und nicht "zwangsverpflichtet" waren und dafür gut bezahlt wurden. Die Ambulanten Dienste vermittelten zwar Helfer und Helferinnen, aber es bestand auch die Möglichkeit, sich selbst Helfer und Helferinnen zu suchen, diese anzulernen und anzuleiten, mit ihnen gemeinsam den "Dienstplan" zu erarbeiten und sie zu bezahlen. Denn wer wollte, konnte nach Abzug der Organisationskosten durch die Ambulanten Dienste, die Gelder selbstständig verwalten. All' dies war möglich. Andererseits konnte jeder Hilfenehmer bzw. jede Hilfenehmerin[1] die Unterstützung der Ambulanten Dienste in Hinblick auf die Suche und Anleitung neuer Helfer und Helferinnen, die Erarbeitung des Dienstplanes und die Bewältigung von Konflikten, um nur einige Unterstützungsangebote zu nennen, in Anspruch nehmen und die Abrechnung und Bezahlung den Ambulanten Diensten überlassen. Für mich, wie für viele andere Hilfenehmer und Hilfenehmerinnen, bot diese Regelung die Möglichkeit zur weitestgehend selbstbestimmten Gestaltung der von mir benötigten Hilfe.

Die Wende oder die Katastrophe

Diese Möglichkeit sollte es nach dem Willen der AOK und dem Finanzamt nicht mehr geben. In dem Moment, in dem die Helfer und Helferinnen mit den Ambulanten Diensten einen Arbeitsvertrag schließen würden, wäre unser Wahlrecht hinsichtlich der Helfer und Helferinnen gefährdet. Die Ambulanten Dienste wären aufgrund des Arbeitsvertrages zur Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist verpflichtet, während dieser Frist besteht der Lohnanspruch der Helfer und Helferinnen natürlich weiter. D.h. bei Problemen zwischen Hilfenehmer bzw. Hilfenehmerin und den Helfern oder Helferinnen müßten die Ambulanten Dienste versuchen, auf beide Seiten einzuwirken, das Arbeitsverhältnis bis zum Ablauf der Kündigungsfrist fortzuführen oder den Helfer bzw. die Helferin "in einen anderen Einsatz" zu vermitteln. Bei den Bemühungen der Ambulanten Dienste stünden sich das Wahlrecht der Hilfenehmer und Hilfenehmerinnen und das Lohninteresse der Helfer und Helferinnen, sowie der ökonomische Zwang unter dem der Verein steht gegenüber. Konkret bedeutet das, wenn ein Hilfenehmer möchte, daß ein Helfer nicht mehr bei ihm arbeitet, müßten die Ambulanten Dienste sich, wie bereits gesagt, zunächst darum bemühen, diesen Helfer in einen anderen Einsatz zu vermitteln. Würde dies nicht gelingen, müßte ihm gekündigt werden. Während der Kündigungsfrist besteht der Lohnanspruch des Helfers, wie der jedes anderen Arbeitnehmers, fort. Um das Wahlrecht des Hilfenehmers zu wahren, müßten die Ambulanten Dienste den Helfer aus dem Einsatz herausnehmen, ihn aber trotzdem bezahlen. Das kann sich kein Arbeitgeber, auch wenn er mal als Selbsthilfeprojekt behinderter Menschen angefangen hat, finanziell erlauben.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns, zunächst noch im Rahmen der sog. Hilfenehmer/-innen-Treffen bei den Ambulanten Diensten, mit der Frage beschäftigt, welche Möglichkeit es für uns gibt, unsere Hilfe weiterhin so selbstbestimmt wie möglich zu gestalten. Bei diesen monatlichen Treffen wurde deutlich, daß einige Hilfenehmer und Hilfenehmerinnen darauf hofften, daß "es schon nicht so schlimm werden würde", andere konnten sich nicht vorstellen, bei der Organisation der Hilfe, die sie benötigen, auf die Unterstützung der Ambulanten Dienste zu verzichten und wieder andere, das waren die späteren Gründungsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft für ein selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen e.V. (ASL), glaubten ihre Vorstellungen von einem selbstbestimmten Leben am besten mit dem sog. ArbeitgeberInnen-Modell, d.h. unabhängig von den Ambulanten Diensten, verwirklichen zu können.

Das Verhältnis zwischen den Ambulanten Diensten und den Gründungsmitgliedern entwickelte sich dann so, daß schließlich auch die Ambulanten Dienste der Meinung waren, daß man unabhängig voneinander vorgehen müsse, so unabhängig, daß der spätere ASL-Vereinsvorsitzende, Eckhard Porst, nicht mehr Mitglied der Ambulanten Diensten sein konnte. Ein Berliner Unvereinbarkeitsbeschluß...



Ein Neubeginn...

Um also das ArbeitgeberInnen-Modell auch in Berlin einzuführen, wurde am 4. September 1992 ASL e.V. gegründet. Die Gründung erfolgte in Hinblick sowohl auf die Forderungen der AOK und des Finanzamtes, als auch in Hinblick auf die bevorstehende Einführung der Pflege-

versicherung. Obwohl die Unsicherheit über das, was uns mit der Einführung der Pflegeversicherung erwartet, einen starken Handlungsdruck auf uns ausübte, wurde der erste Antrag auf "Arbeitgeberschaft" beim zuständigen Kostenträger, der Abt. Sozialwesen des Bezirksamtes, erst beinahe zwei Jahre nach Vereinsgründung gestellt. "Antrag auf Arbeitgeberschaft", eine Formulierung, die in den entsprechenden Kreisen, d.h. unter behinderten Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen, wie selbstverständlich gebraucht wird, die aber nicht nur den Bezirksämtern gegenüber erklärungsbedürftig ist. - Bei einem Seminar zum Thema "Öffentlichkeitsarbeit", an dem ich im letzten Jahr teilgenommen habe, war die Resonanz auf das Anliegen von ASL sehr positiv. Aber mir wurde empfohlen, gerade in Hinblick auf Öffentlichkeitsarbeit einen anderen Begriff zu verwenden, als den der Arbeitgeberschaft, da er zu negativ besetzt sei. Die Frage, ob dieser Begriff negativ besetzt ist, ist sicherlich eine Frage des Standpunktes; aber er ist auf jeden Fall erklärungsbedürftig. - Also: unter Antrag auf Arbeitgeberschaft verstehen wir, einen Antrag beim zuständigen Bezirksamt auf Auszahlung der Gelder, die zur Finanzierung der von uns benötigten Hilfe erforderlich sind, und zwar direkt an uns, damit wir mit diesen Geldern die Helfer und Helferinnen für die Leistungen, die sie uns gegenüber erbracht haben, bezahlen können. Das heißt, daß keine Ambulanten Dienste oder Sozialstationen zwischengeschaltet werden. Vielleicht wurde dieser Antrag zu spät gestellt, denn zur Zeit, d.h. Ende Januar '95, liegt noch kein Bescheid vor. Ein solcher Bescheid, ein positiver natürlich, wäre jedoch Voraussetzung, um mit der zuständigen Pflegekasse in Verhandlung über den Abschluß eines Versorgungsvertrages zwischen derselben und dem behinderten Arbeitgeber bzw. der behinderten Arbeitgeberin zu treten. Dieser Versorgungsvertrag müßte bis spätestens zum 31.03.95 geschlossen werden, um als Vertragspartnerin der Pflegekasse anerkannt zu werden und die Pflegesachleistungen in Anspruch nehmen zu können. Menschen, die auch nach Einführung der Pflegeversicherung auf ergänzende Leistungen nach den §§ 68,69 BSHG zur Finanzierung der von ihnen benötigten Hilfe angewiesen sind, können nicht zwischen Pflegegeld und Sachleistung wählen, sondern müssen dem Gesetz zufolge die Sachleistung beantragen. Die Sachleistung wiederum kann nur erbracht werden von einem Vertragspartner der Pflegekassen, wie den Ambulanten Diensten oder den Sozialstationen. Das heißt, daß wir als behinderte Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen Vertragspartner und -partnerinnen der Pflegekassen werden müssen, durch den Abschluß eines Versorgungsvertrages und zwar bis zum 31.03.95. Von daher stellt sich uns die Frage, ob der Antrag auf Arbeitgeberschaft evtl. zu spät gestellt worden ist und hoffen natürlich darauf, daß dem nicht so ist.

... aber aller Anfang ist schwer

Bis zu dem Zeitpunkt, als das erste ASL Mitglied bei dem zuständigen Bezirksamt einen Antrag auf Arbeitgeberschaft stellte, waren alle Bezirksämter vom dpw über das Anliegen unseres Vereins informiert und um eine Stellungnahme gebeten worden. Lediglich eine einzige Stellungnahme war eindeutig positiv, alle anderen zeigten deutlich die Vorbehalte und das Unverständnis der Kostenträger. Im Gegensatz dazu reagierten unsere Ansprechpartner auf Senatsebene sehr aufgeschlossen; vielleicht weil sie aufgrund der Verwaltungsstruktur in Berlin nicht über unsere Anträge entscheiden müssen, sondern jedes Bezirksamt die Entscheidung eigenverantwortlich trifft. Ihr Weisungsrecht gegenüber den Bezirksämtern wollte die Senatsverwaltung für Soziales nicht ausüben, so daß wir gezwungen sind, mit in jedem Bezirk, mit dem jeweiligen leitenden Fachbeamten der Abt. Sozialwesen, Gespräche zu führen. Das kostet sehr viel Zeit und Kraft. An dem Gespräch, das dem ersten Antrag auf Arbeitgeberschaft vorausging, nahmen der leitende Fachbeamte, zwei Gruppenleiter, die Vereinsvorsitzende, die Antragstellerin und der Leiter der Fachgruppe "Behinderte" beim dpw teil, von dem wir in den letzten Jahren sehr aktiv unterstützt worden sind. Er hatte uns immer wieder geraten, in mehreren Bezirken gleichzeitig einen entsprechenden Antrag zu stellen; aber es gab immer wieder "gute Gründe" für die einzelnen Vereinsmitglieder noch keinen Antrag zu stellen. Es war aber auch allen klar, daß dieser erste Antrag nur bedingt stellvertretend für alle anderen gestellt werden könnte und das bei jedem weiteren Antrag neue Fragen und Probleme auftauchen würden. Eine Frage, die auch der ersten Antragstellerin gestellt wurde, wird sicherlich immer wieder auftreten. Und zwar die: welche Sicherheiten die Antragstellerin bieten könne für den Fall, daß sie das ganze Geld "auf den Kopf haut", oder dafür, daß sie am Anfang des Monats ins Krankenhaus käme. Nach der (realitätsfremden) Vorstellung des leitenden Fachbeamten benötigt die Antragstellerin, die ansonsten eine 24 Std. Hilfe hat, bei einem Krankenhausaufenthalt keine Unterstützung durch ihre Helfer und Helferinnen, sondern kann von dem Krankenhauspersonal ausreichend versorgt werden. Die Helfer und Helferinnen würden also im Falle eines Krankenhausaufenthaltes der Antragstellerin nicht arbeiten, hätten aber trotzdem aufgrund des Arbeitsvertrages einen Lohnanspruch, dem das Bezirksamt nachkommen müßte. Eine furchtbare Vorstellung für einen leitenden Fachbeamten der Abt. Sozialwesen eines Berliner Bezirksamtes. Und sie, die Antragstellerin, möge sich doch bitte vorstellen, daß so etwas nicht nur einmal passiert, sondern vielleicht alle zwei Monate. Das arme Bezirksamt... Aber, so wurde hinzugefügt, sie solle doch bitte diese Fragen nicht persönlich nehmen. Nein, natürlich nicht, das sind die Fragen eines interessierten Verwaltungsbeamten, der unser aller Steuergeld verantwortlich verwalten muß. Auch wenn wir alle diese Unverschämtheiten kennen, ist es jedes Mal wieder eine arge Zumutung. Seit diesem Gespräch ist ein halbes Jahr vergangen und nichts geschehen, obwohl allen am Gespräch Beteiligten klar war, daß die Entscheidung in Hinblick auf die Pflegeversicherung so schnell wie möglich getroffen werden müßte. Die immer wieder gleichen Fragen und Einwände, wie "...aber dadurch haben Sie doch nur noch mehr Arbeit", haben uns oft daran zweifeln lassen, ob das ArbeitgeberInnen-Modell in der uns noch zur Verfügung stehenden Zeit in Berlin durchzusetzen ist. Für den Fall, daß es uns nicht gelingen sollte, das ArbeitgeberInnen-Modell gegenüber den Bezirksämtern durchzusetzen und entsprechende Versorgungsverträge mit den jeweiligen Pflegekassen zu schließen, haben wir sowohl die Frage diskutiert, ob wir als Verein bessere Chancen haben mit den Bezirksämtern abzurechnen und mit den Pflegekassen Versorgungsverträge zu schließen oder ob wir sogar zu diesem Zweck eine eigene Sozialstation gründen sollen. Aber die meisten Mitglieder von ASL befürchten, daß diese Sozialstation oder ASL selbst dann über kurz oder lang sich den selben "Sachzwängen" beugen müßte wie die Ambulanten Dienste, die ja auch einmal als "Selbsthilfeorganisation" angefangen haben.

ASL soll ein Zusammenschluß von Menschen bleiben, die ihre Hilfe eigenständig organisieren und die sich dabei Unterstützung bieten und keine Anbieterorganisation.

Birgit Stenger, Berlin

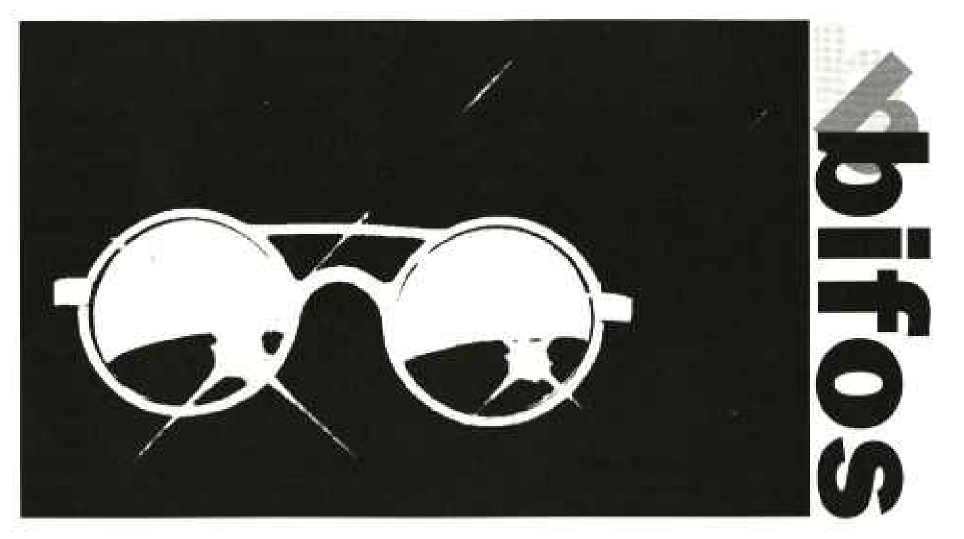
[1] Berliner Sprachregelung, entspricht dem Assistenznehmer in Bremen oder der Kundin in Marburg, gemeint sind also behinderte Menschen, die zur selbstbestimmten Gestaltung ihres Lebens Hilfe bzw. Assistenz benötigen.



Bildung in eigener Sache

Das Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter (bifos)

Seit zweieinhalb Jahren gibt es das bewegungseigene Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter in Kassel. Die Idee dazu entstand, wie die meisten guten Ideen aus Kassel, bei unserem allwöchentlichen fab-Stammtisch *(fab: Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter e.V., d. Red.).*



Wir hatten festgestellt, daß viele behinderte Menschen, die in die Beratung kamen, nach Informations- und Bildungsangeboten fragten, die über die Beratungsarbeit hinausgingen. Traditionelle Bildungseinrichtungen wie z.B. die Volkshochschulen greifen keine speziellen Fragestellungen zum selbstbestimmten Leben behinderter Menschen auf. Die traditionellen Behindertenverbände, die größtenteils von Nichtbehinderten dominiert werden, bieten sehr selten Seminare speziell für Behinderte an. In der Regel sind diese Angebote gemeinsam für Nichtbehinderte und Behinderte konzipiert.
Die Erfahrung mit der Beratungsmethode des „Peer Counseling" (Betroffene beraten Betroffene) hatte uns gezeigt, wie sinnvoll und notwendig es ist, daß wir unsere Erfahrungen an Ratsuchende weitergeben. Zudem gibt es in der bundesdeutschen Behindertenbewegung viele Menschen mit einem breiten Wissensspektrum - dieses wollten wir nutzen, bündeln und möglichst vielen behinderten Menschen zur Verfügung stellen.
Der fab e.V. erklärte sich bereit, eine ABM-Stelle speziell für bundesweite Bildungsarbeit einzurichten. Nach einem Vierteljahr Vorbereitung konnte das erste Programmheft herausgegeben werden. Es umfasste Seminarangebote zu rechtlichen Fragen der Pflegeorganisation, zu Einmischungsmöglichkeiten in die Politik, zur Vorbereitung des europaweiten Protesttages, zum „Peer Counseling" und eine Tagung für behinderte Frauen. Das Programm wurde bundesweit verschickt und die Resonanz war ziemlich groß. Die Seminare waren durchweg ausgebucht. Ein Grund dafür war sicherlich auch, daß die Teilnahmegebühren niedrig gehalten werden konnten. Wir erhielten nach langen Kämpfen und vielen Anträgen finanzielle Unterstützung von verschiedenen Bundes- und Landesministerien. Ohne diese Unterstützung hätte der Teilnahmebeitrag pro Veranstaltung bei ca. 600.- DM statt bei ca. 50.- DM liegen müssen. Für viele behinderte Menschen, die seltenst zu den besser Verdienenden gehören, wäre eine Teilnahme unmöglich geworden.
Inzwischen ist das dritte Programmheft herausgekommen und das *bifos* hat einen recht großen Bekanntheitsgrad in Behindertenkreisen erlangt. Neben den regulären bundesweiten Seminaren bieten wir in Zusammenarbeit mit DPI (Disabled Peoples International) Veranstaltungen auf Europäischer Ebene an. Ein Schwerpunkt ist dabei die Verbreitung der Beratungsmethode des „Peer Counseling". Sie ist das grundlegende Handwerkszeug der Beratungs-Zentren zum selbstbestimmten Leben. Um sie auch in der Bundesrepublik weiter zu verbreiten und möglichst viele potentielle BeraterInnen zu qualifizieren, bietet das *bifos* seit neuestem eine erste Weiterbildung zum/zur Peer CounselorIn an, die über zwei Jahre verteilt durchgeführt wird.
Seit einem halben Jahr ist das *bifos* ein eigener Verein, der der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL) in Deutschland angeschlossen ist. Momentan bin ich die einzige hauptamtliche Mitarbeiterin, sozusagen das „Mädchen für alles". Manchmal wünsche ich mir, neben der enormen Verwaltungsarbeit stärker inhaltlich arbeiten zu können - andererseits lerne ich durch die Selbstverwaltung wesentlich mehr Bereiche kennen, als es für Dipl.Päds. üblich ist. Ab April dieses Jahres wird glücklicherweise zu meiner Entlastung eine neue Stelle eingerichtet. Die Stellen werden aus dem hessischen Schwerbehinderten-Sonderprogramm finanziert. D.h. sie sind, wie so viele Stellen in der Bewegungsarbeit, vorerst befristet und wir müssen uns, neben der eigentlichen Arbeit, ständig der leidigen Geldbeschaffung widmen.
Die Seminare werden in der Regel von behinderten ReferentInnen durchgeführt. Es gab ein paar Ausnahmen - ich engagierte für die Rhetorikseminare und für eine Personalführungsschulung nichtbehinderte ExpertInnen, da ich niemanden aus unseren Kreisen finden konnte, der das gewünschte Wissen hatte. Ziel ist jedoch gerade bei solchen Seminaren, daß sich jemand von uns durch die Teilnahme an der Veranstaltung so weiterqualifiziert, daß er/sie später selbst TrainerIn sein kann.
Die TeilnehmerInnen kommen aus der gesamten Bundesrepublik, wobei die Nachfrage aus den neuen Bundesländern wesentlich geringer ist als aus den alten. Auffällig ist auch, daß ich mit dem *bifos*-Angebot keine hörbehinderten Menschen erreiche, obwohl bei Bedarf Höranlage bzw. GebärdendolmetscherIn angeboten werden. Außerdem kommen nur in seltenen Ausnahmen lern- oder geistig behinderte Menschen zu den Veranstaltungen. Die Gründe hierfür sind sicher vielschichtig.
Viele der TeilnehmerInnen hatten am Rande mit der Selbstbestimmt Leben Bewegung zu tun und möchten über die Seminare Kontakte zu anderen politisch interessierten Menschen knüpfen. Der Austausch von persönlichen Erfahrungen spielt in den Veranstaltungen immer eine enorm große Rolle. Gerade für behinderte Menschen, die in ihrer Umgebung alleine kämpfen, sind die Seminare eine hervorragende Gelegenheit, neue Informationen und Kraft mitzunehmen. Mir fiel auf, daß es in jedem Jahr eine bestimmte Anzahl von TeilnehmerInnen gibt, die fast jede Veranstaltung besuchen. Nach einer gewissen Zeit haben sie dann genügend Informationen erhalten und Kontakte geknüpft, um sich in irgendeiner Form in die Bewegung einzuklinken. Somit hat das *bifos* auch die Funktion, eventuelle neue MitstreiterInnen für unsere Bewegung heranzubilden.


Gisela Hermes, bifos-Leiterin auf einer Demonstration in Kassel

Als durchweg positiv wird von den TeilnehmerInnen empfunden, daß unsere Veranstaltungen fast alle ausschließlich für behinderte Menschen sind. Ein nichtbehinderter Heimleiter fragte mich einmal mit einem etwas hämischen Lächeln, ob das *bifos* nicht auch eine „Sondereinrichtung" sei. Ich antwortete ihm, daß wir, ähnlich wie vor 15 Jahren die Frauen der Frauenbewegung, Raum brauchen, um uns ohne unsere „Unterdrücker" zu treffen, unsere Probleme zu diskutieren, unsere eigenen Lösungen zu finden und uns gegenseitig zu stärken. Erst wenn wir das getan haben (und wir brauchen diesen Freiraum zwischendurch immer wieder, um uns „aufzutanken"), dann können viele von uns ihre Interessen gegenüber Nichtbehinderten durchsetzen. Im Gegensatz zu Sondereinrichtungen, in denen Behinderte in einem Ungleichverhältnis zu Nichtbehinderten leben, von ihnen bevormundet und unmündig gehalten werden, sollen durch unsere Veranstaltungen Menschen unterstützt und gestärkt werden.
Wie wichtig spezielle Unterstützungsangebote für uns sind, ist mir am Beispiel der Rhetorikkurse sehr klar geworden. Rhetorikkurse werden von verschiedensten Einrichtungen angeboten. Behinderte Menschen können selbstverständlich daran teilnehmen, wenn sie es wollen und wenn die Veranstaltungsräume zugänglich sind. Einige von uns machten dort die Erfahrung, daß sie nicht als ganze Person wahrgenommen wurden: wurde z.B. bei nichtbehinderten TeilnehmerInnen die Körpersprache analysiert, so fiel dieser Aspekt gerade bei schwerer behinderten Menschen oft flach. Der Körper wurde ignoriert, und somit fehlte eine ehrliche, klare Rückmeldung. Zudem braucht man viel Mut und Selbstbewußtsein, um sich in eine offene Rhetorikveranstaltung zu trauen. Viele behinderte Menschen würden nie auf die Idee kommen, an einer regulären Rhetorikveranstaltung teilzunehmen, aus Angst, sich dort mit redegewandteren Nichtbehinderten vergleichen zu müssen.
Ein Konflikt, der in den Seminaren immer wieder auftaucht, ist der Umgang mit anwesenden AssistentInnen. Als was sind sie zu betrachten - „lediglich" als anwesende HelferInnen oder als aktive TeilnehmerInnen? Für mich war nach dem ersten Seminar, in dem ein Assistent ständig die Leitungsrolle übernehmen wollte, klar - so will ich es nicht! Wir werden im Alltag oft genug von Nichtbehinderten dominiert - die *bifos*-Seminare sind für uns behinderte Menschen da. Ich machte dies in allen weiteren Ausschreibungen deutlich - trotzdem passierte es immer wieder, daß AssistentInnen eine aktive Rolle in der Veranstaltung übernehmen wollten. Häufig fiel mir dann die unangenehme Aufgabe zu, die Situation zu klären. Ich stieß dabei mehrmals auf heftiges Unverständnis bei den behinderten AssistenznehmerInnen, die ihre AssistentInnen als gleichberechtigte PartnerInnen beschrieben. Für sie hieß das im Klartext, daß ihre AssistentInnen gleichberechtigt am Seminar teilnehmen sollten. Ich kann mir vorstellen, daß eine Abgrenzuung von Nichtbehinderten sehr schwer ist, wenn ich sie in meinem Alltag zur Absicherung meiner Pflege brauche und daß eine Abgrenzung sich auf das Assistenzverhältnis negativ auswirken kann. Da ich selbst nicht aus eigener Erfahrung weiß, wie ein Alltag mit persönlicher Assistenz aussieht, steht es mir nicht zu, hier Urteile zu fällen. Mir kommt die „Nichtbehinderten-Ausschluß-Diskussion" jedoch noch sehr bekannt vor - die erste große Auseinandersetzung darum erlebte ich bei der Vorbereitung des Krüppeltribunals und seitdem taucht sie immer wieder mal auf. Ich bin der Meinung, daß wir uns in bestimmten Bereichen unbedingt von Nichtbehinderten abgrenzen müssen, um herauszufinden, was unsere Interessen sind und um unsere Identität als behinderte Menschen aufzubauen.
Außerdem machte ich die Erfahrung, daß behinderte Menschen nicht die besseren SeminarteilnehmerInnen sind. Wie bei den Nichtbehinderten auch, gab und gibt es immer wieder notorisch Unzufriedene, die an jeder Kleinigkeit etwas auszusetzen haben und sich ständig beschweren. Es gibt auch Behinderte, die gewohnt sind, daß andere Menschen für sie sorgen und ihnen alles abnehmen, was sie dann vom *bifos* ebenso erwarten. In solchen Fällen könnte mir der Kragen platzen, weil die Leute sich nicht im geringsten in meine stressige Situation als Allround-Checkerin hineinversetzen können und wollen. Zum Glück sind diese TeilnehmerInnen in der Minderheit. Die meisten sind sehr konstruktiv und es macht mir viel Spaß, mit Ihnen zusammen Themen zu erarbeiten.
Durch die bundesweiten Veranstaltungen erreichen wir nur eine bestimmte TeilnehmerInnengruppe. Behinderte Menschen, die in Sondereinrichtungen leben und/oder nicht mobil sind, erreichen wir bisher kaum. Deshalb gibt es seit diesem Jahr ein weiteres Angebot: Einrichtungen, Institutionen und auch Selbsthilfegruppen können Seminar-"Pakete" für behinderte Menschen buchen. D.h. wir stellen lediglich die Inhalte und ReferentInnen zur Verfügung, den Rest muß unsere VertragspartnerIn erledigen. Z.Zt. kann ich noch nicht sagen, wie die Seminarpakete angenommen werden. Die bisherigen Anfragen geben mir Grund zu der Befürchtung, daß HeimleiterInnen ihre Fortbildungsgelder lieber in ihre nichtbehinderten MitarbeiterInnen als in die Stärkung und Unterstützung der behinderten „InsassInnen" investieren.
Nachdem das *bifos* mehrere Veranstaltungen durchgeführt hatte, wurde deutlich, daß es in der „Behindertenbewegung" eine Unmenge von Erfahrungen und Wissen gibt, das trotz Einrichtung eines Bildungsangebotes nur wenigen behinderten Menschen zur Verfügung steht. Es entstand die Idee einer *bifos*-Schriftenreihe zum selbstbestimmten Leben Behinderter. Bisher sind drei Bände im Eigenverlag erschienen. Da der Versand und die Rechnungstellung zeitaufwendige Aufgaben sind, suchte und fand ich einen Verlag, der die Schriftenreihe in sein Programm mit aufnimmt. Ab diesem Jahr werden jährlich drei Bände im Verlag der AG SPAK erscheinen. Um diese inhaltlich zu füllen, bin ich auf Eure Ideen und Mitarbeit angewiesen.
Das Gleiche gilt für die Durchführung weiterer Seminare. Ich freue mich über jede Idee von Euch für eine Veranstaltung und wünsche mir einen regen Austausch mit unseren „KundInnen".

GISELA HERMES, KASSEL

ISL-Weiterbildung zum "Peer Councelor" als Beitrag zur Förderung der SL-Bewegung

In Deutschland gibt es seit über 20 Jahren eine emanzipatorische Behindertenbewegung, die sich immer mehr organisiert hat. Mit der Gründung des Bundesverbandes «Interessenvertretung "Selbstbestimmt Leben" Behinderter in Deutschland, ISL» im Oktober 1990 wurde zum ersten Mal eine stabile Basis der Selbstvertretung Behinderter geschaffen, deren Einfluß auf die Gesundheits- und Sozialpolitik sowie auf das Bild behinderter Menschen in unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken ist.



Es geht voran

In den 80er Jahren gründeten sich in Deutschland zunehmend "Zentren für selbstbestimmtes Leben", die ratsuchenden behinderten Menschen ein Forum für ihre Interessen und Nöte boten. Der flächendeckende Aufbau und die Absicherung dieser Anlauf- und Beratungsstellen sowie die Förderung bundesweiter Neugründungen von Initiativen behinderter Menschen ist erklärtes Ziel der ISL. Seit 1986 wird in diesen Zentren Beratung und Begleitung durch behinderte Berater und Beraterinnen im Sinnes des "Peer Counseling" durchgeführt. Heute gibt es in Deutschland mehr als 20 solcher Zentren, die mit unterschiedlicher Gewichtung sowohl Hilfe zur Selbsthilfe leisten als auch professionell arbeiten.

Aufgrund des gewachsenen Bedarfs an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, gründete sich im vergangenen Jahr aus den Reihen der ISL das "Forum behinderter Beraterinnen und Berater". Dieses Forum versteht sich mittlerweile als Fachgremium, welches sich sowohl für die Berufsinteressen deutscher Peer Councelor einsetzt als auch für die Verbreitung und Weiterentwicklung dieser Beratungsmethode in der Öffentlichkeit Sorge trägt.

Dem ersten Bemühen des Forums galt die Förderung und Qualifizierung von behinderten Beraterinnen und Beratern, um den gestiegenen Bedarf der Zentren abzudecken. So wurden erfahrene Peer Councelor aus der Bewegung beauftragt, eine Weiterbildungsmaßnahme im Sinne des Peer Councelings zu konzipieren und durchzuführen. Nachdem sich eine Gruppe von 11 Trainerinnen und Trainern selbst noch einnmal durch Seminare und Selbsterfahrung qualifiziert hatten, konnte im Dezember 1994 mit dem ersten Ausbildungsblock für 15 behinderte KollegInnen begonnen werden. Diese Gruppe wird über einen Zeitraum von 1 1/2 Jahren ausgebildet werden und trägt sich finanziell durch Mittel des Bundesministeriums für Familie und Senioren, der Robert-Bosch-Stiftung und durch Selbstbeteiligung der TeilnehmerInnen.

Die Weiterbildung wird bundesweit in enger Zusammenarbeit mit dem "Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter" (bifos) angeboten, und findet in sechs Blöcken á 5 Tagen statt. Aufgrund großer Nachfrage sind für die nächsten Jahre weitere Maßnahmen geplant. Zur Zeit ist eine Finanzierung zukünftiger Weiterbildungskurse jedoch noch nicht geklärt, wobei das Forum eine Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit anstrebt.

Die erstmals in Deutschland angebotene Weiterbildung soll Behinderte dazu befähigen, eine qualifizierte Beratung und Begleitung für ebenfalls von Behinderung Betroffene im Sinne des Peer Counseling durchzuführen. Dies bedeutet vor allem, daß sie in ihrer Arbeit parteilich, d. h. im Sinnes des/der Ratsuchenden vorgehen, und sich bei der Beratung nicht unbewußt an eigenen Vorstellungen und/oder eigenen, unerfüllt gebliebenen Wünschen und Zielen orientieren.

Um dies zu können, ist die Fähigkeit der differenzierten Wahrnehmung eigener und fremder Bedürfnisse unerläßlich, denn jede Hilfe verkehrt sich immer dort ins Gegenteil, wo HelferInnen versuchen, eigene, unverarbeitete Probleme durch Ratsuchende stellvertretend lösen zu lassen. Behindert zu sein, befähigt jedoch nicht automatisch zu dieser Fähigkeit, so daß sich die Weiterbildung inhaltlich an der Entwicklung folgender Ziele orientiert:

Zentrales Merkmal zur Qualifizierung von BeraterInnen für eine selbst-bestimmte Lebensweise muß die Selbst-Erfahrung sein. Hierbei geht es um die Sensibilisierung für die eigene Problemgeschichte als Behinderte/r, um die Bewußtwerdung von eigenen Konfliktverarbeitungsstrategien und von bevorzugten Beziehungsmustern, mit denen man/frau im Kontakt mit anderen eigene Bedürfnisse und Ziele verfolgt. Diese Selbsterfahrung wird während des ersten Ausbildungsblocks von der Gruppe eingeübt und fördert die Differenzierung von Selbst- und Fremdwahrnehmung. Auch in allen anderen Blöcken werden immer wieder Selbsterfahrungsaspekte aufgegriffen, die zur Vertiefung weiterer Bildungsinhalte dienen.
Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von Kenntnissen zur Geschichte des Independent Living, insbesondere zur Behindertenbewegung Deutschlands. Darüber hinaus werden ausführliche Informationen über die Rechte Behinderter und ihre Anwendung bzgl. einer selbstbestimmten Lebensführung vermittelt, sowie Kenntnisse über den Umgang mit Persönlicher Assistenz. Desweiteren sollen Grundkenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten der Gesprächsführung für Einzel- und Gruppenarbeit eingeübt werden. Interessenten, die an einer solchen ISL-Weiterbildung teilnehmen wollen, müssen einige Voraussetzung mitbringen. Es versteht sich von selbst, daß ausschließlich behinderte Menschen qualifiziert werden können. Eine vorherige Ausbildung in einem Grundberuf ist jedoch nicht zwin-

gend erforderlich. BewerberInnen müssen darüber hinaus entweder Erfahrungen aus aktiver Beratung mitbringen - wobei diese auch in ehrenamtlicher Tätigkeit erworben sein können - oder sich bereits in Selbsthilfegruppen engagiert haben. Desweiteren sollten sie überwiegend in der Lage sein, mit der eigenen Biographie als Behinderte/r zurecht zu kommen und eine gewisse Distanz zu den eigenen Problemen entwickelt haben. Es wird von ihnen erwartet, daß sie nicht nur Engagement für sich selbst, sondern auch für andere zeigen, und eine gewisse Fähigkeit besitzen, eigene Erfahrungen an andere weiterzugeben.
Wer sich für Einzelheiten interessiert, kann sich direkt an bifos, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel wenden, oder aber von dort telefonisch (0561/713387) das Curriculum anfordern.
Zum Abschluß möchte ich meine persönliche Einschätzung über die bewegungspolitische Bedeutung dieser Weiterbildung zum "Peer Councelor ISL" anfügen:
Lasse ich meine aktive Zeit in der Behindertenbewegung Revue passieren, so muß ich mit Freude feststellen, daß ich mich verändert und meinen Knüppel zur Selbstverteidigung an den Nagel gehängt habe. Ich habe einige wilde Jahre als Krüppel gebraucht, um zu verstehen, daß die Solidarität der Szene nur eine Solidarität von Gedanken und emanzipatorischen Ideen war, die selten eine Entsprechung in persönlichen Beziehungen fand. Gegenüber meinen Vorbildern, den Häuptlingen, hatte ich oft ein minderwertiges Gefühl, denn ich sah mich nicht in der Lage, an ihre Brillianz im Denken und Reden anknüpfen zu können. Mir blieb lange Zeit die Einsicht verschlossen, daß ich mit dem Wunsch, so wie sie zu werden, einem unbewußten Mechanismus erlegen war, den ich glaubte, während meiner Emanzipation von nichtbehinderten "Halbgöttern", überwunden zu haben. Ich hatte "meine Häuptlinge" idealisiert wie früher Nichtbehinderte und fühlte mich nun erneut betrogen.
Heute weiß ich, daß ich 1982 aus dieser Enttäuschung heraus der Bewegung für einige Jahre den Rücken gekehrt habe. Erst als 1986 in Köln das zweite Z s L Deutschlands gegründet wurde und mir bezahlte Arbeit angeboten wurde, kehrte ich - zunächst ohne Idealismus - zurück. Bald spürte ich jedoch bei der Auseinandersetzung mit den Aufgaben, daß es sich immer noch um "meine Sache" handelte, die ich nun jedoch mit mehr Verantwortung zu vertreten und politisch durchzukämpfen hatte. Die Zentren waren nun nicht mehr lockere Haufen von Einzelpersonen, sondern strukturiert in Vereine, die Arbeitsplätze schufen, öffentliche Gelder verwalteten und die von Ratsuchenden aufgesucht wurden, die bei der Bewältigung ihres Lebens auf unsere Hilfe setzten. Ich lernte neue Kollegen und Kolleginnen aus anderen Zentren kennen und verspürte bei ihnen neben persönlichem Engagement eine Ernsthaftigkeit und Verantwortung gegenüber der "Institution" und der Arbeit, wie ich sie bisher bei den einzelkämpfenden Häuptlingen nie empfunden hatte.
So wuchs in mir noch einmal die Bereitschaft zur Solidarität und die Initiative für den bundesweiten Zusammenschluß der MitarbeiterInnen aller Zentren. Daraus ist 1990 die ISL entstanden. Sie ist eine Dachorganisation des Selbstbestimmten Lebens Behinderter, die nicht nur von einer Idee beseelt ist, sondern die bis heute wesentlich durch vertrauensvolle, menschliche Beziehungen untereinander getragen wird. Dies halte ich für das Erfolgsrezept der Zentren und von ISL, denn erst dann kann eine überzeugende Glaubwürdigkeit für unsere Sache entstehen.

Warum diese Geschichte? Meine Sicht der Bewegung?

Ich bin fest davon überzeugt, daß unsere Philosophie die Basis und andere aktive Behinderte nur dann erreicht und vergrößert, wenn wir untereinander solidarisch sind und uns eingebunden in ein Gemeinschaftsgefüge präsentieren. Egozentrisches Agieren nach eigenem Dafürhalten und ohne interne Rückkopplung schwächt unsere Bewegung nach innen und schadet unserer Glaubwürdigkeit nach außen. Ich glaube, daß nur ein ständiges Ringen um den inneren Frieden und den inneren Konsens unsere Bewegung stärken und politisch noch erfolgreicher machen kann. Auf dem Hintergrund dieser Überzeugung halte ich oben beschriebenes Weiterbildungsangebot für einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Stärkung der Basis und der Bewegung. Ich bewerte es daher als großartigen Erfolg, wenn 5 Jahre nach Gründung von ISL über 30 KollegINNen Interesse für die Weiterbildung bekunden und sich darum bewerben; für mich ist dies ein Zeichen des Vertrauens und der zunehmenden Bereitschaft, sich der SL-Bewegung zur Verfügung zu stellen, und nicht weiter hinter Idolen her zu laufen, zu hinken oder zu rollen.

TOBIAS REINARZ, BONN

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:
'krüppeltopia' e.V. - Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter
Mombachstr. 17, 34127 Kassel , Tel.: 0561 / 8 45 78

RESSORTS & REDAKTIONSADRESSEN
- *Anzeigenverwaltung:* Redaktion Berlin, Ursula Aurien, Barbarossastr. 24, 10779 Berlin, Tel.: 030 / 2 18 43 76
- *Abo & Vertrieb:* Redaktion Kassel, Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 34127 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78, Fax: 0561 / 89 65 32
- Redaktion Kassel, Ulrike Lux, Wilhelmshöher Allee 24, 34117 Kassel, Tel.: 0561 / 77 69 15
- Redaktion München, Thomas Schmidt, Planeggerstr. 10, 81241 München, Tel.: 089 / 88 88 598
- Redaktion Essen, Volker van der Locht, Virchowstr. 36, 45147 Essen, Tel.: 0201/74 07 00
- Redaktion Mannheim, Martin Seidler, Am Weingarten 2, 68169 Mannheim, Tel.: 0621 / 30 49 54

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN:
Ursula Aurien (Berlin) **V.i.S.d.P.**, Ulrike Lux (Kassel), Volker van der Locht (Essen), Thomas Schmidt (München), Martin Seidler (Mannheim), Jörg Fretter (Kassel), Christof Rill (Kassel)

Die **CASSETTENAUSGABE** der randschau wird betreut durch Valeska Wnuck, Brentanostraße 50, 34125 Kassel
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns natürlich über unverlangt eingesandte Beiträge und Infos. Um uns die Bearbeitung auf dem PC zu erleichtern, nehmen wir am liebsten Texte, die unformatiert auf WORD (alle Versionen) geschrieben wurden. Als Speichermedien bitte nur 3,5" und 5,25" Disketten verwenden.

ABO PREISE: Preis für 4 Ausgaben 25,- DM / Ausland 35,- DM / auf Cassette 30,- DM / Cassette & Schwarzschrift 40,- DM / Einzelpreis 7,- DM & 2,- DM Porto/ Verpackung

BANKVERBINDUNG: Stadtsparkasse Kassel (BLZ: 520 501 51) Konto-Nr.: 1009 422 Stichwort "krüppeltopia" e.V./die randschau

ERSCHEINUNGSWEISE: vierteljährlich **AUFLAGE:** 2.500
SATZ: LaserPrint, Elfbuchenstr. 5, Kassel
DRUCK: COPY-Team, Holländische Str. 36-38, Kassel

TITELFOTO: Lydia Zydel, Selbstverteidigungs- u.-behauptungslehrerin, Amsterdam

EIGENTUMSVORBEHALT:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehals. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Darstellung des Grundes zurückzusenden.

Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit geistiger Behinderung!

Das Ausland ist uns wieder einmal voraus: Seit den 80er Jahren haben sich in den USA, Kanada, England, Schweden, Holland, Neuseeland und Australien Menschen, die als geistig behindert gelten, in Selbsthilfegruppen zusammengeschlossen, um gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen. Sie haben sich teilweise auf nationaler Ebene zusammengeschlossen und tauschen auf internationalen Treffen ihre Erfahrungen aus.


Foto: Kathrin Lehusen, Bremen

In Deutschland beginnt dieser Prozeß sehr zögerlich. Erst Anfang der 90er Jahre gewinnt das Thema Selbstbestimmung für Menschen mit geistiger Behinderung auf dem Hintergrund der Independent-Living-Bewegung und der Entwicklung im Ausland in der Fachdiskussion an Bedeutung. Es wird als neues Paradigma der Geistigbehindertenpädagogik proklamiert, das Maßstäbe setzt: Der geistig behinderte Mensch nicht länger Objekt von Betreuung, Pflege, Versorgung, Förderung und Therapie, sondern Subjekt mit dem Anspruch auf eine seinen Bedürfnissen und seinen Wünschen entsprechende Begleitung und Unterstützung im Alltag.
Organisierte Selbsthilfegruppen mit Breitenwirkung gibt es in Deutschland bislang noch nicht. Als erster Schritt in diese Richtung kann der Lebenshilfe-Kongreß 'Ich weiß doch selbst, was ich will!' gelten, der im Herbst 1994 in Duisburg stattfand. Auf diesem Kongreß formulierten geistig behinderte Kongreß-TeilnehmerInnen ihre Forderungen nach mehr Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen. Sie demonstrierten ein neues Selbstbewußtsein, das tradierte Betreuungsstrategien in Frage stellt und zu mancherlei Verunsicherung bei den Beteiligten - Angehörige, Betreuer, Institutionen - führt.

Diese Verunsicherung hängt unter anderem mit dem Mißverständnis zusammen, daß Menschen mit geistiger Behinderung nun ganz auf sich gestellt leben und ihren Alltag völlig selbständig organisieren sollten - eine Vorstellung, die angesichts der mehr oder weniger stark ausgeprägten kognitiven Beeinträchtigungen unrealistisch ist. Das Konzept der Independent-Living-Bewegung kann nicht einfach auf diesen sehr heterogenen Personenkreis übertragen werden. Der Begriff der 'Assistenz' umfaßt hier über reine Dienstleistungen hinausgehend auch Unterstützung des geistig behinderten Menschen beim Artikulieren und Realisieren seiner Interessen und Wünsche.

Die Umsetzung der Forderung nach mehr Selbstbestimmung für Menschen mit geistiger Behinderung stößt auf mancherlei Hindernisse. Sie haben ihren Ursprung in einem Menschenbild, das geistige Behinderung mit Schutzbedürftigkeit und Unfähigkeit zur Selbstorganisation gleichsetzt. An dieser Sichtweise hat auch die Erfahrung, daß die Kompetenzen von Menschen mit geistiger Behinderung unter autonomiefördernden Umweltbedingungen zunehmen, wenig geändert. Die Folge sind Versorgungsstrukturen, die die Entwicklung von Selbstbestimmung behindern.

Strukturelle Hindernisse

Strukturen, die Selbstbestimmung erschweren, finden sich in allen Lebensbereichen. Besonders gravierende Auswirkungen haben sie dort, wo sie die Privatsphäre betreffen: beim Wohnen. Wohnen so normal wie möglich - diese Forderung des Normali-sierungsprinzips ist für viele Menschen mit geistiger Behinderung noch lange nicht Realität. Seit Ende der 70er Jahre ist zwar ein Trend zu gemeindenahen dezentralen kleinen Wohneinrichtungen und zu ambulant betreuten Wohnformen (Wohngemeinschaften, Einzel- und Paarwohnen, neuerdings auch Wohnungen für geistig behinderte Eltern mit Kind) zu verzeichnen, die mehr Möglichkeiten für Selbstbestimmung bieten als die traditionelle Heimunterbringung. Ein erheblicher Teil der Menschen mit geistiger Behinderung lebt dennoch nach wie vor in Großeinrichtungen, mehr oder weniger abseits vom normalen Leben unter weitgehend fremdbestimmten Bedingungen. Auch wenn die Heime sich in Struktur und Konzeption unterscheiden, lassen sich beispielhaft Gemeinsamkeiten benennen, die der Entwicklung von Autonomie entgegenstehen:

- keine Wahl der MitbewohnerInnen in der Gruppe
- keine Wahl der GruppenbetreuerInnen als Bezugspersonen
- keine Wahl der eigenen Möbel
- Zentralversorgung statt gruppenbezogener Selbstversorgung
- Organisation des Wohnalltags nach Dienstplänen
- keine selbstverständliche Teilnahme am allgemeinen Leben
- unzureichende Mitsprachemöglichkeiten in der Institution.

Selbstverständnis der Betreuer

Der Ruf nach mehr Selbstbestimmung für Menschen mit geistiger Behinderung trifft unmittelbar das Selbstverständnis ihrer Betreuer. Er fordert ein Umdenken, eine Neugestaltung ihrer Rolle, eine Veränderung von Machtstrukturen. Es geht nicht mehr nur darum, den Alltag *für* geistig behinderte Menschen oder bestenfalls *mit* ihnen zu gestalten. Die *Wünsche der Betreuten* sind nach der neuen Philosophie primärer Orientierungspunkt.

Das bedeutet, den einzelnen selbst Entscheidungen treffen zu lassen - jeweils den individuellen Fähigkeiten entsprechend. Dies kann sich auf seine Lebensplanung beziehen, zum Beispiel auf die Wohnform, die Ausbildung oder Arbeit, auf Freizeitaktivitäten sowie Partnerschaftswünsche oder auf scheinbar Selbstverständliches wie die Auswahl der Kleidung, der Speise, der Beschäftigung. Zur Selbstbestimmung gehören auch Möglichkeiten der Mitsprache bei der Organisation des Zusammenlebens und -arbeitens, zum Beispiel in Heim- und Werkstatträten und in der Gemeinde.

Die Praxis hinkt dem Anspruch nach mehr Autonomie in allen Lebensbereichen noch hinterher. Bedürfnisorientierung gehört im Rahmen der Normalisierung der Lebensbedingungen von Menschen mit geistiger Behinderung zwar schon lange zu den Grundsätzen der Arbeit mit diesem Personenkreis - Selbstbestimmung als Leitlinie der Begleitung im Alltag ist jedoch noch nicht selbstverständlich.
Das größte Hindernis liegt in den Köpfen: Wertschätzung und Achtung des geistig behinderten Menschen als Partner sind noch nicht überall handlungsleitende Maxime. Das Aufgeben von Machtpositionen fällt schwer. Es ist einfacher, einen geistig behinderten Menschen zu befürsorgen und seinen Alltag nach den eigenen wohlgemeinten Vorstellungen zu gestalten, als ihn zu selbstbestimmtem Handeln zu befähigen und seine Entscheidungen zu respektieren. Dazu kommen Ängste, die mit den Stichworten Gefahrenrisiko, Verantwortung, Aufsichtspflicht umrissen werden können und die Frage nach den Grenzen.

Anpassung versus Emanzipation

Die Fähigkeit, selbstbestimmt handeln zu können, ist Ergebnis eines Lernprozesses von Kindheit an. Nur über Erfahrungen können Kompetenzen entwickelt werden. Menschen mit geistiger Behinderung haben in der Regel wenig Freiräume für eigene Entscheidungen und zu selbstbestimmtem Handeln. Vieles wird ihnen nicht zugetraut. Sie werden zu angepaßtem Verhalten erzogen, sind gewöhnt, daß andere den Alltag für sie gestalten und alle Entscheidungen für sie treffen.

Aufgrund dieser Sozialisation müssen viele Erwachsene mit geistiger Behinderung erst lernen, die eigenen Bedürfnisse zu erkennen und ihren Willen kundzutun. Dieser Lernprozeß kann in Selbsthilfegruppen in Gang gesetzt, von den persönlichen BetreuerInnen/AssistentInnen unterstützt oder im Rahmen einer emanzipatorischen Erwachsenenbildung initiiert werden, die über Kreativ- und Lebenspraxisangebote hinausgehend die KursteilnehmerInnen befähigt, ihre Lebenssituation zu reflektieren, eigene Vorstellungen zu entwickeln und zu artikulieren und Strategien zur Durchsetzung ihrer Interessen zu erproben. Angebote dieser Art sind noch viel zu selten.

Die Rolle der Eltern

Die Forderung nach mehr Selbstbestimmung für Menschen mit geistiger Behinderung löst bei manchen Eltern Ängste aus. Sicherlich auch ein Generationsproblem, aber nicht nur. Sie erleben ihr erwachsen gewordenes Kind - abhängig von der Komplexität der Behinderung - in wesentlichen Bereichen des täglichen Lebens als hilflos, den Anforderungen des normalen Lebens nicht gewachsen. Sie trauen ihm nicht zu, die Tragweite eigener Entscheidungen einschätzen zu können und möchten es vor den Folgen bewahren. Überbehütung. Die Kehrseite des gut gemeinten Beschützens ist ein Vorenthalten von Erfahrungen, der Erfahrung selbstbestimmten Handelns und auch des Erlebens eigener Grenzen.

Auf diesem Hintergrund kommt es unweigerlich zu Konflikten, wenn Betreuer geistig behinderten Menschen Freiheiten einräumen, die die Eltern nicht zugestanden haben, zum Beispiel bei der Wahl der Kleidung, bei der Gestaltung/Ordnung des Zimmers, bei Freizeitakivitäten oder bei Partnerbeziehungen. Sie fühlen sich nach wie vor verantwortlich, können nicht loslassen und das Erwachsensein ihres Sohnes oder ihrer Tochter, das autonome Entscheidungen mit dem ihnen immanenten Risiko einschließt, anerkennen. Natürlich gibt es auch Eltern, die weitestmögliche Selbstbestimmung bereits zur Leitlinie ihres eigenen Erziehungsverhaltens gemacht haben. Die eben geschilderte Haltung scheint dennoch nach wie vor zu überwiegen.

Von daher ist es kein Zufall, daß viele Selbsthilfegruppen von Menschen mit geistiger Behinderung sich bewußt außerhalb von Elternvereinigungen gegründet haben. Dies entspricht ihrem Selbstverständnis. Es stellt nicht das Verdienst von Eltern in Frage, die sich seit Ende der 50er Jahre gegen die damals übliche Verwahrung für das Recht ihrer geistig behinderten Kinder auf Bildung, Arbeit und humane Lebensbedingungen engagiert haben.

Selbstbestimmung nur für die 'Fitten'?

Selbstbestimmung ist für jeden Menschen möglich, jeweils auf der Ebene, auf der er Handlungskompetenz besitzt oder entfalten kann. Dabei kommt es weniger auf den Grad der Behinderung als auf seine Lebensbedingungen an, die ihm Raum für eigene Entscheidungen bieten oder vorenthalten.

Im Alltag vieler Erwachsener mit schwerer geistiger Behinderung ist Selbstbestimmung ein Fremdwort. Sie können in der Regel nicht wählen, wo und wie sie leben möchten. In gemeindenahen Wohneinrichtungen werden sie wegen des hohen Betreuungsbedarfs häufig nicht aufgenommen. Zentrale stationäre Großeinrichtungen, früher Anstalten genannt, sind oft der einzige Ausweg. Weite Entfernungen bedeuten Trennung von vertrauten Personen. Professionelle werden zu Bezugspersonen. Schichtdienst und hohe Mitarbeiterfluktuation verhindern kontinuierliche und verläßliche Beziehungen.
Viele leben noch in psychiatrischen Kliniken, dem traditionellen Auffangbecken für alle, die keiner haben will, oder in Pflegeheimen, ausgesondert. Die Zustände dort sind vielfach beschrieben. Seit der Psychiatrie-Enquete von 1975 hat sich manches, wenn auch sehr zögerlich, verändert: Humanisierung der Lebensbedingungen vor Ort, für manche Ausgliederung in gemeindenahe Wohneinrichtungen, Vermeidung von Neuaufnahmen. Diese Entwicklung hat jedoch nicht überall stattgefunden. 'Ueckermünde' gibt es noch, West-/Ost-Gefälle.

Die Bemühungen um Förderung und therapeutische Angebote für diesen Personenkreis haben in den letzten Jahren zugenommen. Es hat sich gezeigt, daß auch Menschen mit schwerer geistiger Behinderung lernfähig sind und selbstbestimmt handeln können, jeweils auf der Stufe ihrer Entwicklung. Assistierende Hilfe heißt hier, sich auf ihre Ebene einlassen, ihnen zuhören, ihre Wünsche zu erkennen suchen, auch wenn sie sie nicht verbal artikulieren können, und ihnen helfen, sie zu realisieren. Für manche schwer mehrfach behinderte Menschen, zu deren Alltag es gehört, einfach 'abgefüttert' zu werden, bedeutet zum Beispiel schon die Wahl zwischen zwei Getränken ein Stück Autonomie.

Die Rahmenbedingungen in Einrichtungen für Menschen mit schwerer geistiger Behinderung lassen Selbstbestimmung kaum zu. Zu große Gruppen, unzureichende Personalbesetzung verhindern ein Eingehen auf individuelle Bedürfnisse, selbst bei alltäglichsten Dingen, wie zum Beispiel in diesem Wohnheim:
"Wenn das Personal schlecht ist, dann kann man sagen: 'Ja, ich weiß, du möchtest jetzt gerne mit den Tisch decken, aber ich habe keine Zeit. Ich muß fertig werden. Laß mich das jetzt machen:' Das ist manchmal einfach so. Oder mit dem Rasieren morgens: Er kann sich selber rasieren, nicht so gründlich vielleicht, aber er macht es gerne. Und dann: 'Komm, laß mich jetzt mal machen, du mußt gleich wieder los.' Und das ist auch ein bißchen unbefriedigend, für alle eigentlich."

Weitaus gravierender sind die Einschränkungen auf Klinikstationen, auf denen geistig behinderte Menschen leben, zum Beispiel wenn kurzfristig zwei Gruppen wegen Personalengpässen von einer Person betreut werden müssen:
"Das ist nur noch Funktionspflege, da wird bloß noch das Essen hingestellt, da wird darauf geachtet, daß die Leute sich nicht in die Hosen machen, daß sie auf Toilette geschickt werden. Und wenn sie eingemacht haben ... eigentlich können die glücklich sein, die in die Hose gemacht haben, weil die dann noch die Zuwendung kriegen. 20 Leute und allein - sowas darf es einfach nicht geben. Der dann am nächsten Tag in den Dienst kommt, der muß sich dann mit den Aggressionen auseinandersetzen, oft eine Kettenreaktion: Einer fängt an, und drei machen weiter."

Geistig behinderte Menschen mit schwierigen Verhaltensweisen, sog. Problemverhalten, brauchen auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung besondere Unterstützung. Sie äußern ihre Befindlichkeit und ihre Bedürfnisse auf eine für die Umwelt

meist unverständliche Weise, zum Beispiel durch aggressives oder selbstverletzendes Verhalten - oftmals eine Reaktion auf für sie unerträgliche Lebensbedingungen, der sie nicht anders Ausdruck geben können. Kommunikationsprobleme. Ihre 'Botschaften' zu deuten und in ihrem Interesse zu reagieren, ist eine Aufgabe, die große Anforderungen an die BetreuerInnen stellt. Noch immer kommt es in akuten Situationen zu restriktiven Maßnahmen, oft ein Ausdruck von Hilflosigkeit unter den jeweils gegebenen Bedingungen.

Konsequenzen

Menschen mit geistiger Behinderung auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung? Ein Anfang ist gemacht. Die Aufbruchstimmung, die den Kongreß in Duisburg bestimmte, wird sich in der Praxis bewähren müssen. Konflikte sind vorprogrammiert. Wesentliche Voraussetzungen für eine Stärkung der Selbstbestimmungspotentiale dieses Personenkreises sind unter anderem:

- Nichtaussonderung
- autonomiefördernde Erziehung im Elternhaus
- emanzipatorische Erwachsenenbildung
- Selbsthilfegruppen
- differenzierte regionale Wohnangebote (von ambulant betreuten Wohnformen bis zu personalintensiven Wohngruppen)
- differenzierte regionale Arbeits- und Beschäftigungsangebote
- autonomiefördernde Strukturen in allen Lebensbereichen
- Veränderung des Selbstverständnisses von Betreuung
- Solidarität und Akzeptanz durch die Umwelt.

Aktuelle Tendenzen in der Gesellschaft stehen der Stärkung von Selbsthilfepotentialen von Menschen mit geistiger Behinderung eher entgegen: Die mit der Verknappung der Mittel im Sozialbereich zu erwartende und mancherorts schon eingetretene Verschlechterung der Lebensbedingungen, die zunehmende Behindertenfeindlichkeit und das wieder stärker werdende Kosten-Nutzen-Denken, das vor allem in Bezug auf mühsam erkämpfte Rechte für Menschen mit schwerer geistiger Behinderung wirksam wird, bis hin zum Infragestellen ihres Rechts auf Leben, sind gravierende Hindernisse auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung. Ohne Unterstützung durch ihre Umgebung und ohne Solidarität durch Menschen mit anderen Behinderungen läuft der begonnene Prozeß Gefahr, ins Stokken zu geraten.

MONIKA SEIFERT, BERLIN

Literaturauswahl:
BRADL, Chr.: Selbstbestimmung. Strukturelle Grenzen im Heim. Vortrag auf dem Duisburger Kongreß 'Ich weiß doch selbst, was ich will!' Veröffentlichung vorgesehen im Kongreß-Bericht, 1995.
HAHN, M. Th.: Selbstbestimmung im Leben, auch für Menschen mit geistiger Behinderung. In: Geistige Behinderung 33 (1994), 2, 81 - 94.
KNUST-POTTER, E.: 'We can change the future'. Self-Advocacy-Gruppen in Großbritannien. In: Geistige Behinderung 33 (1994), 4, 319 - 330.
NIEHOFF, U.: Wege zur Selbstbestimmung. In: Geistige Behinderung 33 (1994), 3, 186 - 187.
SEIFERT, M.: Autonomie als Prüfstein für Lebensqualität von Menschen mit schwerer geistiger Behinderung in Wohneinrichtungen. In: Th. Hofmann, B. Klingmüller (Hrsg.): Abhängigkeit und Autonomie. Neue Wege in der Geistigbehindertenpädagogik. Berlin: VWB 1994, 223 - 252.

„Die Doppelzimmer sind nicht mehr so gefragt. Einfach!“

Der Beirat zum Ausschuß Wohnen der Bundesvereinigung Lebenshilfe führte ein Gespräch zu den Möglichkeiten, Wünsche in Bezug auf das Wohnen zu verwirklichen.

In vielen englischsprachigen Ländern, aber auch z. B. in Holland, Schweden und Dänemark, haben sich Menschen mit geistiger Behinderung selbst in Gruppen zusammengeschlossen. In englischsprachigen Ländern nennen sie sich „People-First“-Gruppen (Zunächst einmal sind wir Menschen).
In Deutschland haben vor allem körperbehinderte Menschen zum Ausdruck gebracht, daß sie selbstbestimmt leben wollen, ohne Bevormundung durch Eltern, Ärzte, Pädagogen und Therapeuten.
Zeit für die Lebenshilfe, einmal darüber nachzudenken, was das alles für Menschen mit geistiger Behinderung in Deutschland bedeutet.
Höhepunkt dieser Entwicklungen war sicherlich der große Kongreß der Lebenshilfe „Ich weiß doch selbst was ich will! - Menschen mit geistiger Behinderung auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung“, in Duisburg im Herbst letzten Jahres.
Aber auch schon vorher wurde nach Wegen gesucht, miteinander zu sprechen und nicht nur übereinander!
Für die Bundesvereinigung Lebenshilfe sind in die Ausschüsse Wohnen und Arbeit Eltern, Fachleute, Wissenschaftler und Mitarbeiter der Bundesvereinigung berufen, um Pläne zu entwickeln, wie der Arbeitsbereich in Zukunft sein soll und welche Angebote es im Bereich Wohnen geben soll. Dort arbeiten aber nur nichtbehinderte Personen. Es wird also doch wieder *über* behinderte Menschen gesprochen.
Damit das nicht so bleibt, gibt es seit ca. zwei Jahren Beiräte von behinderten Personen zu diesen Ausschüssen. Hier treffen sich vor allem Mitarbeiter von Werkstätten und Bewohner von Wohnheimen oder Wohngruppen, um sich zunächst auszutauschen und zu erfahren, wie es an anderen Orten in Deutschland zugeht. Gemeinsam werden dann Wünsche und Forderungen entwickelt und aufgeschrieben. In gemeinsamen Sitzungen der Beiräte und Ausschüsse werden Gespräche geführt. Behinderte Menschen können hier selbst sagen, was sie wollen und ihre Forderungen und Interessen zum Ausdruck bringen.
So wurden z. B. Forderungen erhoben, aus einigen Mitwirkungsrechten in der Mustersatzung für Werkstatträte Mit*bestimmungs*rechte zu machen. Oder es wurde gefordert, daß bestimmte Regeln in einer WfB für alle Beschäftigten gelten: Z. B. Regelungen über das Rauchen, Pausen, gleiche sanitäre Einrichtungen. Diese Forderungen sind so aktuell, daß noch über kein abschließendes Ergebnis berichtet werden kann. Der Beirat Wohnen hat während des Kongresses in Duisburg selbst eine Arbeitsgruppe moderiert und nach dem Kongreß Ergänzungsvorschläge für die „Duisburger Erklärung“ gemacht (dort sind die wichtigsten Ergebnisse des Kongresses festgehalten).
Die Redaktion der *randschau* bat Mitarbeiter der Bundesvereinigung Lebenshilfe um Beiträge für diese Ausgabe. Wir entschlossen uns, ein Gespräch des Beirates Wohnen wiederzugeben.
Während der Sitzung am 1. und 2. Februar 1995 in Marburg haben wir uns dazu auf ein Rollenspiel eingelassen. Gespielt wurde eine Gesprächssituation zwischen einer Bewohnerin, einem Bewohner,

Wohnstättenleiter sowie der Mutter der Bewohnerin und dem Bruder des Bewohners.

Jörg und Annette wollen zusammenziehen. Drei Durchgänge haben ein jeweils vollkommen anderes Ergebnis gehabt.
Das erste Rollenspiel endete mit der Verabredung des zweiwöchigen Probewohnens. Wenn der Versuch scheitern sollte, so stünden die Wohnplätze weiter zur Verfügung. Das Gespräch war gekennzeichnet durch das Bemühen von allen, eine gute Lösung für das Anliegen von Jörg und Annette zu finden.
Das zweite Rollenspiel verlief nicht erwartungsgemäß. Die Mutter von Annette war entgegen der Regieanweisung für den Auszug der Tochter. Auch der Wohnstättenleiter sprach sich klar für das Vorhaben aus. Alle waren voll Harmonie für die Veränderung. Der Schauspielerin der Mutter fiel die Ablehnung der Wünsche ihrer Tochter Annette schwer, da sie selbst Umzugspläne schmiedet.
Beim dritten Rollenspiel wirkten zwei Begleiter der Beiratsmitglieder als Wohnstättenleiter und Mutter mit. Letztere ist nun strikt gegen den Auszug der Tochter und bleibt auch bei ihrer Meinung, obwohl eine große Zahl von Kompromißvorschlägen von Beiratsmitgliedern gemacht werden. „Meine Tochter ist behindert und eine Behinderte kann das doch nicht!" Oder „Wenn Du das machst, bist Du nicht mehr meine Tochter!" ...
Das Gespräch im Anschluß an die Rollenspiele nahm folgenden Verlauf:

Ulrich N.: „Meine Tochter ist doch behindert und eine Behinderte kann das nicht." Oder „Wenn Du das machst, bist Du nicht mehr meine Tochter!" ...Das ist ja ganz schön hart, das so zu sagen. Hat das schon mal jemand zu Ihnen gesagt?

Gisela P.: Ja, meine Mutter schon mal. Ich hatte damals einen Freund. Mit dem bin ich wieder auseinander, aber ich hatte mehrere Freunde. Da hat meine Mutter immer gesagt, die können nicht lesen und schreiben, was sagt denn die Umgebung dazu. Das mußt Du dann alles machen. Und wenn Du ein Kind kriegst von dem usw. Und als meine Mutter sterbenskrank war, mein Vater war schon vorher verstorben, habe ich ihr garnicht erzählt, daß ich einen Freund habe. Wir sind immer so zusammengekommen. In der Freizeitstätte haben wir was zusammen gemacht, Musik, Tanzen und so. Ich fand die Zeit gut. Und wenn ich mir das überlege, das sagen meine Betreuer auch immer, war meine Mutter nicht so, daß sie mich machen ließ und so. Sie wollte mich auch nicht ins Heim geben und so. Ich kam erst wie meine Eltern verstorben waren ins Heim.

Ulrich N.: Vorher haben Sie zu Hause gewohnt.

Gisela P.: Vorher habe ich zu Hause gewohnt. Ja.

Ulrich N.: Und Sie hätten lieber im Wohnheim gewohnt?

Gisela P.: Ja.

Ulrich N.: Warum?

Gisela P.: Ja, daß man selbständiger werden kann und so. Ich habe das Wohntraining zum erstenmal nicht geschafft, aber ich kann Wäsche sortieren, ich kann Essen kochen und so einiges kann ich doch so.

Annette L.: Ich habe vorher auch zu Hause bei meinen Eltern gewohnt. Ich kam dann mit Hannelore ins Gespräch. Es gab dann noch so eine Vorstellung und man wurde vorgestellt, ob da noch ein Zimmer frei war und alles. Und was ist, wenn mein Kind 18 ist? Wurde auch schon mal auf einer Versammlung gesagt. Wenn ein behindertes Kind 18 ist und weiß jetzt nicht, wo es untergebracht werden soll und alles.

Ulrich N.: Wollten Sie lieber auch ins Wohnheim ziehen oder wollten Sie lieber zu Hause wohnen bleiben?

Annette L.: Nee, zu Hause wollte ich nicht die ganze Zeit wohnen. Irgendwo in einem Wohnheim oder auch in einer Außenwohngruppe. Und jetzt wohne ich auch im Wohntraining seit einem Jahr und kann auch schon bügeln und Wäsche waschen und bißchen kochen und alles. Das lernen wir ja jetzt alles da.

Ulrich N.: Gefällt Ihnen das wie Sie jetzt wohnen? Wir haben ja in dem Rollenspiel gespielt, daß die zwei aus dem Wohnheim ausziehen wollten. Könnten Sie sich das vorstellen oder ist das ganz prima im Wohnheim?

Annette L.: Ich wohne ja nicht im Wohnheim, ich wohne ja im Wohntraining. Das ist ja wieder was anderes. Ich möchte auch später mal irgendwo anders wohnen.

Ulrich N.: Sie möchten in eine Wohnung ziehen?

Annette L.: Nein, eine Wohnung nicht gerade, lieber in einer Wohngemeinschaft. Aber erst wenn ich das alles richtig gelernt habe. In eine Wohnung, wo ein Betreuer mit aufpaßt, aber das ist jedem nach Geschmack und so. Aber versuchen möchte ich's bis dahin, daß ich vieles kann. Und selbständig werden möchte ich auch.

Ulrich N.: Bekommen Sie Unterstützung?

Annette L.: Ja, jetzt bekomme ich Unterstützung. Von Betreuern und von vielen und von meinen Eltern.

Ulrich N.: Die glauben alle, daß Sie das schaffen können und unterstützen Sie?

Annette L.: Ja, die glauben das, daß ich das eines Tages mal soweit gebracht habe.

Ulrich N.: Kennen Sie denn so eine Situation, wie wir sie im Rollenspiel gespielt haben? Kennen Sie die von sich selbst oder aus Ihrem Wohnheim, von den Eltern, von Kollegen? Zwei möchten ausziehen und es gibt Schwierigkeiten?

Gisela P.: Der Roland der zieht ja aus aus der Wohngruppe wo ich bin. Der hat auch Wohntraining gemacht. Ich hab das ja nicht geschafft. Ich bin auch froh in der Wohngruppe zu bleiben, weil da auch Betreuer sind, die mich mal bißchen unterstützen können, wenn ich mal was nicht so kann. Und der Roland der kann bißchen mehr, und der zieht jetzt in eine eigene Wohnung rein.

Ulrich N.: Also, daß es mal so richtig Stunk gegeben hat, so richtig Ärger, wie bei dem letzten Gespräch, weil Annette und Jörg ausziehen wollten und die Mutter hat einfach strikt gesagt „nee, kommt nicht in Frage": Sowas kennen Sie garnicht?


Foto: Kathrin L[…]sen, Bremen

Gisela P.: Nee, ich glaube, Rolands Mutter ist da sehr für, daß er eine eigene Wohnung hat.

Frank P.: Also, das ist schon ein Thema, das war auch bei uns ein Thema. Nicht der Umzug in eine Wohnung, sondern einfach nur der Umzug von einem Mann und einer Frau in ein Doppelzimmer. Die Mutter, die zu diesem Zeitpunkt auch die Betreuung hatte für ihre Tochter war strikt dagegen. Wir haben es hier im Rollenspiel verkürzt auf einen Gesprächstermin, aber das hat sich bei uns ein dreiviertel Jahr hingezogen. Diese ständigen Auseinandersetzungen mit den Positionen der verschiedenen Seiten: die müssen letztendlich immer in einem Kompromiß enden. Es ist nicht machbar oder nur ganz schwer machbar, daß eine Seite dann ihre Position voll durchsetzen kann. Und bei uns hat es gut ein dreiviertel Jahr gedauert, und es ist bis heute noch nicht ganz ausgestanden. Ich sehe immer vor mir was passiert, wenn's schief geht. Also ich sage mal, es wird ja immer ein höheres Maß angelegt wenn Behinderte zusammenziehen, weil von vornherein von der Umwelt ausgegangen wird, daß die Beziehung einfach Bestand haben muß. Obwohl es ja wirklich an der Tagesordnung ist, daß Beziehungen auseinandergehen. Das wird aber nicht als Normalität aufgefaßt bei Behinderten. Dann kommen die Besserwisser, die von vornherein schon gesagt haben, daß das nichts wird. Es liegt aber gar nicht an diesen täglichen Verrichtungen, sondern einfach nur, daß die zwei charakterlich dann doch nicht so zusammenpassen oder sie sich auseinandergelebt haben, ganz normal wie das bei anderen nichtbehinderten Menschen halt auch ist.

(...........)

Jochen R.: Ich möchte Sie auch mal was fragen. Eben das war ja eine Spielsituation in dem Rollenspiel. Aber wenn sich jetzt alle mal vorstellen würden, sie wären wirklich in der Situation, Sie wollen mit einem Freund, einer Freundin zusammenziehen. Wen würden oder müßten Sie denn dann fragen wenn Sie das vorhätten?

Uwe G.: Ja die Betreuer wären das. Wenn ich mit meiner Verlobten zusammen eine Wohnung nehmen wollte.

Gisela P.: Wenn ich einen Freund hätte, dann würde ich das dem Betreuer auch sagen oder auch meiner Tante. Ich hab das damals, Christoph hieß der, auch meiner Tante erzählt, weil das so kam und dann hat meine Tante gesagt, ihr könnt zusammen Freundschaften machen. Meine Tante ist jetzt 80, aber ich nehme an, einer der nicht so direkt damit verwandt ist, der sieht das irgendwie anders als die Eltern und so, finde ich. Ich habe einen sehr guten Kontakt zu meiner Tante und so. Wenn das mal wieder kommt, daß ich mal wieder einen Freund habe und so, dann würde ich das auch meiner Tante erzählen und meinen Betreuern dann.



Foto: Kathrin Lehusen, Bremen

(..........)

Hannelore L.: Also, ich habe ja auch einen behinderten Sohn. Und der will sich jetzt verloben und der möchte jetzt mit seiner Freundin zusammenziehen.

Ulrich N.: Ach, wie das Rollenspiel.

Marko K.: Darf ich da jetzt mal was zu sagen? Sie haben ja in dem Rollenspiel das abgelehnt.

Hannelore L.: Ja, ich habe da sicher eine Rolle gespielt, die ich vielleicht nicht bin oder so.

Marko K.: Wie sieht es denn bei Dir zu Hause aus?

Hannelore L.: Ja, das wollte ich gerade erzählen. Also ich habe einen Sohn und der ist 24 Jahre alt. Er ist körperlich und geistig behindert und möchte sich verloben und möchte mit seiner Freundin zusammenziehen. Seine Freundin wohnt auch noch zu Hause. Ich kenne die Freundin und es ist eigentlich alles in Ordnung, bloß, die sehen sich ziemlich selten. Da habe ich als Mutter meine Bedenken. Sie sind ja eigentlich so viel garnicht zusammen, daß sie sich richtig kennenlernen könnten. Ich denke, da ist man im Wohnheim im Vorteil. Da kann man sich viel intensiver kennenlernen und so geht doch jeder seine Wege. Und wenn sie sich mal im Sommer am Strand treffen, dann sitzt einer auf der Bank und der andere sitzt auf der anderen Bank. Und dann hat man als Mutter den Eindruck, so toll kann das mit dieser Beziehung nicht sein. Und diese Verlobung, was soll das eigentlich?

Klaus K..: Normalerweise hat man sich dann so im Arm und streichelt sich und sitzt ganz eng nebeneinander.

Hannelore L.: Ja, das denke ich auch. Aber das ist einfach nicht so. Die Leute, die jetzt noch zu Hause wohnen und auf die Eltern angewiesen sind, haben vielleicht den Wunsch auszuziehen. Die Eltern geben ihr Okay. Sie finden aber keinen Platz um in ein Wohnheim zu gehen, um diese Partnerschaft auch mal zu üben und zu lernen. Da sehe ich eine ganz große Schwierigkeit, daß einfach diese Möglichkeit nicht da ist. In unserem Wohnheim gibt's kein Probewohnen oder so.

Klaus K.: Nicht nur in Ihrem. Das ist ein Problem, das in vielen Wohnheimen herrscht.

Hannelore L.: Wir möchten's gerne, aber es geht einfach nicht.

Gisela P.: Bei uns gibt's auch kein Probewohnen.

Hannelore L.: Die Schranken sind eigentlich ziemlich hoch auch für diese Leute.

Ulrich N.: Warum geht das nicht?

Hannelore L.: Das Wohnheim ist voll und da gibt's ne lange Warteliste und die Wünsche der Behinderten selber werden also in der Regel kaum akzeptiert. Es wird einfach so entschieden, wo gibt's ne Notsituation, wo müssen wir als erstes ein Platz zur Verfügung stellen. Und wenn der Wunsch des Betreffenden da ist, dann wird vom Kostenträger gesagt, da kann man ja noch warten, das Elternhaus ist ja in Ordnung und da gibt's ja keine weiteren Probleme.

Klaus K.: Teilweise kommen auch bauliche Schwierigkeiten hinzu, daß eben die Einzelzimmer, so sie überhaupt vorhanden sind, dann zu klein sind, und so gerade der Bauverordnung entsprechen. Wenn dann jemand seine Freundin bei sich haben will, dann muß eine Wand durchgeschlagen werden. Dann gibt's Probleme, das macht nicht jeder Träger mit.


Foto: Kathrin Lehusen, Bremen

Marko K.: Herr K., warum bauen sie denn nicht gleich aus, wenn sie das wissen. Oder sind da doofe Leute bei, die das nicht wissen.

Klaus K.: Man sollte so bauen, daß man auch zusammenziehen kann wenn Bedarf da ist.

Marko K.: Oder wohnen die nicht zusammen, denken die nicht nach, wenn zwei Leute zusammensind, ist ja egal, ob das ein Rollstuhlfahrer ist mit einer normalen Dame, die dann zusammenziehen wollen? Denkt die Lebenshilfe da drüber nicht nach?

Klaus K.: Ja, klar denkt die Lebenshilfe darüber nach. Es gibt unterschiedliche Lösungen.

Gisela P.: Bei uns ist das so. In der Nähe vom Hauptbahnhof da gibt es auch so Pärchenwohnungen. Wenn da so Pärchen sind, verlobt und so, dann können die da wohnen. Ich weiß nicht, wie das so aussieht, ob die zusammen ein Zimmer haben oder ob die getrennt, das weiß ich nicht so genau. Ich weiß nur, daß dort Pärchen wohnen können.

Ulrich N.: Es ist ja jetzt ein neuer Gedanke, den Frau L. gesagt hat. Und jetzt kommen Sie darauf, daß es bei Ihnen auch so ist, daß es nicht nur an den Eltern oder an Betreuern liegt, sondern daß einfach manchmal nicht genug Wohnungen da sind,...

Marko K.: An den Fehlplanungen der Lebenshilfe liegt das.

Ulrich N.: ... Fehlplanungen der Lebenshilfe oder, daß Wünsche deswegen nicht erfüllt werden können, weil es nicht genug Wohnplätze gibt. Dies ist ein wichtiger Punkt, das hier mal zu sagen.

Marko K.: Das ist wichtig, daß keine Doppelzimmer mehr gemacht werden, daß große Einzelzimmer gemacht werden. Wo dann, wenn Streit ist, derjenige in sein Zimmer rüber gehen kann.

Frank P.: Aber das ist nicht das Problem unbedingt nur der Lebenshilfe, das ist nämlich das Problem für den Geldgeber, von dem Du gestern schon mal gesprochen hast. Da gibt's nämlich ein Gesetz und in dem Gesetz steht drin, wie groß Zimmer zu sein haben. Und da steht drin, für ein Einzelzimmer, etwa 13 Quadratmeter. Da darf man eben nur in dieser Größe bauen. Da kann ich also nicht 20 daraus machen, denn dann wird's schon wieder ein Doppelzimmer. Dann sagt der Geldgeber, gut, wenn das so groß ist, dann können auch zwei reinziehen und nicht bloß einer.

Marko K.: Ich will das ja so sagen. Eine kleine Wohnmöglichkeit, wo sich dann jeder zurückzieht, wenn Ehestreit ist. Wichtig ist, daß sich die Lebenshilfe auch mal was anderes überlegen muß. Die Doppelzimmer die sind nicht mehr so gefragt. Einfach!

Frank P.: Das ist richtig.

Marko K.: Aber die Lebenshilfe überlegt halt garnicht mal. Die bauen nur die Doppelzimmer.

Gisela P.: Nee, wir haben auch Einzelzimmer.

Jochen R.: Es ist ja so, daß das hier auch eine Möglichkeit ist, das auszusprechen, zu kritisieren und auch zu überlegen, was sich ändern muß. Deswegen sitzen wir hier.

Marko K.: Nächstesmal müßte dann die Bauplanung dabei sein. Die Bauplanung, die das baut.

Klaus K.: Sie erinnern sich sicher an die erste Sitzung, die wir hatten. Da haben wir ganz ausführlich, darüber gesprochen, weil das von Ihrer Seite aus das Hauptanliegen ist. Und immer wieder kommen Sie auf das Thema Einzelzimmer, zuviele Doppelzimmer. Das ist auch richtig. Das ist ein ganz wichtiges Problem.

Marko K.: Und da möchte ich halt, daß bei der nächsten Sitzung, daß da Leute sind, die die Bauplanung machen, und die das Geld dafür geben.

Klaus K.: Sie haben Recht. Aber das, was vorhin der Herr N. gesagt hat, ist ja auch wichtig, daß es überhaupt noch viel zu wenig Plätze gibt für Wohngemeinschaften oder in Paarwohnungen oder in kleinen Gruppen. Viele, viele haben Wartelisten. Eine Liste, wo viele Leute drauf stehen, die gerne in das Wohnheim oder in die Wohngemeinschaft reinmöchten. Sie können aber nicht, es gibt keine Plätze.

Frank P.: ...die vielleicht noch bei den Eltern wohnen und dort bevormundet werden und gerne in eine Wohnstätte möchten, so, wie jemand anderes, der 18 Jahre alt ist, sich eine Freundin sucht und einfach auszieht, wenn er eine Wohnung findet. Es gibt eben keine Plätze. Nicht einmal Doppelzimmer, wo sie hinziehen können, weil eben alles belegt ist. Es muß neu gebaut werden, und dafür muß auch Geld da sein!

Das Gespräch wurde moderiert von Ulrich Niehoff, Fachgebietsleiter in der Bundesvereinigung Lebenshilfe. Es wurde von der Redaktion gekürzt.

ANZEIGEN

Vorschläge für Gleichstellungsvorschriften

Nachdem die Ergänzung des Grundgesetzes um ein Benachteiligungsverbot zugunsten Behinderter (Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG) von diesen selbst und ihren Organisationen durch beharrliche politische Arbeit und Aktionen erstritten werden konnte (vgl. hierzu die randschau Nr. 4/1992, S. 4 - 17), gilt es nun, dieses Diskriminierungsverbot auf einfachgesetzlicher Ebene auszuformen und zu konkretisieren. Das Forum behinderter Juristinnen und Juristen hat einige Vorschläge hierzu erarbeitet. Diese wurden nun zusammengefaßt und in einer 27-seitigen Broschüre mit dem Titel „Vorschläge für Gleichstellungsvorschriften" veröffentlicht. Sie enthält mit Einzelbegründungen versehene Formulierungsvorschläge für Gesetzesänderungen oder -ergänzungen auf verschiedenen Rechtsgebieten.



Einen Schwerpunkt bilden Vorschläge für allgemeine Gleichstellungsregelungen (S. 2 bis 5). Hierbei wird versucht, den dreistufig aufgebauten Behindertenbegriff der Weltgesundheitsorganisation (impairment, disability, handicap) in das deutsche Rechtssystem aufzunehmen und weiterzuentwickeln, wobei die Begriffe Schädigung, Beeinträchtigung, Behinderung und Diskriminierung verwendet werden. Diese Bestimmungen könnten in einem Antidiskriminierungs- oder Gleichstellungsgesetz Aufnahme finden. Denkbar ist jedoch auch ihre Eingliederung in das von der Bundesregierung angestrebte Sozialgesetzbuch Neuntes Buch - Rehabilitation und Eingliederung Behinderter - (SBG IX), zu dem bereits ein Referentenentwurf (Stand November 1993) aus dem zuständigen Bundesministerium vorliegt. Die in der Broschüre enthaltenen allgemeinen Gleichstellungsvorschriften orientieren sich daher an diesem Entwurf und schlagen Änderungen und Ergänzungen vor.

Auch die weiteren Vorschläge für einzelne Gleichstellungsregelungen (S. 5 bis 22) orientieren sich teilweise an dem Referentenentwurf zum SGB IX. Unter diesem Gliederungspunkt werden die Bereiche öffentlicher Personenverkehr, Gleichstellung im Arbeitsleben, Rechte behinderter Frauen im Arbeitsleben und in der Rehabilitation, sonstiges Rehabilitationsrecht und Zivilrecht näher behandelt. Die Vorschläge zum öffentlichen Personenverkehr befassen sich vor allem mit der Verpflichtung der Beförderer zur Anschaffung von Beförderungsmitteln, die auch für Behinderte benutzbar sind. Zur Gleichstellung im Arbeitsleben werden Vorschläge zu einer Erhöhung der Ausgleichsabgabe bei Nichterfüllung der Beschäftigungsquote für Behinderte sowie zu einer Gleichstellung der Beschäftigten in Werkstätten für Behinderte mit Arbeitnehmern unterbreitet. Zur Stärkung der Rechte behinderter Frauen im Arbeitsleben und in der Rehabilitation werden u.a. Verbesserungen der Rahmenbedingungen - etwa zur Kinderbetreuung - und zur Einführung einer flexiblen Frauenquote vorgeschlagen. Die letzgenannten Vorschläge sind inspiriert durch die von Theresia Degener verfaßte Schrift „Behinderte Frauen in der beruflichen Rehabilitation", erschienen 1994 als Band 3 der bifos-Schriftenreihe zum selbstbestimmten Leben Behinderter. Zum sonstigen Rehabilitationsrecht sind Verbesserungen zur Hilfe bei der Kommunikation von sinnesgeschädigten Menschen und die einkommens- und vermögensunabhängige Gewährung der Leistungen der Eingliederungshilfe vorgesehen. Die Vorschläge zum Zivilrecht beziehen sich auf so unterschiedliche Gebiete wie das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und das Betreuungsrecht.

Da für die Verwirklichung der Gleichstellungsansprüche die Wahrnehmung individueller Klage- und sonstiger Verfahrensrechte nicht ausreichen, finden sich auch Vorschläge zur Durchsetzung von Diskriminierungsverbote durch Vereine und Verbände (S. 22 bis 24). Hierbei werden Ergänzungen der Zivilprozeßordnung, der Verwaltungsgerichtsordnung und des Sozialgereichtsgesetzes angestrebt. Anschließend finden sich einige Vorschläge zur Korrektur unmittelbar diskriminierender gesetzlicher Bestimmungen (S. 24 bis 25).

Die in der Broschüre enthaltenen Vorschläge erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. So werden die nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes in den Zuständigkeitsbereich der Bundesländer fallenden Rechtsgebiete ausgeklammert, weil hierfür eine Auseinandersetzung mit den rechtlichen Gegebenheiten in jedem einzelnen Bundesland erforderlich wäre. Deshalb fehlen Vorschläge für so wichtige Gebiete wie das Schul- und Hochschulrecht sowie das Bauordnungsrecht. Aber auch auf der Ebene der Bundesgesetzgebung lassen sich sicherlich weitere Bereiche finden, in denen ebenfalls die Einführung diskriminierungsverhindernder oder -beseitigender Vorschriften notwendig oder zumindest wünschenswert ist. Deshalb bilden Hinweise auf notwendige weitere Gleichstellungsvorschriften (S. 25 bis 27) den Abschluß der Broschüre.

Das Forum behinderter Juristinnen und Juristen will seine Vorschläge nicht als „Endergebnis" einer Diskussion verstanden wissen, sondern hiermit die Debatte über Antidiskriminierungsvorschriften auf Gesetzesebene erst anstoßen und vorantreiben. Ergänzungsvorschläge und Kritikpunkte sind daher ebenso erwünscht wie zustimmende Äußerungen. Diese werden erbeten an die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland e.V., Werner-Hilpert-Straße 8, 34117 Kassel. Dort kann die Broschüre auch angefordert werden. Als Beitrag zu den Erstellungskosten sowie für Porto und Verpackung muß eine Kostenbeteiligung von 10,00 DM (Schein, Scheck, Briefmarken) erhoben werden.

GUNTHER JÜRGENS, KASSEL

EINMISCHUNG - raushalten!

Wer selbstbestimmtes Leben behindert, verletzt die Würde

Eine Fotoausstellung zum Thema „Gewalt in der Pflege“

Vor zwei Jahren rief 'Der Paritätische' die Kampagne „Gemeinsam Handeln gegen Gewalt“ ins Leben. Ziel war es, Mitgliedsorganisationen möglichst bereichsübergeifend zur Zusammenarbeit gegen die zunehmende Gewalt innerhalb der Gesellschaft anzuregen, um damit im großen Rahmen Menschen anzusprechen und so etwas zu bewegen.

Für den Themenbereich „Gewalt gegen Behinderte“ haben wir uns vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben, Köln und dem Verein zur Assistenz von Behinderten, Pulheim zusammengefunden und versucht, gemeinsame Berührungspunkte beider Vereine mit dem Thema Gewalt zu finden. In den ersten Monaten fand eine sehr intensive Auseinandersetzung mit unserer Situation als behinderte Menschen, mit unseren Erfahrungen und der von uns erlebten Gewalt statt. Entschieden haben wir uns für das Thema „Gewalt in der Pflege“, da sich schnell herausstellte, daß dieser Bereich für sehr viele Aspekte von Gewalt steht, die auf unterschiedlichen Ebenen ablaufen.

Um sowohl auf die verschiedenen Aspekte von Gewaltausprägungen in der Pflege hinzuweisen, Entscheidungsträger, Pflegende als auch betroffene pflegeabhängige Menschen für dieses Tabuthema zu sensibilisieren, haben wir uns für die Darstellung in einer Fotoausstellung entschieden. Aus der Vielzahl von Lebenssituationen wählten wir verschiedene Gewalterfahrungen für eine Umsetzung in Bild und Text: Pflege im Heim, Pflege in der Familie, Pflege von Frauen durch Männer, Umgang mit Behörden und der häufige Wechsel der Pflegepersonen. Die Ausstellung soll Problembewußtsein wecken und Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und in Wohlfahrtsverbänden auf die Probleme innerhalb gegenwärtiger Pflegestrukturen aufmerksam machen. Nicht zuletzt wollen wir all denen, die sich oder einen Teil ihrer Geschichte in der Fotoausstellung wiederfinden, Mut machen, eigene Gewalterfahrungen nicht als unabänderliches Schicksal hinzunehmen.

Martina, 19:

5 Uhr aufstehen.
16 Uhr
ins Bett.
Tag für Tag.

Martinas Tag wird von der Organisationsstruktur ihres Pflegeheims diktiert: Ihre Bedürfnisse werden kaum berücksichtigt. Dafür fehlt das Personal.

Das heißt, keine Chance auf Zuwendung, Individualität, Privatsphäre, Freunde und Familie, denn Martina kann selten frei entscheiden.

Martina: „Ich will nicht fremdbestimmt werden.
Ich will mein Leben selber gestalten!“

Einmischung
raushalten!
Wer selbstbestimmtes Leben behindert, verletzt die Würde!

In der Eröffnungsrede der Fotoausstellung am 23.11.94 machte Anita Grießer vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben, Köln, deutlich, was der Begriff der Pflege für uns betroffene, pflegeabhängige Menschen bedeutet: „In unserem Verständnis bedeutet Pflege, auf die Hilfe anderer angewiesen zu sein, die von einzelnen Handgriffen bis hin zu einer umfassenden 24-stündigen Assistenz reichen kann. Immer bedeutet sie, eigene Einschränkungen bei der Sicherstellung existentieller Bedürfnisse des eigenen Wohlbefindens auszugleichen.“

Traditionelle Pflegemodelle beinhalten ungleiche Machtverhältnisse, die die Entstehung von Gewaltausübung begünstigen. Nicht selten werden pflegeabhängige behinderte und alte Menschen zum Objekt nichtbehinderter „Experten“ degradiert. Finanzielle, organisatorische und personelle Bedingungen der Pflegesituation fördern Abhängigkeit und schaffen die Grundlage für Gewalt.

Unsere Fotoausstellung wurde im Bezirksamt Köln 1 in großem Rahmen eröffnet. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende des Paritätischen NRW, Gisela Heidecke, und einigen erklärenden Worten zur Kampagne durch Arif Ünal vom Landesverband des Paritätischen, unter-

strich der Oberbürgermeister von Köln, Norbert Burger, die Bedeutung der Ausstellung: „Sich engagieren und Zeichen setzen heißt: Sich einmischen, sich eben nicht raushalten. Eine moderne, aufgeschlossene Gesellschaft muß deutlich machen, daß sie Diskriminierung, Mißachtung und Ausgrenzung von Behinderten nicht duldet; und sie muß gegen jegliche Form von Gewalt gegen Behinderte - aber auch gegen andere Mitglieder der Gesellschaft - mobil machen."

Die Fotoausstellung umfaßt sechs Bilder in einer Größe von 1m x 2m mit dazugehörigen Texttafeln. Sie sind auf einem juteähnlichen Stoff aufgedruckt, der in einem Metallgestell hängt. Schon durch diese Art der Darstellung zog die Ausstellung Aufmerksamkeit auf sich. Insbesondere die Kombination von Bild, das jeweils einen behinderten Menschen zeigt, und Text, der die Situation dieser fiktiven Person beschreibt, die Konsequenzen deutlich macht und den Gewaltaspekt klar vor Augen führt, hinterließ bei allen BetrachterInnen großen Eindruck. Auf einer siebten Texttafel gehen wir auf das Assistenzmodell ein, das unserer Meinung nach für pflegeabhängige Menschen eine reelle Möglichkeit bietet, die größtmögliche Selbstbestimmung zu leben und somit die unterschiedliche Abhängigkeits- und Machtstruktur so gut wie möglich auszugleichen.

Nachdem die Fotoausstellung vier Wochen lang im Kölner Bezirksamt zu sehen war, steht sie nun anderen Vereinen, Organisationen oder Interessierten zur Verfügung. Sie wurde als Wanderausstellung konzipiert und kann bei uns entliehen werden. Natürlich sollte sie eine thematische Anbindung an das Thema Behinderung, Gewalt, Pflege, etc. haben. Die Konditionen können im Zentrum für selbstbestimmtes Leben, Köln, erfragt werden. Die ersten Anfragen sind schon bei uns eingegangen, und wir hoffen, unsere Bilder noch vielen Menschen nahebringen zu können. Wir wünschen der Ausstellung viele Besucherinnen und Besucher, damit sich möglichst viele Menschen einmischen, wenn es um die Belange von Menschen mit Behinderungen geht. In diesem Sinne freuen wir uns über alle interessierten Zuschriften!

SILKE REHFELD, KÖLN

KONTAKTADRESSEN FÜR DIE AUSSTELLUNG

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Köln
Allgemeine Beratung
Jakobstraße 22
50678 Köln

Assistenzberatung
Pohlmannstraße 13
50735 Köln

Selbstbestimmt Leben Initiativen in der BRD

Aktion Autonom Leben, Eulenstr. 74, 22763 Hamburg 50, Tel. 040 / 39 25 55, Fax: 040 / 39 07 078

Arbeitsgemeinschaft für selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen ASL, c/o Birgit Stenger, Naunynstr. 38, 10999 Berlin, Tel. 030/ 6142106

Berliner Zentrum für selbstbestimmtes Leben, Marienburger Str. 32A, 10405 Berlin, Tel. 030/4428031, Fax: 030/4428344

Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmtes Behinderter-bifos, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561/713387, Fax: 713132

Förderfonds zum selbstbestimmten Leben Behinderter, Luitpoldstr. 74c, 91052 Erlangen, Tel. 09131/204898, Fax: 09131/205225

Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum für behinderte Frauen - BiBeZ, Maaßstr. 37, 69123 Heidelberg, Tel. 06221/830346

Hohenloher IG selbstbestimmtes Leben, c/o Ingeborg Wiemer, Südstraße 16, 74238 Krautheim, Tel. Tel. 0 62 94 / 336

Initiative Selbstbestimmt Leben Dresden, c/o Theresia Degener, Thomas-Müntzer-Platz 4, 01307 Dresden, Tel. 035144/23950, Fax: 035144/23950

Institut für systemische Beratung Behinderter e.V., Lothar Sandfort, Nemitzer Straße 16, 29494 Trebel, Tel. 05848/1368, Fax: 05848/1371

ISL e. V. Bundesgeschäftsstelle, Luitpoldstr. 74c, 91052 Erlangen, Tel. 09131/ 204898, Fax: 09131/205225

ISL-Büro Kassel, Werner-Hilpert-Str. 8, 34117 Kassel, Tel. 0561/713811, Fax: 09131/713132

Phönix e.V. „Vorsicht Behinderung!", Glockengasse 14, 93047 Regensburg, Tel. 09 41 / 56 09 38, Fax: 09 41 / 561422

SelbstBestimmt Leben Bremen, Ostertorsteinweg 98, 28203 Bremen, Tel. 0421 / 70 44 09

Selbstbestimmter Ambulanter Dienst, Hans-Joachim Harig, Davenstedter Markt 29, 30455 Hannover, Tel. 0511/499642, Fax: 0511/499193

Verbund behinderter Arbeitgeber/innen, Barlachstraße 28/314, 80804 München, Tel. 089/308 11 68

Verein zur Assistenz Behinderter Pulheim, Birgit Nabben, Kiebitzweg 13, 50354 Hürth, Tel. 02233/75433

Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter - fab e.V., Kurt-Schumacher-Str. 2, 34117 Kassel, Tel. 0561/779755, Fax: 0561/713132

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter e. V. Erlangen, Luitpoldstr. 42, 91052 Erlangen, Tel. 0 91 31/20 53 13, Fax: 0 91 31/20 45 72

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter Jena e. V., E.-Schneller-Str. 10, 07747 Jena, Tel. 03641/331375, Fax: 03641/331375

Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen Mainz, Am Zollhafen 8, 55118 Mainz, Tel. 06131/618671, Fax: 06131/618672

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Frankfurt/Main - ZsL FfM, c/o Harald Reutershahn, Kiesstr. 28, 60486 Frankfurt, Tel. 069/7071646

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Hannover, c/o Bernd Dörr, Wegenerstr. 9, 30175 Hannover, Tel. 0511/1682890

Zentrum für Selbstbestimmtes Leben Köln, Jakobstr. 22, 50678 Köln, Tel. 0221 / 32 22 90, Fax: 0221 / 32 14 69

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Nürnberg, c/o Gaby Eder, Dennerstr. 6, 90429 Nürnberg 80, Tel. 09 11 / 26 48 74

In dieser Liste sind, laut Auskunft von ISL e.V., alle derzeit bestehenden SL-Initiativen in der BRD - vollständig - verzeichnet.

PFLEGEVER - UN - SICHERUNG

Die Umstellung auf die Pflegeversicherung beschäftigt viele Gemüter, auch oder gerade weil die Information spärlich, die Unsicherheit dafür umso größer ist. Die Möglichkeiten, den Alltag und notwendige Pflege/Assistenz selbst zu bestimmen und zu gestalten, werden gerade im Rahmen der Pflegeversicherung rigoros eingeschränkt. Da rügt ein leitender Ministerialbeamter des Bundesarbeitsministeriums, Ministerialrat Karl Jung, in einem Brief vom 29. Dezember 1994 den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, es seien zu viele Pflegebedürftige, nämlich 21,9 %, in die höchste Stufe (Stufe III) eingruppiert und zu wenige Antragsteller, 11 %, abgelehnt worden. Das kann Jung nicht verstehen: Er könne sich nicht vorstellen, daß bei sachgerechter Anwendung der Pflegerichtlinien „derartige Ergebnisse zustande kommen." In den nachfolgenden rund 45000 Gutachten nahm man sich die Klage Jungs offenbar zu Herzen. Nur noch 14,9 % erhielten die Stufe III, 19 % dagegen wurden abgelehnt (Junge Welt, 2.2.95).

Wie ist der gegenwärtige Stand der Dinge einzuschätzen? Welche Auswirkungen hat die Pflegeversicherung auf die Sozialhilfe? Darüber sprach Ursula Aurien in Berlin mit Jutta Rütter von Ambulante Dienste und Uschi Marquardt vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben sowie in Kassel mit dem Richter Andreas Jürgens. Ein Stimmungsbild, aber auch ein Appell an alle, die noch nicht völlig demotiviert sind: Laßt Euch nicht einschüchtern. Schon jetzt ist klar: Die Pflegeversicherung darf nicht so bleiben, wie sie ist.

Max Hölzl und Johanna Gerum aus München reichten am 9. Februar beim Deutschen Bundestag eine Petition ein, worin sie fordern, behinderte Menschen als ArbeitsgeberInnen anzuerkennen und die Pflegeversicherung entsprechend zu ändern. Die Petition (mit Unterschriftenliste) kann bei der randschau angefordert werden (Bitte einen adressierten, mit 1,- frankierten Rückumschlag schikken).

„Pflegerelevant ist das, was für satt und sauber nötig ist."

Interview mit Jutta Rütter, Ambulante Dienste Berlin und Uschi Marquardt, Berliner Zentrum für selbstbestimmtes Leben

Welche Leute kommen zu Euch, welche Fragestellungen ergeben sich dabei, welche Probleme?

Jutta: Es gibt in Berlin ein sehr umfangreiches Netz von Sozialstationen. Die arbeiten etwa 4 bis 5 Stunden täglich, und zwischen 18 und 20 Uhr ist meistens Feierabend. Wir arbeiten ab fünf Stunden täglich, demzufolge unterstützen wir in erster Linie Leute, bei denen es nicht um pauschalierte Geldleistungen geht, sondern es gibt schon Pflegegelder, Hauspflege. Wir werden darum sehr viel mit gegenseitiger Abgrenzung zwischen der Pflegeversicherung, ergänzenden Sozialamtsleistungen und dem Berliner Pflegegeldgesetz zu tun haben.

Ihr fangt da an, wo die Sozialstationen aufhören?

Jutta: Ja.

Und ihr beratet die Leute, die Kunden bei AD sind?

Jutta: Wenn ein anderer anruft und Fragen hat, sagen wir nicht, das machen wir nicht, aber wir haben damit die meisten Erfahrungen. Und wir sind auch gut ausgelastet.

Wieviel Leute sind z.Zt. Kunden bei AD?

Jutta: Etwa Hundert. Aber, da kommen wir zum ersten Problem, nur in den Westbezirken, Es ist noch strittig, ob wir in den Ostbezirken arbeiten würden, weil wir auch nicht immer größer werden wollen.

Wie sieht es im ZSL aus?

Uschi: Zu uns ins Zentrum kommen Leute mit den verschiedensten Anliegen. Was die Leute angeht, die sich über ihre Pflegehilfen informieren: Das sind Behinderte aus dem Ostteil der Stadt - unser Zentrum ist auch im Ostteil der Stadt - die oft ganz schlechte Erfahrungen mit Sozialstationen haben und die eine Alternative für sich suchen. Diese Leute fragen nach Möglichkeiten, mehr Selbstbestimmung leben zu können. Mit einer Sozialstation ist das nicht möglich. Manchen Leuten wird gesagt: Wir können maximal fünf Stunden abdecken, also wir holen Euch aus dem Bett, bringen Euch abends wieder rein, und mittags kommt nochmal jemand eine Stunde, um ausruhen zu können oder zur Toilette zu gehen, und meistens müssen die Leute zu einer Zeit ins Bett, die nicht zu akzeptieren ist, zwischen 17 und 20 Uhr.

Ihr macht Beratung.

Uschi: Wir organisieren keine Einsätze. Wir beraten, was machbar ist und klären auf über die Gesetzmäßigkeiten und empfehlen in der Regel an Ambulante Dienste weiter. Die meisten brauchen auch nachts jemanden, und das ist dann ganz kritisch. Oder aber wir erzählen ihnen von Leuten, die bei ASL sind (vgl. den Artikel in diesem Heft, d.Red.); die versuchen wollen, das Arbeitgebermodell zu reali-

sieren, was allerdings schwierig ist. Und die haben auch niemanden zu vermitteln. Die können auch nur erzählen und ihre Vorstellungen weitergeben. Meine Erfahrung ist, daß die Leute, die wir zu AD vermittelt haben, so versorgt wurden, daß sie damit gut zurecht kommen. Sie müssen aber in den Westteil ziehen. Das ist etwas, womit viele erst einmal Probleme hatten.

Es gibt also zwischen ZSL und AD gemeinsame Interessen und Bedürfnisse, aber immer noch recht unterschiedliche Strukturen.

Jutta: Ja - und einen guten Austausch.

Berlin hat ja im Verhältnis zu den meisten anderen Bundesländern eine Ausnahmeregelung insofern, daß bis März 95 ein eigenständiges und zwar einkommenunhabhängiges Pflegegeldgesetz gilt. Mit Beginn der Pflegeversicherung zum 1. April 95 wird es in seiner Substanz nahezu ersatzlos wegfallen. Was bedeutet das für Ambulante Dienste und für das ZSL in der Beratung und für die Leute, die zu Euch kommen?

Uschi: Es gibt ab 1. April nur noch den sogenannten Bestandsschutz für die Leute, die schon Geld nach dem Berliner Pflegegeldgesetz erhalten. Ich will's mal an meinem Beispiel sagen: Ich bekomme die Stufe VI Berliner Pflegegeld (die höchste Stufe, d. Red.), das sind 1.613 DM, und wenn ich nachher die Stufe III der Pflegeversicherung habe - sollte ich sie kriegen - dann wird das Geld aus der Pflegeversicherung auf das Berliner Pflegegeld nach dem Pflegegeldgesetz angerechnet. Der Rest kommt aus dem Berliner Pflegegeld.

Das ist die Differenz zu dem, was Du bisher bekommen hast. Das gilt aber nur für die Leute, die bis zum 31. März 95 das Berliner Pflegegeld erhalten.

Uschi: Die Leute, die einen Anspruch nach dem Berliner Pflegegeldgesetz haben, aber nicht nach der Pflegeversicherung, für die läuft es weiter. Ansonsten fällt es weg, außer für Blinde, stark Sehbehinderte und Hörbehinderte, für die gibt es neue Regelungen.

Welche Probleme und welche Fragestellungen stellen sich in der Beratung für Euch?

Uschi: Die meisten Fragen sind: * Hab ich überhaupt einen Anspruch auf Gelder aus der Pflegeversicherung? Wenn ja, wie hoch wird diese Leistung sein? * Welche Kriterien muß ich erfüllen, um überhaupt in die Stufe I der Pflegeversicherung zu kommen? Außerdem: Wer bis jetzt Pflegegeld als Bargeldleistung bezieht - geht das weiter? Oder muß der die Sachleistung nehmen? Ich erhalte z.B. einen Bargeldbetrag. Werde ich weiter Bargeld kriegen, wenn das Geld aus der Pflegeversicherung nicht reicht, oder werde ich wegen der Sozialhilfe gezwungen sein, die Sachleistung in Anspruch zu nehmen? Ich könnte nicht mehr allein entscheiden, wie meine Hilfe organisiert wird.

Du kannst dir Deine Aussistenz nicht mehr selbst aussuchen?

Uschi: Ich muß dann zu einem professionellen Anbieter gehen. Für mich ist es im Moment unwichtig, ob es AD oder eine Sozialstation wäre, bis jetzt hab ich es vollkommen selbständig geregelt. Das wird nicht mehr möglich sein.

Jutta: Auch andersrum. Die Kontrolle, die wir (Ambulante Dienste) ausüben, können wir uns noch viel weniger aussuchen. Wir haben immer damit geworben, daß wir gesagt haben, Behinderte und HelferInnen suchen sich gegenseitig aus, aber wenn wir die Sachleistung abrechnen *müssen*, dann werden wir in einer ganz bestimmten Art und Weise kontrolliert. Das geht soweit, daß wir jede einzelne Leistung auflisten müssen. Die wird ausgepunktet, also Zähneputzen fünf Punkte, auf's Klo gehen 10 Punkte

Was heißt ausgepunktet?

Jutta: Die werden sozusagen nach einheitlichen Kriterien vergeben. Es gibt ei-

Die Pflegebedürftigkeit muß darauf beruhen, daß die Fähigkeit, bestimmte Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auszuüben, eingeschränkt oder nicht vorhanden ist. Maßstab der Beurteilung der Pflegebedürftigkeit sind daher ausschließlich die Fähigkeiten zur Ausübung dieser Verrichtungen ... Entscheidungen in einem anderen Sozialleistungsbereich ... sagen nichts aus über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit.

...

Grundlage für die Feststellung der Pflegebedürftigkeit sind allein die im Gesetz genannten gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens. Verrichtungen in diesem Sinne sind

Im Bereich der Körperpflege
1. das Waschen
2. das Duschen
3. das Baden
4. die Zahnpflege
5. das Kämmen
6. das Rasieren
7. die Darm- und Blasenentleerung

Im Bereich der Ernährung
8. das mundgerechte Zubereiten der Nahrung
9. die Aufnahme der Nahrung

Im Bereich der Mobilität
10. Aufstehen und Zu-Bett-Gehen
11. An- und auskleiden
12. Gehen
13. Stehen
14. Treppenstufen
15. Verlassen und Wiederaufsuchen der Wohnung

Im Bereich der hauswirtschaftlichen Versorgung
16. das Einkaufen
17. das Kochen
18. das Reinigen der Wohnung
19. das Spülen
20. das Wechseln und Waschen der Wäsche und Kleidung
21. das Beheizen

Haarewaschen sowie das Schneiden von Finger- und Fußnägeln sind regelmäßig keine täglich anfallenden Verrichtungen.

...

Unter Gehen ... ist das Bewegen im Zusammenhang mit den Verrichtungen im Bereich der Körperpflege, der Ernährung und der hauswirtschaftlichen Versorgung zu verstehen. Auch Stehen und Treppenstufen ... kommen nur im Zusammenhang mit diesen Verrichtungen in Betracht.

Beim Verlassen und Wiederaufsuchen der Wohnung ... sind nur solche Verrichtungen außerhalb der Wohnung bei der Begutachtung zu berücksichtigen, die für die Aufrechterhaltung der Lebensführung zu Hause unumgänglich sind und das persönliche Erscheinen des Pflegebedürftigen erfordern. Weiterer Hilfebedarf, z.B. bei Spaziergängen oder Besuch von kulturellen Veranstaltungen, bleibt unberücksichtigt.

...

Die Hilfe muß in Form
der Unterstützung bei den pflegerelevanten Verrichtungen des täglichen Lebens
der teilweisen oder vollständigen Übernahme dieser Verrichtungen
der Beaufsichtigung der Ausführung dieser Verrichtungen oder der Anleitung zur Selbstvornahme
durch die Pflegeperson erforderlich sein. ... Bei der Beurteilung ... ist das häusliche und soziale Umfeld des Pflegebedürftigen zu berücksichtigen.

aus den Richtlinien der Spitzenverbände der Pflegekassen über die Abgrenzung der Merkmale der Pflegebedürftigkeit und der Pflegestufen sowie zum Verfahren der Feststellung der Pflegebedürftigkeit (Pflegebedürftigkeits-Richtlinien PflRi vom 7.11.1994)

nen Leistungskatalog, da sind verschiedene Leistungen im Rahmen der Grundpflege erfaßt. Ein Punkt z.B. = 50 Pfennig, daraus werden die Preise entwickelt. Du mußt zusammenzählen, was der Einzelne braucht. Es werden nicht Helferstunden abgerechnet, sondern Leistungen, also geht's nur darum, wie schnell Du denjenigen auf's Klo kriegst und wieder runter.

Das gilt für alle Sachleistungsanbieter?

Jutta: Ja, das sind dann die einheitlichen Standards, nach denen abgerechnet wird. Das wird ein Riesenverwaltungsaufwand, damit es leicht zu prüfen ist, und den Verwaltungsaufwand zahlen ja die Dienste. Im Moment ist es so: Stunde gegen Geld. Es gibt ein Senatsrundschreiben, da heißt es: Aus gegebenem Anlaß weisen wir darauf hin, daß eine Hilfestunde 60 Minuten beträgt. Das heißt, es gibt Dienste, die haben damit richtig Geld verdient, die gehen 20 Minuten hin und rechnen trotzdem eine Stunde ab.

Habt ihr schon Erfahrungen mit der Begutachtung?

Uschi: Ich hab neulich der Presse entnommen, daß zuerst mal die begutachtet werden, die Neuanträge stellen. Die Leute, die jetzt nach dem Gesundheitsreformgesetz Hilfe kriegen, also 750 bzw. 400 DM von der Krankenkasse, die werden automatisch in Stufe II gestuft. Da sagt die Kasse, die kriegen ja schon mal was, deswegen prüfen wir die am Schluß. Deswegen haben wir hier mit der Begutachtung noch keine Erfahrungen.

Jutta: Wir hatten eine Tagung organisiert in Kassel zum Pflegeversicherungsthema, da hat eine Frau, eine Kollegin, ihre Erfahrungen geschildert. Sie hatte einen Antrag gestellt auf die Pflegeversicherungsleistungen, und dann hat ihr Mitbewohner die Antwort bekommen, den hatte sie als Kraft, die ihr hilft, angegeben. Das ist auch ein ziemlich demütigendes Menschenbild: Die alten Menschen kriegen es eh nicht mehr richtig hin, deswegen schicken wir's gleich an den Pfleger.

Uschi: Gerade jetzt am Sonntag hat mich jemand aus den neuen Bundesländern angerufen, der soll diese Woche begutachtet werden; da hat sich jemand angemeldet. Ich hab ihn gefragt, ob er weiß, was das für ein Arzt ist - weil das meistens Ärzte sind, die nichts von der Behinderung wissen. Er sagte mir, es kommt kein Arzt, sondern eine Schwester einer Pflegeeinrichtung. Sie hätten keinen Arzt und das würde dann eine Pflegefachkraft machen.

Jutta: Das könnte auch von Vorteil sein. Ich vermute, daß die Mediziner eher nach Defiziten gucken, also einen sehr engen und beengten Mediziner-Behinderungsbegriff haben. Diejenigen, die die Menschen konkret unterstützen, sehen vielleicht eher, was wirklich zu tun ist und haben nicht so ein statisches Bild.

In den Richtlinien der Spitzenverbände der Pflegekassen über die Abgrenzung der Merkmale der Pflegebedürftigkeit vom November 94 ist die Rede von „pflegerelevanten Verrichtungen des täglichen Lebens".

Jutta: Ich war noch nicht fertig mit dem, was ich aus Kassel erzählen wollte. Die Kollegin berichtete noch mehr, z.B. für die Hilfestufe I braucht man ja 1 1/2 Stunden täglich. Die Ärztin erzählte schon mal vorab - was man ihr hoch anrechnen muß - daß die Kollegin, wenn sie Pflegestufe I braucht, auf 1 1/2 Stunden kommen muß. Dann haben sie Minuten gezählt, überlegt, wie lange z.B. das Duschen dauert, das war eine halbe Stunde. Die Ärztin meinte, 20 Minuten, schließlich einigten sie sich auf 25 Minuten. Das Gleiche passierte in Bezug auf das Einladen des Rollstuhls in's Auto. Wichtig ist weiter, daß höchstens ein Drittel hauswirtschaftliche Versorgung sein dürfen, zwei Drittel müssen Hilfe am Menschen sein und daß es eben nur um pflegerische Maßnahmen geht. Das hat sich ja auch im BSHG geändert. Das BSHG hat den Pflegebegriff aus der Pflegeversicherung übernommen. Und pflegerelevant ist das, was für satt und sauber nötig ist. Ich würde beispielsweise sagen, daß ich, egal wo ich bin, alle paar Minuten angehoben und anders hingesetzt werden muß; es geht immer um notwendige Pflege am Menschen und nicht um etwas „Überflüssiges" wie ins Kino gehen.



Es kommt demnach nicht darauf an, was ich tun möchte und daß ich dafür die notwendigen Hilfen kriege, sondern daß praktisch mein Überleben in der Wohnung gewährleistet wird. Das ist im Grunde eine Angleichung an die Heimsituation, weil es nur um diese existentiellen Fragen geht.

Jutta: Dem Bedürfnis nach Kommunikation zum Beispiel ist nur im Zusammenhang mit der Pflege Rechnung zu tragen. Das muß dann die gehetzte Schwester oder der gehetzte Pfleger auch noch machen.

Uschi: Das bezieht sich darauf, daß die Schwester, wenn sie kommt, erzählt, wie schön das Wetter ist, und wenn sie geht, ist die Kommunikation vorbei.

Auf der einen Seite also der Anspruch aus der Pflegeversicherung auf mein „Überleben" - anders kann man das ja kaum noch nennen; auf der anderen Seite der Anspruch zu „leben", die sogenannte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Rahmen der Sozialhilfe.

Jutta: Das BSHG ist an die Pflegeversicherung angeglichen. Die Hilfe zur Pflege nach dem BSHG ist genauso gefaßt wie die Pflegeversicherung.

Die Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe können aber darüber hinaus gehen.

Jutta: Geldmäßig ja, aber es ging ja gerade um den Pflegebegriff.

Uschi: Ich habe gehört - ich kann es allderdings nicht belegen - daß die Sozialhilfeträger verhandeln wollen, die Hilfe zur Pflege nach den Paragraphen 68/69 zu limitieren. Alle, die mehr als 9000 DM im Monat brauchen, sollen aus wirtschaftlichen Gründen *nicht* mehr zu Hause bleiben können, die sollen ins Heim gehen.

Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung hat ein „Gutachten zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit" entworfen, das ist ein fünfseitiger Fragebogen, der als Grundlage für die Beurteilung dienen soll. Was haltet Ihr davon?

Uschi: Käsekästchenformular. Dazu möchte ich sagen: Den haben wir in einer Arbeitsgruppe, die sich hier gebildet hat, einem Datenschutzbeauftragten gegeben, um prüfen zu lassen, wieweit dieser Fragebogen überhaupt zulässig ist. Der letzte Stand der Dinge, den ich erfahren habe, ist, daß er geprüft und so, wie er jetzt besteht, wahrscheinlich nicht übernommen wird. Das heißt aber noch nicht, daß der nächste Fragebogen besser wird.

Welche Kritik hattet ihr?

Uschi: Eine Kritik war, wenn ich einen Antrag stelle auf Leistungen aus der Pflegeversicherung, und wenn eigentlich absehbar ist, daß gar kein Anspruch besteht, dann soll dieser Fragebogen trotzdem ausgefüllt werden.

Wir meinen außerdem, daß darin Fragen enthalten sind, die nicht unbedingt etwas mit meiner Pflege am Körper zu tun haben. Das soziale Umfeld z.B., was hat das mit der konkreten Pflege zu tun? Die

Pflegekassen zahlen ja nur für die Grundpflege. Es gibt Fragen, die mit meiner Grundpflege nichts zu tun haben. Diese Informationen sind nicht notwendig.

Jutta: Auch, welchen Eindruck man macht auf den medizinischen Dienst, ob man nun einen schläfrigen Eindruck macht oder einen hypernervösen, das hat ja auch ganz viel mit Zuschreibung zu tun.

Uschi: Und mit seiner Auslegung.

Was ich schwierig finde, ist diese Totalerfassung. Daß nicht differenziert wird: Wen hab ich vor mir, was paßt für den, was ist sinnvoll? Nichts bleibt offen.

Jutta: Und es werden willkürliche Kriterien festgelegt. Was meint denn z.B. so ein Wort wie *schläfrig*? Wenn ich im positiven Sinn sehen will, was notwendig ist, dann kann ich das vertexten, aber mit solchen Fragen und Kreuzchen kann ich das nur sehr sehr unzureichend erfassen, wenn überhaupt. Ich war nicht ohne Grund immer schon gegen so eine Kästchenmalerei.

Was ist bei Begutachtung zu berücksichtigen? Was sollte ich nach Möglichkeit vermeiden, was sollte ich auf jeden Fall beachten?

Uschi: Ich würde immer davon ausgehen: Wie geht's mir, wenn's mir schlecht geht. Was kann ich und was kann ich nicht? Von diesem Zustand aus sollte ich dann die Fragen beantworten und nicht versuchen, stolz zu sein auf das, was ich noch alles kann. Ich kenne viele Leute, die sagen, ich kann doch mein Licht nicht untern Scheffel stellen, ich kann doch froh sein, daß ich dieses und jenes noch kann. Aber kann ich es wirklich ganz allein?
Eine Freundin von mir sagt, sie kann sich allein die Zähne putzen. Ich sag, das stimmt nicht. Wer gibt dir denn den Becher? - Na ja, das macht meine Assistenz. - Wer füllt Dir das Wasser ein, wer macht dir die Zahnpasta auf die Zahnbürste? - Das macht die Assistenz, aber putzen kann ich sie allein. - Das ist aber nicht das Zähneputzen. Das sollten die Leute immer bedenken.
Ich würde auch niemals bei einem Gutachter alleine sein. Ich würde immer jemanden dabei haben wollen. Es ist unbedingt günstig, wenn die Person, die dabei ist, ein Gedächtnisprotokoll mitschreibt. Das wird auch anerkannt vor den Gerichten, wenn es mal zur Klage kommt. Und unbedingt Akteneinsicht. Das Recht hat jeder.

Welche Forderungen habt Ihr?

Jutta: Es muß wieder eine Politisierung geben.
Ich glaube, daß es ein böses Erwachen gibt - so gegen Mitte Mai - wenn die Leute mitkriegen, daß die Pflegeversicherung nicht das bringt, was sie dachten und was ja auch als riesiger Altparteien-Wahlkampfschlager verkauft worden ist, daß nämlich jetzt alles gut wird. Man muß sich zusammenfinden und überlegen, welche Punkte an der Pflegeversicherung dringend nachzubessern sind.
Geld in die Hände, das finde ich auch wichtig. Aber die Aussage, daß es billiger ist, wenn die Behinderten Arbeitgeber sind, kann auch nach hinten losgehen. Es gibt genügend Leute, bei denen das nicht zutrifft oder die das gar nicht wollen. Eine 24-Stunden-Hilfe zu organisieren, das ist eine schwere Arbeit, und es muß auch möglich sein, daß man das nicht will.
Es muß auch möglich sein, die teurere Lösung zu wählen. Da mit billig oder teuer zu argumentieren, führt in die Sackgasse.

Uschi: Es ist wichtig, die Vielfalt zu erhalten. Daß jeder, so wie er bis jetzt seine Pflege organisiert und auf die Reihe gekriegt hat, das auch beibehalten kann.

Jutta: Dieses ganze Kontrollverfahren für die ambulanten Dienste, das schluckt unheimlich viel Zeit, wir sollen ja auch Berichte schreiben. Und die Entwürfe, die jede Woche kommen, Verordnungen und Berichte - jetzt haben wir gerade den Strukturerhebungsbogen zum Bestandsschutz, der ist seitenlang, damit werden wir total erschlagen. Dann kommen die Bescheide, dann die Abgrenzungen zwischen Sozialamt, Pflegeversicherung und Pflegegeld.
Für eine Politisierung bleibt unheimlich wenig Zeit. Aber die ist erforderlich, um eine Nachbesserung überhaupt durchzusetzen. Ich glaube, daß die meisten Leute noch nicht absehen, was da alles auf uns zukommt. Gerade diese Kontrollen. So ein Blödsinn, der führt zu nix, schluckt jede Menge Arbeitskraft und kostet Geld.

Gibt es einen überregionalen Austausch, um sich gegenseitig zu unterstützen?

Jutta: Wir haben im Januar damit angefangen. Wir waren 15 Leute von verschiedenen Zentren und ambulanten Diensten. Am 9. und 10. Juni wollen wir wieder so eine Tagung machen.

INTERVIEW

mit Andreas Jürgens, Richter in Kassel zum Verhältnis zwischen Pflegeversicherung und Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG)

Kannst Du etwas zur Angleichung der Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe an die Pflegeversicherung sagen? Was verändert sich, was bleibt, was ist überhaupt sicher?

Prinzipiell muß man sagen, es ändert sich in der der Sozialhilfe eigentlich nicht viel, weil der umfassende Leistungsbereich der Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz so, wie er bisher bestand, auch künftig erhalten bleibt. Das Problem besteht darin, daß der Kernbereich der Hilfe zur Pflege sich an den gleichen eingeschränkten Leistungsvoraussetzungen wie die Pflegeversicherung orientiert und alles, was darüber hinaus geht, sich hinter allgemeinen Formulierungen verbirgt.

Was heißt das: Kernbereich der Hilfe zur Pflege und allgemeine Voraussetzungen?

Der Leistungsbereich der Hilfe zur Pflege geht in vielfacher Hinsicht über den der Pflegeversicherung hinaus. Zum einen heißt es, daß auch andere als die in der Pflegeversicherung genannten Verrichtungen leistungsbegründend in der Sozialhilfe sein können. Auch bei einem Hilfebedarf, der noch nicht den Umfang der Pflegestufe I der Pflegeversicherung erreicht, kann bereits Hilfe zur Pflege nach dem BSHG erbracht werden. Vor allem ist der Leistungsbereich auch betragsmäßig nach oben nicht gedeckelt wie bei den Pflegesachleistungen in der Pflegeversicherung. Er ist weiterhin bedarfsorientiert, d.h. in notwenigem Umfang zu gewähren.

Was notwendig ist, ist ja eine Frage der Definition.

Es war ja auch bisher so, daß die notwendigen oder erforderlichen Leistungen erbracht werden mußten und man im Einzelfall gestritten hat, was ist jetzt erforderlich. Dieser Streit wird auch künftig weitergehen. Er geht aber über den gedeckelten Leistungsbereich der Pflegeversicherung hinaus. Um ein Beispiel zu nehmen, wenn jemand mit den 750 DM Pflegesachleistung der Pflegestufe I nicht auskommt, sondern in einem höheren Umfang Pflegekräfte beschäftigen muß, dann muß notfalls die Sozialhilfe mit dem überschießenden Betrag einspringen. Es gibt jedenfalls keine strikte Obergrenze wie bei der Pflegeversicherung.

Was wird sein, wenn ich die Voraussetzungen für die Pflegestufe I im Rahmen der Pflegeversicherung gar nicht erfülle, aber trotzdem Hilfe brauche.

Da kann ich allein auf die Sozialhilfe zurückgreifen. Es heißt ausdrücklich, daß die konkreten Leistungen, die Unterstützung durch Pflegekräfte oder durch Pflegepersonen, auch dann erbracht werden, wenn ein geringerer Bedarf als Pflegestufe I Voraussetzung ist. Dann gibt es nur kein Pflegegeld, aber die anderen Leistungen der Hilfe zur Pflege bekommt man auch dann.



Wie unterscheiden sich Pflegegeld und andere Pflegeleistungen?

Pflegegeld ist ein pauschaler Geldbetrag, eine Geldleistung, die sich am Grad der Pflegebedürftigkeit bemißt. Pflegestufe I 400 DM, Pflegestufe II 800 DM, Pflegestufe III 1300 DM. Das sind die gleichen Beträge wie bei der Pflegeversicherung auch. Da gibt es keine Abweichungen nach oben oder nach unten. Wogegen es bei den konkreten Pflegeleistungen im Rahmen der Sozialhilfe, den notwendigen Kosten für Pflegepersonen oder Pflegekräfte, keine Festlegungen gibt.

In der Pflegeversicherung ist von „pflegerelevanten Verrichtungen des täglichen Lebens" die Rede. Hat das für die Sozialhilfe die gleiche Bedeutung oder wie ist das zu bewerten?

Nur für das Pflegegeld. Beim Pflegegeld nach dem BSHG sind die Leistungsvoraussetzungen genau die gleichen wie bei der Pflegeversicherung. Bei allen anderen Leistungen der Hilfe zur Pflege, insbesondere der ganz wichtigen Kostenübernahme für besondere Pflegekräfte, ist ausdrücklich festgelegt, daß auch ein Hilfebedarf bei anderen als in der Pflegeversicherung genannten Verrichtungen zur Leistung der Hilfe zur Pflege führen kann.

Das Pflegegeld im Rahmen der Sozialhilfe ist ein pauschaliertes Pflegegeld und wird in der gleichen Höhe geleistet wie in der Pflegeversicherung?

Ja. Zu genau den gleichen Leistungsvoraussetzungen und in der gleichen Höhe.

Wenn das die gleichen Voraussetzungen sind, kann doch das Sozialamt auf die Pflegeversicherung verweisen.

Das kann es sowieso immer.

Wann bekommt man dann das Pflegegeld nach dem BSHG?

*Wenn Du das Pflege***geld** *der Pflegeversicherung in Anspruch nimmst, dann ist damit dein Pflegegeldanspruch abgedeckt. Dann gibt es auch nichts ergänzend von der Sozialhilfe. Du bekommst z.B. 400 DM von der Pflegeversicherung und hast daneben nicht noch Anspruch auf weitere 400 DM der Sozialhilfe. Interessant wird's dann,* **wenn** *Du von der Pflegeversicherung nicht das Pflegegeld, sondern die* **Pflegesachleistungen** *in Anspruch nimmst, über ambulante Dienste z.B.. Dann bekommst du ja von der Pflegeversicherung gerade kein Pflegegeld. Da kannst Du* **dann** *ein* **ergänzendes Pflegegeld** *in Anspruch nehmen, das allerdings auf bis zu einem Drittel gekürzt werden kann, ein Drittel von 400 DM, das sind dann 133,33 DM.*

Umgekehrt heißt das, wenn ich die 400, 800 oder 1300 DM im Rahmen der Pflegeversicherung nehmen würde, dann kann ich nicht zum Sozialamt gehen und sagen: ich brauch noch mehr, ich brauch noch was anderes.

Nein. Aber wer Pflegesachleistungen der Pflegeversicherung in Anspruch nimmt, hat daneben Anspruch auf ergänzendes Pflegegeld der Sozialhilfe, wenn die sozialhilferechtlichen Voraussetzungen, insbesondere die Bedürftigkeit, vorliegen. Interessant ist, daß die Kombination unterschiedlich geregelt ist. Bei der Pflegeversicherung kannst Du **entweder** *die Pfelgegesachleistung* **oder** *das Pflegegeld in Anspruch nehmen. (Wenn man die Möglichkeit der Kombination beider Leistungen einmal außer Acht läßt). Bei der Sozialhilfe war es bisher schon so - und ist es auch künftig -, daß beide Leistungen nebeneinander gewährt werden, also Du* **sowohl** *Kosten für besondere Pflegekräfte in Anspruch nehmen kannst* **als auch** *daneben und ergänzend das pauschale Pflegegeld. Das Pflegegeld kann in diesem Falle gekürzt werden. Das ist offenbar mittlerweile auch unstrittig in der Gesetzesinterpretation und wird in der Fachliteratur auch von Autoren vertreten, die eigentlich eher sozialhilfeträgerfreundliche Positionen vertreten.*

Hast du etwas gehört von einer beab-

sichtigten oder geplanten Limitierung der Sozialhilfe?

Das ist vor allem vom Städtetag und vom Landkreistag immer mal wieder in die Diskussion gebracht worden, daß auch im Bereich der Sozialhilfe die Deckelung aus der Pflegeversicherung übernommen werden soll. D.h., daß auch im Rahmen der Hilfe zur Pflege nach dem BSHG keine höheren Leistungen erbracht werden als nach der Pflegeversicherung. Das wäre natürlich völlig sinnwidrig, weil die Pflegeversicherung von vornherein nur einen Teil des gesamten Pflegebedarfs abdeckt und auch abdecken soll. Wer z.B. nicht auf Familienangehörige zurückgreifen kann, ist notwendigerweise auf ergänzende Leistungen der Sozialhilfe angewiesen. Das abzuschaffen, würde bedeuten, daß Leute in extreme Armut und Hilflosigkeit abgeschoben werden. Das kann nicht sein.

Sie müßten ins Heim.

Notfalls ja.

Hälst du es für möglich, daß eine solche Limitierung durchkommt?

Ich wage da keine Prognose, weil man nie so gneau weiß, wie sich die Diskussion im politischen Rahmen weiter entwickelt. Ich würde es für verfassungswidrig halten, weil ein ungedeckter Bedarf übrig bliebe, eine Lücke im sozialen Netz aufgerissen würde, die es bisher nicht gegeben hat. Und auch nicht geben darf. Die notwendige persönliche Hilfe, die notwendige Unterstützung bei der Pflege, ist ja nicht etwas, was man entweder in Anspruch nehmen oder lassen kann. Das ist etwas, was zum menschenwürdigen Dasein schlicht und ergreifend dazugehört; für dein Überleben übehaupt zwingend notwendig ist. Unter diesen Mindestbereich darf die Sozialhilfe nicht sinken.

Die Frage ist aber, wieweit die Sozialämter bereit sind, die Kosten für ambulante Versorgung zu tragen und an welchem Punkt sie sagen: *Das machen wir nicht mehr, weil uns das zu teuer ist. Dann mußt du eben ins Heim gehen.*

Das ist ein Problem, das es bisher auch schon gegeben hat. Da gibt es teilweise sehr abenteuerliche Konstruktionen. Ich habe aus Frankfurt gehört; die haben eine Anweisung an sämtliche Sozialstationen herausgegeben, daß grundsätzlich häusliche Pflege nicht mehr gewährt wird, wenn die Kosten den Betrag des höchsten Heimpflegeplatzes um 20 % überschreiten. Damit werden wir künftig natürlich zu kämpfen haben. Ich hoffe, daß die Einführung der Pflegeversicherung uns da etwas hilft, weil da ja ausdrücklich, jedenfalls rechtlich, die stationäre Pflege die Ausnahme sein soll. Nur, wenn die häusliche Pflege nicht sichergestellt werden kann, d.h., wenn es keine ambulanten Dienste oder keine Privatpflegepersonen gibt, dann kann überhaupt, darf überhaupt stationäre Pflege übernommen werden.

München:
Hier bescheißt Sie Ihr Sozialamt

Daß es nicht Sinn und Zweck der Pflegeversicherung ist, die Situation derer zu verbessern, die auf Assistenz angewiesen sind, hat sich inzwischen herumgesprochen. Von Anfang an war klar, daß das Wunderwerk aus dem Hause Blüm in erster Linie auf die Entlastung der Sozialhilfeträger abzielt. Auf ungewöhnlich dreiste Weise macht nun das Sozialamt der bayrischen Landeshauptstadt ernst damit. Die Behörde verschickte Ende Januar an die EmpfängerInnen von BSHG-Pflegegeld ein Schreiben mit der Aufforderung, bis zum 15. Februar nicht nur die Einstufung in Pflegestufe III zu beantragen, sondern auch ausdrücklich die (höhere) „Sachleistung" in Anspruch zu nehmen. Beigefügt sind die entsprechenden Anträge und ein Formblatt, mit dem die EmpfängerInnen rechtsverbindlich erklären, ihre Pflege in Zukunft durch professionelle Pflegekräfte durchführen zu lassen. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, daß der/die (bisherige) PflegegeldempfängerIn nur dann seine Mitwirkungspflicht erfüllt. Im Klartext: Wer auf seinem Recht besteht, auch weiterhin seine Assistenz mit Hilfe des Pflegegeldes selber zu organisieren, bekommt vom Sozialamt ab 1. April keinen Pfennig mehr. Nur wer die „Sachleistung" in Anspruch nimmt, kann einen eventuellen, durch die Kasse nicht abgedeckten, Mehrbedarf mit dem Sozialamt abrechnen. Zur Begründung für diesen bitterbösen Aprilscherz bedienen sich die Münchner Sozialbürokraten einer spitzfindigen Juristenlogik: Das neue Pflegegeld werde von der Kasse nur dann gezahlt, wenn es für die Sicherstellung der Pflege ausreichend sei. Da die Sozialhilfe aber nachrangig sei, könne das Sozialamt in diesem Fall kein zusätzliches Pflegegeld zahlen.

In Anbetracht der extrem hohen Voraussetzungen für den Bezug der ziemlich bescheidenen Versicherungsleistungen bedeutet dies zuende gedacht, daß praktisch niemand das Pflegegeld in Anspruch nehmen dürfte. Denn wie mensch z.B. mit monatlich 400.-DM einen Hilfebedarf abdecken soll, der mindestens 1 1/2 Stunden am Tag beträgt (Voraussetzung für Pflegestufe 1), bleibt das Geheimnis der Bonner PflegeexpertInnen.

So gesehen, hat sich das Münchner Sozialamt mit seinem Versuch, die Kosten der Pflege abzuwälzen, zumindest einen unfreiwilligen Verdienst erworben: Mit seiner Argumentation hat es die ganze Absurdität und innere Unlogik der Pflegeversicherung schlaglichtartig deutlich gemacht. Die Sozial- und Verwaltungsgerichte dürfen sich jetzt schon auf Sonderschichten einrichten.



Nicht ganz einfach: Die Sache mit der doppelten Diskriminierung

In den letzten Jahren fand die These von der doppelten Diskriminierung behinderter Frauen weite Verbreitung und interessierte ZuhörerInnen. Behinderte Frauen werden mehr und mehr zum Thema. Allerortens entstanden und entstehen Netzwerke, Projekte und Arbeitsgruppen. Nach der ersten Euphorie, gemeinsam Stärke zu entwickeln und endlich Beachtung zu finden, werden die Gedanken vielfältiger, die Stimmen kontroverser. Die randschau möchte interessierten Frauen ein Forum bieten, unterschiedliche Meinungen, Positionen und Ideen auszutauschen und zu diskutieren - auch wenn an dieser Stelle unter anderem nicht nur mit interessierten, sondern auch mit hämischen Augen und Ohren der Männer gerechnet werden muß!

Übrigens: Die randschau-Nummer „Ungleiche Schwestern - Frauen zwischen Fremd- und Selbstbestimmung" ist wegen der großen Nachfrage in kleiner Auflage nachkopiert worden. Sie kann nun nachbestellt werden und kostet 7 DM (incl. Porto).

Diskussionspapier

Über Gebrauch und Mißbrauch der These der doppelten Diskriminierung behinderter Frauen

Um einen Mißstand, ein Unrecht deutlich zu machen, ist es gelegentlich nötig, Tatsachen zuzuspitzen oder vergröbert darzustellen, um eine Struktur klar erkennbar herauszuarbeiten. In der Frage der besonderen Situation behinderter Frauen führt die holzschnittartig vergröberte Darstellung von Sachverhalten dazu, daß diese nicht klarer, sondern verzerrt dargeboten werden: Eine Öffentlichkeit, die den Wahrheitsgehalt nicht überprüfen kann, weil sie von Behinderung nicht selbst betroffen ist, kann der These von der „doppelten Diskriminierung behinderter Frauen" nur tief „betroffen" zustimmen.

Auffällig ist, daß nicht behinderte Frauen, insbesondere Feministinnen, sehr schnell der These der doppelten Diskriminierung behinderter Frauen zustimmen. Diese These dient nicht behinderten Frauen zur willkommenen Verdeutlichung ihrer eigenen Unterdrückungssituation. Hier darf die behinderte Frau für das Elend der Frauen insgesamt stehen, ohne daß sich die Reihen der Frauenrechtlerinnen für die behinderten Frauen öffnen würden. Die These der doppelten Diskriminierung dient nicht behinderten Frauen zur Abgrenzung. Sie sehen sich als nicht behinderte Frau gesellschaftlich diskriminiert und sagen mit Blick auf ihre behinderte Schwester: Wenn ich so wäre wie die, dann wäre ich ja doppelt diskriminiert. Ebenso wie den nicht behinderten Frauen scheint die These der Doppeldiskriminierung auch einigen behinderten Männern gut zu gefallen. Kein Wunder, können auch sie sich von denen abgrenzen, die ganz unten sind, und aufatmen, weil sie sich selbst nicht zur Gruppe derer am Ende der sozialen Stufenleiter zählen müssen. Während sehr viele Frauen sich mit dem Doppelopferetikett offenbar wohl fühlen, schließlich in dieser Rolle auch erhebliche Beachtung und einige Anerkennung erfahren, paßt die Opferrolle weniger in das männliche Selbstverständnis. Die Doppeldiskriminierungsthese ist sowohl als Abgrenzungsthese (s.o.) abzulehnen als auch als das Etikett, das die stigmatisierte Gruppe erst recht stigmatisiert. (Siehe E. Goffman)

Die These täuscht im übrigen ein geschlossenes logisches System vor, das nicht vorzuweisen ist. „Begründet" wird sie zumeist so: Die behinderte Frau gehöre zwei diskriminierten Gruppen an, der der behinderten Menschen und der der Frauen. Ich bezweifele aber, daß es viele behinderte Frauen gibt, die diese gespaltene Wahrnehmung haben. Ich selbst habe jedenfalls keine Doppelpersönlichkeit als Frau und Behinderte, sondern ich bin eine behinderte Frau, erlebe mich auch als Einheit. (Mir ist allerdings aufgefallen, daß einige der Vertreterinnen der These später im Leben behindert wurden, so daß sie möglicherweise ihre Situation als Addition von Diskriminierungen unterschiedlicher Provenienz erlebten.) Die Grundannahme der Zusatzdiskriminierung per Geschlecht liefert die Legitimation für eine zentrale Forderung: Die Quotenregelung für behinderte Frauen. Wir wissen, daß gleiche Leistungsfähigkeit bzw. gleiche Qualifikation mitnichten Chancengleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt bedeuten muß. Deshalb halte ich eine Frauenquote für erforderlich und die Bevorzugung behinderter Menschen bei gleicher Qualifikation. Eine Bevorzugung behinderter Frauen gegenüber behinderten Männern halte ich dagegen für absurd, weil die Diskriminierung Behinderter nicht primär eine Geschlechterfrage ist. In der Einstellungspraxis haben wir es auf Seiten des Arbeitgebers u.a. auch mit irrationalen Erwartungshaltungen zu tun, mit Phantasien darüber, inwiefern der/die Bewerber/in den Leistungsvorstellungen des Arbeitgebers wird entsprechen können. So wie Frauen auf Vorurteile in bezug auf ihre Biologie oder Rolle stoßen (Familie, Kind versorgen, fällt vielleicht aus wegen Schwangerschaft, ist zyklusbedingten Stimmungsschwankungen ausgesetzt und daher für Leitungstätigkeit nicht geeignet, ist ungeeignet für Naturwissenschaften o.ä. Vorurteile mehr) so stoßen behinderte Menschen auf andere, nicht primär auf das Geschlecht bezogene Bedenken: Sie könnten abstoßend wirken auf Kunden oder im Vorzimmer durch ihr abweichendes Äußeres, durch eine Sprachbehinderung etc., es werden Gründe zur Nichteinstellung führen, die nicht mit der tatsächlichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers/der Bewerberin zu tun haben, sondern mit den Problemen, die andere mit der Behinderung möglicherweise haben könnten. Die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist nicht in erster Linie eine Geschlechterfrage, sondern ist verknüpft mit der Beeinträchtigung des Bewerbers/der Bewerberin und den Vorurteilen bzw. Ausgrenzungsbestrebungen, den er/sie sich aufgrund seiner/

ihrer Abweichung von den gesellschaftlichen Idealvorstellungen gegenübersieht. Eine Quote für behinderte Frauen ergebe statt größerer Gerechtigkeit die Situation, daß bei zwei Bewerbungen die Frau eingestellt werden müßte, auch wenn sich der männliche behinderte Konkurrent aufgrund der Schwere seiner Beeinträchtigung möglicherweise geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt ausrechnen müßte. Deshalb: Wenn Quote, dann nicht in Konkurrenz zu den behinderten Männern, sondern zu den nicht behinderten Frauen.

Übrigens: Wenn die idealtypische Vorstellung von der Frau mit einem attraktiven Äußeren verbunden ist, so ist die Erwartung an den Mann, daß er stark, intelligent und leistungsfähig ist. Im Zusammenhang mit der Doppeldiskriminierung wird häufig auch als Argument herangezogen, die behinderte Frau sei dadurch doppelt benachteiligt, weil sie im Vergleich zu nicht behinderten Frau den Erwartungen an Attraktivität und Verkörperung von Weiblichkeit nicht entspricht. Dabei entsteht der Eindruck, daß der behinderte Mann mit den Rollenerwartungen keine Mühe hat. Das stimmt natürlich nicht. Die These der doppelten Diskiminierung behinderter Frauen und ihre Implikationen sind nicht geeignet, die Situation der behinderten Menschen zu verbessern, auch nicht die Lebenssituation der Mehrzahl der behinderten Frauen. Sie dient vielmehr einigen wenigen dazu, sich über eine medienwirksame Vermarktung der These zu profilieren. Die These und ihre Vermarktung bremsen die Kraft der Behindertenbewegung, indem sie Feindbilder aufbauen, konstruktive Lösungswege verstellen und die ehrliche Auseinandersetzung zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen erschweren. Es kann uns Behinderten nicht darum gehen, alte Etikettierungen gegen neue auszutauschen, sondern uns der Etikettierungen zu entledigen, damit wir als diejenigen wahrgenommen werden können, die wir sind: Bürgerinnen und Bürger, die die volle gesellschaftliche Teilhabe einfordern. Dies ist der Perspektivenwechsel, den selbstbewußte Behinderte vollzogen haben und den die nichtbehinderten Politikerinnen und Politiker nachvollziehen sollten. Die These der Doppeldiskriminierung speist sich im Gegensatz dazu aber aus dem archaischen „Wissen" der nicht behinderten Gesellschaftsmehrheit, daß behindert zu sein ein schweres Los ist, schwerer noch als tot zu sein.

Wenn dieses an sich schon schwere Los durch das Frausein noch unerträglicher ist, kann dieser Ansatz kein Ansatz der Verständigung zwischen Behinderten und Nichtbehinderten auf der Basis des Perspektivenwechsels sein. Er ist ein Ansatz, der an die Schuldgefühle der Nichtbehinderten appelliert und ihre Sicht auf Behinderung als bemitleidenswerten Zustand aktiviert und festschreibt.

GABRIELE HANNA, BERLIN

Ich kann meine Existenz auf dieser Welt nicht von Frauen und Männern trennen



Mit großem Unbehagen habe ich als behinderte Teilnehmerin an der Fachtagung UNBESCHREIBLICH WEIBLICH am 14.10.94 (in Berlin, veranstaltet von der Berliner Senatorin für Arbeit und Frauen, vergl. Magazin-Meldung der Nr. 4/94, Anm. d. Red.) teilgenommen. Für mich war die Art der Diskussionsleitung kein Vertrauensbeweis, um Hintergründe und Ursachen der doppelten Diskriminierung zu benennen und konkrete Diskriminierungen abzubauen. Wer gegen unterschiedliche Behandlung ist, sollte nicht Gräben aufreißen, um Menschengruppen mit eigenständigen Problematiken zu spalten.

Wollen wir Gleichstellung der „behinderten Frau" unter den Behinderten? Wer kennt schon die ganze Problematik einer körperlichen und/oder geistigen Behinderung? Darum kann es m.E. nur heißen: Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Verhältnis zur Behinderung! Und es ist wichtig, Meinungen und Gebaren einzelner und selbst ernannter Repräsentantinnen nicht zum Dogma für die Behinderten werden zu lassen, um damit die Spaltung von Menschen mit Behinderungen zu forcieren. Ich kritisiere, daß die konkreten Forderungen der Initiatorinnen einseitig und eigennützig waren und durch die Identifikation der eigenen Körperbehinderung kein Gehör für andere Lebensbereiche (Entintimisierung der Heimbewohner etc.) zuließ. Der Rechtsanspruch, der mir als behinderte Frau nicht zusteht wie z.B. Ausbildung, Arbeit, selbstbestimmt Leben und Wohnen, Pflege, Mobilität, Kulturanspruch realisieren, bauliche Barrieren, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben u.v.m. gilt doch leider uneingeschränkt für die behinderten Männer und setzt keinen frauenspezifischen Anspruch voraus.

Unter Zeitdruck wurde eine halbe Stunde vor Veranstaltungsschluß eine Berliner Resolution durchgepeitscht. Von dieser hatten die übriggebliebenen Teilnehmerinnen zu diesem Zeitpunkt erst inhaltlich durch Vorlesen Kenntnis erhalten. Diese merkwürdige Form demokratischen Verhaltens darf aus formellen Gründen gar nicht akzeptiert werden. Inhaltlich kommt dieses Papier eher einer Ent-Solidarisierung mit den behinderten Männern gleich.

Die Initiatorinnen sollten in allen 3 Punkten erkennen, daß die Diskriminierung behinderter Menschen nicht primär eine Frage der Geschlechterverhältnisse ist, sondern in erster Linie mit der Schwere der „Schädigung" zusammenhängt. Da sich der Begriff der „doppelten Diskriminierung" auch in Nichtbehinderten-Kreisen durchzusetzen scheint, ist es wichtig, diesen in den Betroffenenenkreisen umstrittenen Begriff noch einmal zu hinterfragen. Er suggeriert nämlich, daß bestimmte Probleme - wie aufgeführt - nur bei Frauen vorliegen und bei behinderten Männern nicht (z.B. Familienpflichten).

Als Vorschlag zur Objektivierung der Behindertensituation schlage ich im Gegensatz zur Resolution eine Erarbeitung einer Dokumentation zur Lebenssituation behinderter Menschen vor, die nach Geschlechtern getrennt durchgeführt werden sollte, um einen Vergleich darzustellen.

Ich habe gegen die Resolution gestimmt, weil sich meine Bedürfnisse auf die rechtliche Gleichstellung für alle Menschen mit Behinderungen konzentrieren. Sollte es zu einer Koordinierungsstelle kommen, fordere ich sehr eindringlich, gleichzeitig eine Plattform auch für andere Frauengruppierungen zu installieren (die ihre Formulierungen nicht selbst einbringen können, alte Menschen, Heimbewohner, etc.).

URSULA LEHMANN, BERLIN

Die Bioethik-Konvention - „Menschenmaterial" für die Forschung

Am 11. Februar 95 fand in Berlin eine Demonstration gegen die Verabschiedung der Bioethik-Konvention statt. Aufgerufen hatte der „Spontanzusammenschluß Mobilität für Behinderte". Die Internationale Liga für Menschenrechte, die Grauen Panther, die Lebenshilfe und viele Einzelpersonen schlossen sich an. Auf der Abschlußkundgebung plädierte Ursula Aurien für die ersatzlose Streichung der Bioethik-Konvention.

Adresse und Telefon-Nummern der deutschen Delegation in der parlamentarischen Versammlung des Europarats finden sich ebenfalls in diesem Heft. JedeR ist aufgefordert, seinen/ihren Protest auszudrücken - anrufen, schreiben, was auch immer.

Seit gut einem Jahr steht im Europarat in Straßburg - nicht zu verwechseln mit dem Europaparlament und der Europäischen Union - die sogenannte Bioethik-Konvention auf der Tagesordnung. Das letzte Wort in dieser Sache wird das Minister-Kommittee des Europarates haben. Wann das sein wird, ist noch unklar. Nach der endgültigen Entscheidung reichen dann die Unterschriften von fünf Staaten - vier davon müssen EG-Staaten sein - um die Konvention in Kraft zu setzten.

Ich kann an dieser Stelle nicht auf die Einzelheiten der Bioethik-Konvention eingehen. Aber doch soviel:

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als sollten viele Dinge, die allgemein als ethisch brisant oder fragwürdig gelten, verboten werden. Doch es gibt immer wieder Hintertürchen, die das scheinbar Verbotene dann doch möglich machen. Die Zauberformel lautet: Zum Zweck der Therapie oder zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung. Und was dient heute nicht der Therapie oder der wissenschaftlichen Forschung?

Beispielsweise werden dann auch Gentests an Arbeitnehmern als sogenannte „Vorsorge-untersuchung" möglich sein. Die Ergebnisse dürfen an Stellen außerhalb des Gesundheits-sektors weitergegeben werden, wenn nationale Gesetze das vorsehen. In deutschen Schubladen schlummern bereits entsprechende Entwürfe.

Zu Recht hat auch der geplante Artikel 6 breite Empörung ausgelöst: Gemeint ist die Freigabe sogenannter einwilligungsunfähiger Personen für die medizinische und gentechno-logische Forschung. Nicht einwilligungsfähig, das sind Menschen, die nicht in der Lage sind, selbst ihre Zustimmung für einen Eingriff zu geben. Zum Beispiel infolge einer geistigen oder körperliche Krankheit oder Behinderung; weil sie suchtkrank sind oder aus Altersgründen. Mit anderen Worten: Es sind Menschen, die nicht in der Lage sind, nein zu sagen, wenn sie für medizinische Versuchszwecke benutzt werden sollen. Auch in der neuesten, scheinbar entschärften Fassung, die am 2. Februar in Straßburg beraten wurde, wird die Nutzung, man könnte auch sagen, die Ausnutzung einwilligungs-unfähiger Personen für die Forschung nicht ausgeschlossen; sie soll möglich sein, wenn ein unmittelbarer und bedeutender Nutzen für die Gesundheit zu erwarten ist.

Die Benutzung wehrloser Menschen zu Veruschszwecken ist in Deutschland nichts Neues. Im Nationalsozialismus wurden zahllose Menschen Opfer medizinischer Experimente. Nicht umsonst reagieren wir heute hellhörig und äußerst sensibel, wenn es um Versuche an nicht einwilligungsfähigen Menschen geht. Nicht umsonst wurden im „Nürnberger Kodex" von 1947, im Rahmen der Nürnberger Ärzte-Prozesse, Versuche an Minderjährigen, geistig Behinderten und anderen, die nicht freiwillig zustimmen können, für unzulässig erklärt. Aber schon 1964 schränkte der Weltärztebund mit der Erklärung von Helsinki diese unmißverständliche Aussage bereits wieder ein. Versuche und Eingriffe sind, so jedenfalls der Weltärztebund, dann zulässig, wenn sie mit Einwilligung des gesetzlichen Vertreters bzw. Vormunds erfolgen.

Ich frage mich aber, warum überhaupt Versuche an Menschen, die nicht selbst zustimmen können, erlaubt sein sollen. Versuche an Menschen, die nicht freiwillig zustimmen können, sind, für meine Begriffe, unethisch! Gerade diejenigen, die sich am wenigsten wehren können, sind dabei am meisten gefährdet.

Nur am Rande möchte ich erwähnen, daß wir inzwischen in Deutschland wieder eine gesetzliche Regelung haben, die unter bestimmten Bedingungen die Sterilisation von Menschen, die nicht selbst zustimmen können, erlaubt. Betroffen davon sind vor allem geistig behinderte Frauen.

Die Bioethik-Konvention verspricht, einen Rahmen zu schaffen zum Schutz der Menschen-rechte und der Menschenwürde. Wie wir sehen, ist aber genau das Gegenteil der Fall.
Hier wird ein Rahmen vorbereitet, der unter dem Deckmantel der Ethik die optimale Verwertung von Menschen zum Zweck der Forschung sicherstellt. Der versprochene Schutz des Menschen und die Ethik der Konvention entpuppen sich als Mogelpackung. Die Menschen werden gerade nicht vor den Interessen von Medizin, Pharma-Industrie und Gentechnik-Lobby geschützt, sie werden ihnen erst recht preisgegeben.

Die bioethische Logik besagt: Lebensrecht als absoluter Wert rechnet sich nicht. Oder wie die Bioethiker selber sagen: Die „Heiligkeit des Lebens" ist überholt, nicht mehr zeitgemäß. Mit Lebensrecht und Menschenwürde lassen sich eben keine Geschäfte machen.

Die bioethische Logik macht aus manchen Menschen wieder Un-Menschen, sie teilt wieder ein in wert und unwert, in lebenswert und lebensunwert, in Recht auf Leben und Pflicht zu sterben. Lebensrecht wird verteilt nach dem eugenischen Prinzip vom Recht des Stärkeren. Nicht mehr jeder Mensch soll per se ein Lebensrecht haben, sondern nur noch sogenannte Personen, gemeint sind Menschen, die ein Bewußtsein von sich selbst haben und zielgerichtet denken und handeln können.

Survival of the fittest ist wieder in. Eine solche Ideologie und eine solche Ethik bereiten den Boden für eine Politik, die für unproduktiv erklärte Menschen mehr und mehr aus der gesellschaftlichen Verantwortung und Versorgung 'herausrechnet', im wahrsten Sinn des Wortes.
50 Jahre nach Auschwitz ist die häufig kritisierte und auch als Rückständigkeit bezeichnete deutsche Empfindlichkeit, soll heißen, eine erhöhte Wachsamkeit in Richtung faschistischer Tendenzen, in keiner Weise überholt. Im Gegenteil. Die Erfahrung des deutschen Faschismus befähigt uns, bzw. sie sollte uns befähigen, genauer hinzusehen und hinzuhören. Und sie verpflichtet uns zum Widerstand! Wir können uns nicht noch einmal darauf berufen, nichts gewußt zu haben.

Noch ist nicht entschieden, wie die Bioethik-Konvention letztlich aussehen wird, und man kann darüber streiten, wie sie denn aussehen sollte. Ich meine, es ist müßig, einzelne Artikel ändern bzw. nachbessern zu wollen. Das Problem ist nicht ein einzelner Artikel, das Problem ist das ganze Ding an sich:

Warum reichen die geltenden Menschenrechts-Konventionen nicht aus, den Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde sicherzustellen? Warum, wofür und für wen brauchen wir eine Bioethik-Konvention?

Die geplante europaweite Angleichung der bioethischen Standards und Vernetzung der Daten wird mit Sicherheit nicht unseren Interessen dienen. Diese Art von Ethik beruht auf einem Menschenbild, das zutiefst menschenverachtend und behindertenfeindlich ist.

Was wir dagegen brauchen, ist eine Medizin, die sich wieder unzweideutig am „Nürnberger Kodex" orientiert und die ihren Erkenntnis-gewinn nicht fragwürdigen Menschenversuchen verdankt. Jeder diagnostische und therapeutische Eingriff am Menschen darf nur möglich sein mit dessen aktiver und informierter Zustimmung. Es sei denn, es handelt sich um akute Notsituationen.

Was wir brauchen, sind nicht optimale Bedingungen für eine Forschung im Sinn der Bioethik-Lobby und der Pharma-Industrie, sondern bessere Bedingungen zum Leben. Gerade auch für behinderte Menschen. Wir brauchen nicht einen Freifahrtsschein zum Sterben, sondern gleiche Rechte zum Leben!

Wir wehren uns ganz entschieden gegen die Bioethik-Politik der Entsolidarisierung und Entmenschlichung.

Wir sagen Nein zum Verbrauch von Menschen als Forschungsmaterial.

Wir sagen Nein zur Degradierung von Menschen zu Ersatzteillagern und Rohstofflieferanten.

Es darf kein Patent auf menschliches Leben und Teile des Menschen geben.

Der Mensch ist keine Ware. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, in seiner ihm eigenen Existenz respektiert und geschützt zu werden.

Lebensrecht darf niemals an irgendwelche Bedingungen geknüpft werden!

Die Bioethik-Konvention darf nicht verabschiedet werden. Weder in der gerade vorliegenden Fassung noch in einer anderen.

URSULA AURIEN, BERLIN

Die Gebrüder Wright und der Flug über den Atlantik

„Man muß lernen. Wir sind jetzt vielleicht in einer Phase, wo die Gebrüder Wright ein Flugzeug konstruieren wollten, daß in einer Anfangsphase vielleicht 200 m fliegt, aber irgendwann einmal auch über den Atlantik". So versuchte Prof. Walter, Neuropathologe der Medizinischen Hochschule Hannover, den anwesenden JournalistInnen während einer Pressekonferenz seine „Gründerstimmung" nahezubringen.

Am 29. Januar ging es jedoch nicht um Flugzeugbau, sondern um ein äußerst umstrittenes medizinisches Experiment: die Verpflanzung von Fötengewebe bei Parkinson-PatientInnen. Der Pressekonferenz vorausgegangen war ein Antrag der hannoverschen Arbeitsgemeinschaft Neurotransplantation an die Ethikkommission der medizinischen Hochschule. Menschliches Fötengewebe solle in Ratten verpflanzt werden, um, so Prof. Samii vom Nordstadtkrankenhaus Hannover, „unsere Infrastruktur und unser Können zu verbessern."

Der Pressekonferenz vorausgegangen war auch ein Symposium zur Neurotransplantation, unter Ausschluß jeglicher kritischer Öffentlichkeit. Die wenigen eingeladenen JournalistInnen waren von den Veranstaltern handverlesen worden. Selbst die Pressestelle der medizinischen Hochschule erfuhr erst durch Nachfrage vom Symposium. Daraufhin berief die Leiterin, Frau Möller, eine Pressekonferenz ein, um noch dem minimalsten Mindeststandard öffentlicher Informationspflicht nachzukommen. Nichts genaues war jedoch von den anwesenden Forschern, Prof. Walter, Prof. Samii und Prof. Dengler von der Neurologischen Klinik zu erfahren. Konkrete Fragen zur Finanzierung, Patentierung, internationalen Zusammenarbeit und Ausschluß der Öffentlichkeit blieben weitgehend unbeantwortet.

Zuweilen hatte man den Eindruck, daß zwar nicht über Flugzeuge, wohl aber über die moderne Leitmaschine, den Computer, geredet wurde. Prof. Walter berichtete über die „ethische" Diskussion während des Symposiums: *„Letztlich herrschte Konsensus darüber, daß die Nervenzellen, die mit übertragen werden, ... ein genetisches Grundprogramm haben, daß aber die eigentliche Software ... auf diesen Zellen noch nicht aufgeladen ist."* Für die christlich motivierten Neurowissenschaftler hatte Prof. Gründel von der theologischen Fakultät in München eine schriftliche Handlungorientierung angeboten: *„Der sittlichen Rechtfertigung der wissenschaftlichen Verwendung fötaler Zellen, kann entsprochen werden, wenn ein solches Vorgehen unabhängig vom Abbruch gestellt wird."* Das ist moderne katholische Sittenlehre: eine Verfahrens-Regel. Und überhaupt, eigentlich entzieht sich die forschende Tätigkeit nach Meinung der anwesenden Wissenschaftler jeglicher Beurteilung.

Man experimentiert an Tier und Mensch, man baut eine Infrastruktur auf, man bietet „Konsum von Gewebe" als Therapiekonzept an. Prof. Walter: *„Wir stellen das so vor, wie es ist. Es ist nicht an uns, das begründen zu müssen. Wir wollen eine Begründung haben, warum wir das nicht machen dürfen, von der Gesellschaft."* Das ist die Umkehrung der Beweispflicht nach dem Motto: *„Wer Heilung behauptet, hat immer recht".* Der positivistische Wissenschaftsblick macht blind für die unzumutbaren Folgen: Frauen werden zu Lieferantinnen von Gewebe für medizinischen Handlungsbedarf. Die Pflege und Begleitung von Angehörigen und ÄrztInnen wird zum Scheitern und Nichtstun. Menschenversuche an Schwerkranken jedoch gehören in den Handlungsbereich moderner Medizin. *„Die Wissenschaft schreitet voran"*, sagte Prof. Walter auf der Pressekonferenz. Allerdings nicht bruchlos. Als die Gebrüder Wright 1903 ihren ersten Flug unternahmen, haben sie sich immerhin noch selbst in ihre technische Erfindung gesetzt.

ERIKA FEYERABEND, ESSEN



Demonstration gegen Bioethik-Konvention in Berlin

LeserInnenbriefe

Schule und Behinderung

Zu der Frage: Sollen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen eine Regelschule oder lieber eine Sonderschule besuchen, gibt es sowohl unter Pädagogen als auch unter Betroffenen recht unterschiedliche Auffassungen. Der Gedankenaustausch ist noch sehr zaghaft. Zwar hat „die randschau" in ihrer Ausgabe 3/94 einige Beiträge zu diesem Problem veröffentlicht, ich habe aber den Eindruck, daß sich nur ein sehr kleiner Kreis dazu äußert.
Eigentlich wollte ich gegen die Auslassungen von Martin Eisermann und Bettina Theben in Bezug auf die LAGH (vgl. „Nichts kann uns aufhalten. Alles ist möglich." in „dr" 3/94, KIDS, 22/23, d. Red.) Stellung nehmen, ich halte es aber für sinnvoller, meine Meinung zum o.g. Problem darzulegen und so evtl. zu einer offenen Diskussion anzuregen.
Mein eigener Lebensweg vermittelt mir zwei Erfahrungen:
1. Das Leben nach dem Verlassen der Blindenschule war ungeheuer schwer, da ich mich nach vielen Jahren behütet sein in der Welt kaum zurecht fand und mir ziemlich verlassen vorkam. Die Tatsache, daß ich das Abitur und das Studium im Kreis von Sehenden ohne größere Probleme geschafft habe, zeigte mir, daß ein Lernen Blinder unter Sehenden möglich ist.
2. In der Blindenschule habe ich die notwendigen Techniken und Kenntnisse erlangt, die mir den weiteren Lebensweg ermöglichten. Denn nur, wenn man die Blindentechniken (u.a. der Umgang mit der Punktschrift) beherrscht, kann man auch unter Sehenden problemlos lernen. Das ist aber ein Prozeß, der mehrere Jahre in Anspruch nimmt. Ich kann mir schlecht vorstellen, daß ein blindes Kind, das sofort mit Schulbeginn in die Regelschule integriert wird, die Fertigkeiten im Beherrschen der Blindentechniken erlangt, die für ein problemloses Mithalten mit den anderen notwendig sind - abgesehen von solchen Fächern wie z.B. Sport, an die bei einem blinden Kind ganz anders herangegangen werden muß als bei einem Sehenden.
Und noch eins: Ich hätte nie die Selbständigkeit erlangt, dank derer ich heute voll am Leben der Gesellschaft teilnehme, wenn ich zu Hause geblieben und von meiner Mutter sorglich behütet worden wäre. Der Aufenthalt im Internat der Blindenschule ist mir sehr schwer gefallen und die Ergebnisse hätten sich vielleicht auch anders erreichen lassen, aber ich weiß, daß ich unter dem Schutz meiner Mutter selbst bei entsprechender Anleitung kaum die heutige Selbständigkeit erlangt hätte.
Was ich sagen will: Es gibt nicht immer von vornherein ein entweder oder, sondern man muß gut abwägen, was für ein Kind das Beste ist. Ich bin für Integration, aber nicht unter allen Umständen. Die Eltern und die Kinder - wenn sie alt genug sind - sollten entscheiden, was sie für das Beste halten. Um entscheiden zu können, müssen aber Wahlmöglichkeiten vorhanden sein. Und deshalb sollten auch Sonderschulen in gewissem Umfang existieren.
Ich kann mir vorstellen, daß die Frage, was das jeweils Beste ist, stets individuell auf das Kind zugeschnitten beantwortet werden muß. Und diese Antwort kann selbstverständlich nicht irgend eine Behörde finden, sondern das müssen die Betroffenen selbst tun. Eine solche Entscheidung könnte auch zugunsten einer kombinierten Form ausfallen, z.B. die ersten zwei bis drei Schuljahre in einer Sonderschule, danach Integration in eine Regelschule. Rückblickend würde ich z.B. dies für mich als mögliche Form betrachten. Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß es nötig war, die gesamte Grundschulzeit in der Blindenschule zuzubringen, aber ein paar wenige Jahre zum Erlernen der Grundtechniken halte ich schon für günstig.

Mir ist klar, daß dieser Beitrag bei einigen Lesern Widerspruch auslösen wird. Das ist aber nicht das Problem, sondern gerade der Austausch vieler Meinungen kann uns helfen, uns in die Gedanken des anderen hinein zu denken.

Dr. Manfred Schmidt, Berlin
Vorsitzender der LAGH Berlin



Die Linke und Behinderung/ Schwerpunkt 4/94

Bei den meisten Punkten bin ich der gleichen Meinung wie Ihr, auch bei dem Punkt, daß Linke Behinderte diskriminieren und sich oftmals sehr ungeschickt mit Behinderten anstellen, aber es kommt mir zu pauschal rüber. Ihr schreibt so, als wenn alle Linken die Behinderten unterdrücken würden, und dagegen habe ich etwas.
Eure vehemente Verurteilung alles Linken macht sich an so Sätzen bemerkbar - Zitat Artikel von Thomas Schmidt: „... daß die immer gehätschelte Widerspenstigkeit gnadenlos bekämpft wird, sobald sie linken Machthabern im Wege steht." *(Schmidt schreibt von Machtambitionen, nicht von „Machthabern", d. Red.)* So ein Satz, finde ich, ist wohl ein bißchen zu heftig, denn nicht alle Linken bekämpfen Widerspenstigkeit. Aber die „Linke" wird wohl so rassistische Auswüchse bekämpfen müssen, wie Althans, Singer, GSG 9, Beckstein und sonstige Polizeistaatsfanatiker.
Ihr meint wohl nicht mit links: Joschka Fischer, Daniel Cohn Bendit, DKP, die Grünen, oder? Einige, die sich als links bezeichnen, sind in die Esoterik geflüchtet, in die „eigenen vier Wände" oder driften immer mehr nach rechts ab wie etwa Daniel Cohn Bendit oder Joschka Fischer, der etablierte Grüne. Den Großteil der Linken und Grünen kann man einfach vergessen. Die denken, man kann den Kapitalismus mit all seinen Auswüchsen reformieren, statt ihn von der Wurzel her zu bekämpfen.
Wenn Ihr schon merkt, daß sich Zustimmungen gegen uns richten, warum sucht Ihr dann den Konsens mit dieser Umfallerpartei (quer durch die Bank). Einen sehr bedenklichen Satz von Lothar Sondfort sehe ich darin zu sagen: „Bündnis 90/Die Grünen können wir (im Gegensatz zu den Altparteien) nutzen für unsere Interessen." So manche/r wurde dabei schon benutzt. Die Grünen wollen mitregieren und sonst nichts, auch für den Preis, den die Macht kostet und am Ende kosten sie ihre Macht aus (auch gegen uns).

Jetzt zu mir: ich bin einer von den noch lebenden Rakikalen Linken. Auch wenn ich selber im Rolli sitze, sehe ich den Grund, warum ich diskriminiert werde, eben schon in diesem kapitalistischen System, genauso wenn Frauen, Schwule, Schwarze usw. unterdrückt werden. Ich bin bei einer linken Gruppe, in der ich als Krüppel bestimmt nicht unterdrückt bin. Die Themen, mit denen wir uns beschäftigen, sind Kapitalismus, Anti-Atompolitik, Anti-Gentech, Rassismus, Faschos, Diskriminierung, gegen patriarchare Strukturen, Ökologie, soziale Verelendung usw. Dieser Brief ist ein Beitrag für Behinderte und Linke. Denn nur, wenn sich alle zusammen gegen die Herren der Welt und deren Knechte wehren, können diese Unterdrückungsmechanismen zerschlagen werden. Entweder wir halten diese Ausbeutung von Mensch und Natur auf oder es wird in der Barbarei enden (sehr frei nach Rosa Luxemburg).

Mit rolligem Gruß
Max Hölzl, ein Mitglied der Ökologischen Linken, München



Die Linke und Behinderung/ Schwerpunkt 4/94

Liebes randschau-Team,

auch ich lese schon geraume Zeit Eure Zeitschrift. Immer wieder fällt mir auf, daß Ihr das Blättchen auf intellektueller Körperbehinderten-Schiene fahrt, aufgemotzt mit ein paar spätpubertären Feministen *(??, d. Red.)*-Revoluzzer-Artikelchen. Die 68er-Bewegung ist vorbei, das müßt Ihr gemerkt haben. Mit der Zeit geht Ihr ja, die Gentechnologie ist Euch nicht fremd.

Sicher will ich die Wichtigkeit nicht abstreiten, und auch die Möglichkeiten, wie ein Rollstuhlfahrer studieren kann, müssen aufgeführt werden. Trotz alledem gibt es für Euch keine anderen Behinderungsarten. Doch stop, die geistig Behinderten, die Ihr ständig integriert haben wollt, erscheinen auch regelmäßig. Der Ansatz ist gut, aber ich bin des Lesens schon müde, immer die selbe Leier, es ist ein im Kreise drehen und allmählich langweilig. Eure Arbeit vor Ort mit geistig Behinderten würde mich hier interessieren und Euer Wissen über das, was wirklich möglich ist. Ein solcher Behinderter hat sicher noch nie dazu Stellung genommen, soll ja auch egal sein...

Selber bin ich Stotterer, situationsbedingt und sehr stark von der momentanen psychischen Situation abhängig. Was da z.B. so abläuft bei Stotterern, wißt Ihr überhaupt nicht. Jemand, der sich immer gut auszudrücken vermag, mag vielleicht im Rollstuhl sitzen, die Sprachorgane sind in Ordnung und die Probleme auf seine Mobilität beschränkt; Punkt, und er hat seinen Artikel wieder.
Appell an Euch Zeitungsmacher, mehr Transparenz zu zeigen und das Blatt nicht nur für Euch zu gestalten. Andere Leute fühlen sich überhaupt nicht angesprochen, weil sie es auch nicht werden. Ihr klagt über mangelnde Einnahmen und erkennt den Grund nicht? Doch, ich glaube, den wißt Ihr genau, aber mit oft fanatischem Gedankengut lassen sich nicht mehr viele Anhänger finden. Was interessiert mich der Prozeß von Birgit Hogefeld, aber in irgendeinen intellektuellen Zusammenhang läßt sich das schon kitten.

Uwe Müller, Ratingen

1P 4356 F
Postvertriebsstück * Entgelt bezahlt
Hg.: krüppeltopia e.V., Mombachstr. 17, 34127 Kassel



WIDERSTAND GEGEN DIE BIOETHIK-KONVENTION



Deutsche Delegation in der parlamentarischen Versammlung des Europarats:

(Stand Februar 1995)

Sprecherin .... Leni Fischer
stellvertr. Sprecher .... Robert Antretter

Ausschuß für Recht und Menschenrecht .... Gerd Poppe, Rudolf Bindig, Hartmut Koschyk

Name, Partei	Fax
Mitglieder:	
Antretter Robert, SPD	0228/16-86 110
Behrendt Wolfgang, SPD	513
Blunck Lieselott, SPD	318
Bühler Klaus, CDU/CSU	137
Erler Gernot, SPD	735
Haack Karl-Hermann, SPD	204
Irmer Ulrich, FDP	954
Junghans Ulrich, CDU/CSU	797
Lenzer Christian, CDU/CSU	442
Marten Günter, CDU/CSU	158
Michels Meinolf, CDU/CSU	324
Poppe Gerd, BÜ90/GRÜ	004
Probst Albert Dr., CDU/CSU	372
Schloten Dieter, SPD	970
Schmitz Hans Peter, CDU/CSU	836
Schmude Michael von, CDU/CSU	947
Terborg Margitta, SPD	351
Zierer Benno, CDU/CSU	518
stellvertr. Mitglieder:	
Andres Gerd, SPD	194
Beer Angelika, BÜ90/GRÜ	548
Bindig Rudolf, SPD	172
Feldmann Olaf Dr., FDP	167
Fischer Leni, CDU/CSU	464
Hoffmann Jelena, SPD	210
Horn Erwin, SPD	812
Hornung Siegfried, CDU/CSU	394
Keller Peter, CDU/CSU	289
Koschyk Hartmut, CDU/CSU	672
Kossendey Thomas, CDU/CSU	612
Kriedner Arnulf, CDU/CSU	686
Lucyga Christine Dr., SPD	410
Lummer Heinrich, CDU/CSU	311
Maaß Erich, CDU/CSU	087
Scheer Herman Dr., SPD	528
Schluckebier Günter, SPD	403
Siebert Bernd, CDU/CSU	297

‚Jedes Mitglied hat ein Büro im Bundeshaus, Görrestr. 15, 53113 Bonn
Übrigens: Protest-Faxe sind schnell und effektvoll!

Krüppelfrauengruppe Berlin

Weiblich - nicht nebenbei

Zum Begriff der doppelten Diskriminierung und zur feministischen Theorienbildung

Die Darstellungen im Papier von Gabriele Hannah sind stark verkürzt und spiegeln in keiner Weise die Diskussionen wieder, die in den letzen Jahren in Krüppelfrauenzusammenhängen gelaufen sind. Aus Anlaß dieses Papiers wollen wir auf die angesprochenen Punkte reagieren. Dabei nehmen wir nicht detailliert zu Einzelheiten Stellung, sondern zeigen ein paar grundsätzliche Überlegungen zur Theoriebildung auf.

Die Auseinandersetzungen auf dem Krüppeltribunal im Dezember 1981 hatten entscheidenden Einfluß auf die Diskussionen der Krüppelbewegung der folgenden Jahre. Es war der Kristalisationspunkt der Krüppelbewegung, bei dem viele grundsätzliche Forderungen entwickelt wurden. Wer sich auf die historische Spurensuche des Begriffs der 'doppelten Diskriminierung behinderter Frauen' begibt, stößt auf die Frauenvorbereitungsgruppe für dieses Tribunal. Bei der Darstellung ihrer Arbeit brachten sie ihre Position folgendermaßen auf den Punkt: "Hierbei (beim Anklagepunkt 'behinderte Frauen' auf dem Krüppeltribunal, d. Verf.) ging es uns weniger um Wissenschaftlichkeit als um die Darstellung unserer Betroffenheit und Wut über die dreifache Diskriminierung, die wir als dem kapitalistischen Konkurenzkampf Unterworfene, als Frau und als Behinderte in der nichtbehinderten Männerwelt erfahren." (Krüppeltribunal 1983; S.99)

Die in den folgenden Jahren verwandte Bezeichnung der 'doppelten Diskriminierung' wurde zu unserem politischen Kampfbegriff.

In der Folgezeit trafen sich immer wieder behinderte Frauen, um sich mit ihrer eigenen Lebenssituation auseinanderzusetzen, sich gegen konkrete Diskriminierungen zu wehren und um die Diskussionen, die im Rahmen feministischer Theoriebildung stattfanden, auf ihre eigene Lebenssituation zu übertragen. Die Krüppelfrauengruppen boten neue Formen der Diskussion, im Gegensatz zu den unterschiedlichen Netzwerken behinderter Menschen (z.B. VdK, Reichsbund), die wie immer von Männern dominiert werden, die die Macht unter sich aufteilen. In gemischten Selbsthilfegruppen und Verbänden sind wir den selben patriachalen Strukturen ausgesetzt, wie in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir werden toleriert und dürfen die Kleinarbeit machen, solange wir nicht die Machtfrage stellen.

Die Einschätzung über die eigene Lebenssituation war immer ein Ansatzpunkt in der politischen Arbeit. Für unsere Gruppen war entscheidend, daß in reinen Frauenzusammenhängen andere Widersprüche und persönliche Erfahrungen zur Sprache kommen, als in gemischten Gruppen. Besonders deutlich wurde diese Unterschiedlichkeit an der Diskussion über Gewalt gegenüber behinderten Menschen. In gemischten Gruppen ging es schnell wieder um die theoretische Analyse von Gewalt und Rassismus. Im Gegensatz zu behinderten Männern, sind die Gewalterfahrungen für behinderte Frauen keineswegs neu. Sie stellen "nur" eine neue Eskalationsstufe dar.

Damit Frauen ihre Auseinandersetzungen führen können, brauchen sie Frauenräume, die auch institutionell verankert werden müssen. In vielen Bereichen sind diese Frauenräume in den letzten Jahren selbstverständlich geworden. Deshalb erscheint uns eine grundsätzliche Diskussion über die Notwendigkeit dieses Frauennetzwerkes einfach unzeitgemäß.

Bei der Erarbeitung der konkreten Diskriminierungen spielt unsere Arbeitssituation immer eine entscheidende Rolle. In der Diskussion um Quotierung geht es nicht darum, "Behindertenquoten" gegen "Frauenquoten" auszuspielen. Diese Diskussion um Quoten ist nicht vom Himmel gefallen, sondern beruht auf unterschiedlichsten Erfahrungen mit gesellschaftlicher Ausgrenzung. Bei der Frage, ob behinderte Frauen auf dem Arbeitsmarkt in besonderer Weise diskriminiert werden, sprechen die Zahlen eine klare Sprache.

Die Erwartungen, die auf dem Arbeitsmarkt an Behinderte gestellt werden, sind nicht geschlechtslos. Somit sind behinderte Frauen neben der behindertenspezifischen Ausgrenzungen immer auch den sexistischen Diskriminierungen ausgesetzt. In allen Ausbildungsstätten sind Frauen mit einem Drittel unterrepräsentiert, obwohl sie meist die höheren Leistungen erbringen. Fatalerweise ist ihr Anteil mit 40 % in den Werkstätten für Behinderte vergleichsweise hoch. Diese stehen am untersten Ende der Hierarchie von Arbeitsverhältnissen und bieten keinen Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt.

Für kapitalistische Gesellschaften wie die BRD ist neben der Klassenunterdrükkung Sexismus ein

Presseerklärung

Wir nehmen unsere Sache selbst in die Hand

Netzwerk behinderter Frauen in Berlin gegründet!

Frauen mit unterschiedlichsten Behinderungen haben am 1.3.1995 das Berliner Netzwerk behinderter Frauen gegründet. Wir haben die Hauptforderung der Tagung "unbeschreiblich weiblich - Zur Lebenssituation behinderter Frauen in Berlin" nach einem Netzwerk in die Tat umgesetzt.

Obwohl jede 10. Frau in Berlin behindert ist, werden behinderte Frauen in allen für sie wichtigen Bereichen nicht berücksichtigt:
Konkret heißt das:
- daß Frauenräume für Rollstuhlfahrerinnen nicht zugänglich sind,
- daß es kaum Informationen über Veranstaltungen u.a. in Blindenschrift gibt,
- und daß GebärdendolmetscherInnen nicht finanziert werden.

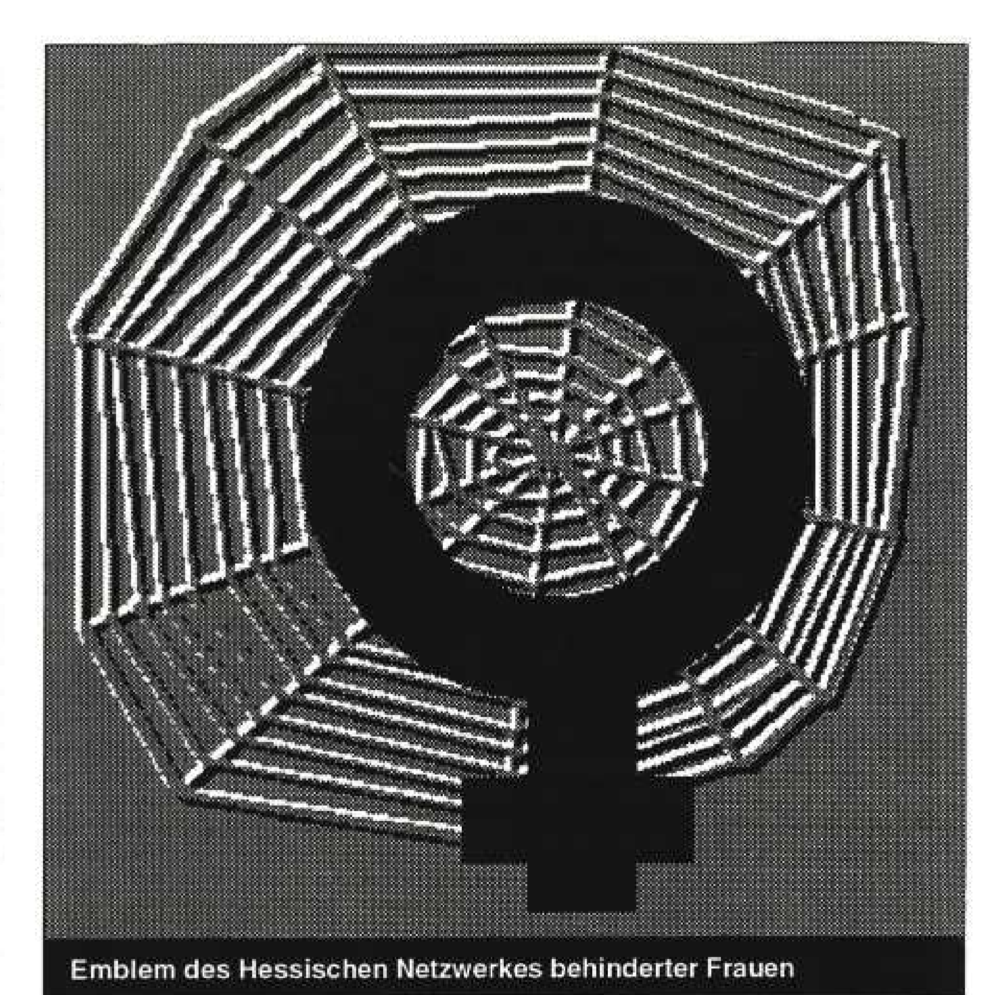
Die Behindertenverbände werden von Männern dominiert und Frauen dürfen die Kleinarbeit machen, sodaß unsere Bedürfnisse auch hier nicht zum Zuge kommen. Wir schaffen uns unsere eigene Lobby, d.h. mit dem Netzwerk wollen wir uns einen Ort schaffen, um uns über unsere Situation auszutauschen, sie öffentlich zu machen, und um eine Anlaufstelle für Politik und Verwaltung zu sein. Die Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, mit der wir als Initiatorinnen der Fachtagung und der Netzwerkgründung seit längerem zusammenarbeiten, zitiert in einer Pressemitteilung vom 9.11.95 die Senatorin Dr. Christine Bergmann mit dem Satz: "Wir müssen die Frauen in Zukunft noch wirksamer als bisher in ihren Wünschen unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können." Wir sind gespannt, wie sich diese Unterstützung zukünftig ausdrückt.

Kontaktadresse:
Jutta Rütter, c/o Ambulante Dienste, 10961 Berlin, Tel.: 030 / 693 70 45

Grundpfeiler der Herrschaftssicherung. Ausgehend von dieser Erkenntnis begannen Feministinnen in den siebziger Jahren ihre Situation zu erforschen und gegen die Benachteiligung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen politisch vorzugehen. Aus der Entdeckung von Gemeinsamkeiten unter Frauen und aus dem gemeinsamen Kampf gegen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse gewann die Bewegung ihre Stärke. Vor diesem Hintergrund wurden die real existierenden Unterschiede in den Lebensverhältnissen von Frauen ignoriert. Für behinderte Frauen und behinderte Lesben, die sich der Frauenbewegung zugehörig fühlten, war es schwierig sich in diese Bewegung einzubringen, ohne einen Teil ihrer Identität zu verleugnen. Der feministische Slogan "Das Private ist politisch" hatte und hat für uns behinderte Frauen eine doppelte Bedeutung. Der Begriff der doppelten Diskriminierung bot uns die Möglichkeit, unsere Erfahrungen nicht nur als abweichend von denen der nichtbehinderten Frauen zu beschreiben, sondern unsere Lebenssituation auch strukturell auf den Punkt zu bringen. Die Weiterentwicklung der feministischen Theorie in den achtziger Jahren und die Kritik schwarzer Frauen an der Begrenztheit des weißen Feminismus könnten auch dazu beitragen, die bestehende Ignoranz der Frauenbewegung gegenüber den Positionen und Forderungen behinderter Frauen aufzubrechen.

Überlegungen darüber, wie weit behinderte Frauen die Diskussionen innerhalb der feministischen Theorie für sich nutzen können, stecken noch sehr in den Anfängen. Entscheidend ist für uns, daß die verschiedenen Formen der Diskriminierung nicht einfach addiert, sondern als unterschiedliche Herrschaftsverhältnisse sichtbar gemacht werden, die auch für behinderte Frauen und Männer unterschiedliche Konsequenzen haben. Der Sexismus, den weiße, nichtbehinderte Frauen erfahren, ist nur eine Ausprägung dieses Herrschaftsverhältnisses. So verkehrt sich die Forderung nach Mutterschaft und Familienorientierung an nichtbehinderte Frauen für uns in ihr Gegenteil. Als behinderte Mädchen und Frauen leben wir in einer sexistischen Gesellschaft. Die Unterdrückung, die wir hier erleben, ist ein dichtes Geflecht aus Behindertenfeindlichkeit und Sexismus, für dessen Charakterisierung der Begriff "Doppelte Diskriminierung" nicht ausreicht. Behinderte Männer sind in allen gesellschaftlichen Bereichen mit Behindertenfeindlichkeit konfrontiert. Aber als Männer haben sie, wenn auch nicht in gleichem Umfang wie Nichtbehinderte, an der Macht und den Privilegien teil, die Männer im Patriachat innehaben.

Wichtige Impulse für eine feministische Selbstdefinition behinderter Frauen kommen für uns aus der Diskussion um Gleichheit und Differenz, von der Annedore Prengel meint, daß diese für eine feministische Politik und Wissenschaft unerläßlich ist. Dabei sind die Forderungen nach Gleichheit, wie sie von der neuen deutschen Frauenbewegung in den siebziger Jahren entwickelt wurden, Ausgangspunkt unserer Überlegungen, hinter die wir in keiner Weise zurückgehen wollen. Doch für uns kann die Forderung nicht heißen, so werden zu wollen, wie die Männer und nach ihren Spielregeln zu agieren. So fordern wir für unsere politische Arbeit in gemischten Gruppen nicht nur die gleichberechtigte Teilhabe, sondern auch eine andere Arbeitsteilung und eine neue Bewertung von Machtverhältnissen. Dies setzt voraus, daß sich auch Männer auf verschiedenste Art und Weise einem Thema annähern, nicht nur über die theoretische Analyse.



Emblem des Hessischen Netzwerkes behinderter Frauen

Neue Gedanken für die Auseinandersetzung um unsere Lebenssituation fanden wir beim demokratischen Differenzbegriff, der für uns kein Gegenmodell, sondern eine Weiterentwicklung der Diskussion um Gleichheit bietet, da er eine Möglichkeit darstellen kann, unterschiedliche Lebensformen zu analysieren. Annedore Prengel schreibt: "Weil im Hauptstrom demokratischer Denktraditionen kein eigenes Konzept von Differenz ausgebildet wurde, bleibt Emanzipation teilweise nur Assimilation, mit allen Vor- und Nachteilen, die mit Assimilation regelmäßig einhergehen" (Prengel 1990; S. 121). In diesem Konzept der Differenz können auch unsere verschiedenen Lebensformen ihren Platz haben. Nach Prengels Meinung muß die feministische Theorie Kategorien für die Analyse weiblicher Lebenszusammenhänge entwickeln. Dabei sollen die gesellschaftlichen Kontexte und die ihnen inne wohnenden Ambivalenzen und Potentiale sichtbar werden (Prengel 1990; S. 122). Der Differenzbegriff kann für uns wichtig sein, da die Differenzen nicht einfach so da sind, sondern von den dominanten Lebensformen verdrängt, verborgen, entwertet und ausgebeutet sind. Sie sind neu zu entdecken und zu ihrer eigenen Sprache zu bringen (Prengel 1990; S. 123).

Wenn unsere Erfahrungen einmal deutlich geworden sind, kann es auch Formen des Dialogs geben, die jedoch nicht ohne Widersprüche bleiben können: "Wenn sich Forscherinnen - ob Feministinnen oder nicht - jedoch behinderten Menschen als Forschungssubjekte zuwenden, haben sie nur wenige Instrumente, um unsere subjektive Realität zu verstehen, weil unsere eigene Definition der Erfahrung von Behinderung in der allgemeinen Kultur fehlen" (Morris 1994; S. 71).

LITERATUR:

Krüppeltribunal. Menschenrechtsverletzungen im Sozialstaat; v. Daniels u.a. (Hg.); Köln 1983

Morris, Jenny: Feminismus und Behinderung; in: Feministische Beiträge für Theorie und Praxis; 1994

Prengel, Annedore: Gleichheit versus Differenz - eine falsche Alternative im feministischen Diskurs; in: Gerhard, Ute u.a. (Hg.); Differenz und Gleichheit. Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht; Frankfurt 1990; S.120-127